

HANS GOOS

**Möglichkeiten zur Berücksichtigung
von Risiken gewerblicher Unternehmen
bei der Einkommensbesteuerung**

Münster

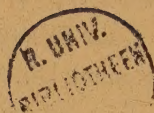
1961

**Möglichkeiten zur Berücksichtigung
von Risiken gewerblicher Unternehmen
bei der Einkommensbesteuerung**

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des
akademischen Grades eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch die
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
HANS GOOS
aus Münster / Westf.

1962



- | | |
|----------------------------|----------------------|
| 1. Berichterstatter: | Prof. Dr. Schnettler |
| 2. Berichterstatter: | Prof. Dr. Deutsch |
| 3. Dekan: | Prof. Dr. Lukes |
| 4. Tag der mündl. Prüfung: | 20. 12. 1961 |

Gliederung

Einleitung	1
A. Die Risiken gewerblicher Unternehmen ...	1
1. Begriff des Risikos	1
2. Ursachen des Risikos	2
3. Die verschiedenen Stufen der Risiko- bedrohung	7
4. Arten der Risiken	8
5. Möglichkeiten der Risikopolitik	11
6. Die heutige Bedeutung des Risikos für gewerbliche Unternehmen	15
B. Problemstellung und Gang der Untersu- chung	17
I. Hauptteil:	
Die Berücksichtigung von Risiken bei der Ermittlung des für die Einkommens- besteuerung maßgebenden Jahresergeb- nisses im Rahmen der Steuerbilanz	20
Vorbemerkung	20
A. Die Notwendigkeit der Risikoerfassung .. bei der Bilanzierung	22
1. Die Abhängigkeit des Gewinns einer vergangenen Rechnungsperiode von zu- künftigen Ereignissen	22
2. Aufwandsbegriff und Risikoerfassung .	26
3. Die Bedeutung der Grundsätze ordnungs- gemäßer Buchführung und Bilanzierung für die Risikoerfassung	29
a) Das Prinzip der Vorsicht	31
aa) Das Niederstwertprinzip (als Ausfluß des Prinzips der Vor- sicht)	32

ab) Die ungleiche Behandlung nicht-realisierter Gewinne und nicht-realisierter Verluste (als Ausfluß des Prinzips der Vorsicht).	34
b) Das Stichtagsprinzip	38
B. Die Möglichkeiten der Berücksichtigung drohender Risiken nach dem geltenden Bilanzsteuerrecht	40
1. Berücksichtigung der Risiken bei der Absetzung für Abnutzung	40
a) Berücksichtigung der Risiken bei der ordentlichen Absetzung für Abnutzung	41
b) Berücksichtigung der Risiken bei der außerordentlichen Absetzung für Abnutzung	45
c) Die "Abschreibungsfreiheiten" und die Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens als Möglichkeit der Risikoberücksichtigung	46
2. Berücksichtigung der Risiken durch die Teilwertabschreibung	47
a) Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung mit Hilfe des Teilwertes in grundsätzlicher Sicht	48
ab) Die Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung auf Grund der gesetzlichen Definition des Teilwertbegriffs	48
ac) Die Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung auf Grund der Auslegung des Teilwertbegriffes in der Praxis	51

ad) Die Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung auf Grund der praktischen Anwendung des Teilwertes	54
b) Die Risikoberücksichtigung durch Teilwertabschreibung beim Anlagevermögen	58
ba) Die Bedeutung der Bindung des Teilwertes an die Wiederbeschaffungskosten	58
bb) Risiken, die eine Bewertung der Anlagen unter Wiederbeschaffungskosten rechtfertigen	61
bc) Besonderheiten bei Anlagegütern, die keinen Marktpreis haben	65
c) Die Risikoberücksichtigung durch Teilwertabschreibung beim Umlaufvermögen	69
ca) Umlaufvermögen außer Forderungen	
ca1) Die Bedeutung der Bindung des Teilwertes an die Wiederbeschaffungskosten	69
ca2) Risiken, die eine Bewertung unter Wiederbeschaffungskosten rechtfertigen	71
cb) Forderungen	73
cb1) Die Risikoberücksichtigung bei Einzelbewertung	73
cb2) Die Risikoberücksichtigung bei Pauschalbewertung	75
d) Sondervorschriften für die Berücksichtigung der Risiken bei der Bewertung von Importwaren und Auslandsinvestitionen	76
3. Berücksichtigung der Risiken durch Bildung von Rückstellungen	79

a) Möglichkeiten der Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste in der Steuerbilanz	79
b) Die wichtigsten Rückstellungsarten ..	84
ba) Rückstellungen für Garantieverpflichtungen	84
bb) Rückstellungen für Bürgschaften..	85
bc) Rückstellungen für Wechselobligo.	86
bd) Rückstellungen für Haftpflicht...	86
be) Rückstellungen für Bergschäden...	87
bf) Prozeßrückstellungen	90
bg) Rückstellungen für zu übernehmende Verluste aus Organverträgen...	90
bh) Rückstellungen für Verluste aus schwebenden Geschäften	91

Exkurs:

Die Besteuerung von Scheingewinnen als besonderes Risikoproblem bei nomineller Rechnung...	93
--	----

II. Hauptteil:

Die Auswirkungen der in der Steuerbilanz berücksichtigten Risiken auf die Höhe der Einkommen-/Körperschaftsteuerschuld.....	97
A. Die Auswirkungen bei einem positiven Jahresergebnis.....	99
B. Die Auswirkungen bei einem negativen Jahresergebnis.....	99
1. Die Notwendigkeit der steuerlichen Berücksichtigung von Jahresverlusten als Voraussetzung einer vollständigen Risikoberücksichtigung	99
2. Möglichkeiten der Berücksichtigung gewerblicher Verluste in grundsätzlicher Sicht	101

a) Die Besteuerung nach dem mehrjähri- gen Durchschnitt	102
b) Der Verlustvortrag	107
c) Der Verlustrücktrag	111
3. Die Berücksichtigung gewerblicher Ver- luste nach dem geltenden Steuerrecht ...	117
a) Der Verlustausgleich	117
b) Der Verlustabzug	119
Schluß:	
Ergebnis der Untersuchung.....	124
Literaturverzeichnis	129

Einleitung

A. Die Risiken gewerblicher Unternehmen

1. Begriff des Risikos

Das Risiko gehört zu den Grundphänomenen wirtschaftlichen Geschehens. Wenn auch das Risiko - ganz allgemein als Verlustgefahr definiert¹⁾ - nicht allein auf wirtschaftliche Vorgänge beschränkt ist, so ist es doch so sehr mit wirtschaftlicher, insbesondere betrieblicher Tätigkeit verbunden, daß man es u.a. als kennzeichnendes Kriterium für die Begriffe Unternehmen bzw. Unternehmer²⁾ heranzieht.

Die Verlustgefahr besteht darin, daß das zur Durchführung der Geschäfte eingesetzte Vermögen ganz oder teilweise verloren geht. Unmittelbar sind also die einzelnen Aktivposten der Bilanz bedroht. Wenn einige betriebswirtschaftliche Autoren³⁾ das Risiko als Gefahr des Kapitalverlustes anstatt Gefahr des Vermögensverlustes bezeichnen, so wird

-
- 1) Schnutenhaus definiert Risiko als "die Möglichkeit des Eintritts eines wertmindernden schadenstiftenden Ereignisses" (s. Schnutenhaus, O.R., Neue Grundlagen der "Feste"-Kostenrechnung, Berlin 1948, S. 68)
Die sog. "Berliner Leitsätze" definieren im Abschnitt VII, Nr. 47 den Wagnisbegriff (= Risiko in der Kalkulation): "Wagnis ist die Verlustgefahr, die sich aus der Natur des Unternehmens und seiner betrieblichen Tätigkeit ergibt." (s. Leitsätze für die Ermittlung der Selbstkosten und des kalkulatorischen Gewinnes in Fertigungsbetrieben vom 3. 9. 1946, herausgegeben vom Preisamt des Magistrates der Stadt Berlin)
 - 2) vgl. Schnettler, A., Öffentliche Betriebe, Essen 1956, S. 18, ferner:
Rieger, W., Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. Auflage, Erlangen 1959, S. 17
 - 3) vgl. Rieger, W., a.a.O., S. 19, ferner:
Mellerowicz, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 10. Aufl., Berlin 1959, S. 168, ferner:
Kosiol, E., Kalkulation und Kostengestaltung im Warenhandel, Stuttgart 1931, S. 64

damit dasselbe Problem nur aus einer anderen Blickrichtung gesehen. Hier steht nicht das Unternehmen im Vordergrund der Betrachtung, sondern der Kapitalgeber - vor allem der Eigenkapitalgeber -, dessen eingesetztes Kapital in Form der Aktiva bedroht ist.

Andere Autoren¹⁾ fassen den Begriff Risiko weiter, indem sie auch die Gefahr des Gewinnentganges als Risiko bezeichnen. Diese Begriffsbestimmung ist angreifbar, da man nur verlieren kann, was man tatsächlich besitzt. Wenn sich nachträglich herausstellt, daß ein zunächst erwarteter Gewinn nicht realisiert wird, sollte man nicht von Verlust sprechen und entsprechend nicht die Gefahr des Gewinnentganges als Verlustgefahr, d.h. als Risiko bezeichnen. Auch würde diese weite Auslegung des Begriffsinhaltes zu Schwierigkeiten bei der Quantifizierung des realisierten Risikos führen, da die Höhe des Gewinnentganges von der subjektiven Gewinnerwartung des Unternehmers abhängt.

2. Ursachen des Risikos

Alle wirtschaftlichen Maßnahmen sind in die Zukunft gerichtet. Der Unternehmer beschafft Waren durch Einkauf oder Produktion und versucht dann, diese Waren am Markt abzusetzen. Er erstellt also seine Leistungen und weiß erst nach dem zu einem späteren Zeitpunkt getätigten Verkauf, ob die Leistung vom Markt aufgenommen wird und ob sein Einsatz für diese Leistung voll vergütet wird. Kann er seine Leistungen überhaupt nicht absetzen, ist sie

1) vgl. Leitner, F., Die Unternehmungsrisiken, Berlin 1915, S. 7, ferner:
 Oberparleiter, K., Funktionen- und Risikenlehre des Warenhandels, Berlin 1930, S. 96, ferner:
 Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 11. Aufl., Köln und Opladen 1953, S. 154

wertlos und der Einsatz Verlust. Erhält er für die Leistung nicht mindestens den Wert des Einsatzes voll ersetzt, erleidet er in Höhe des vom Markt für die Leistung nicht ersetzten, wertmäßigen Teiles des Einsatzes einen Verlust¹⁾. Die Ausgaben und Einnahmen für eine bestimmte Leistung fallen somit zeitlich auseinander. Betrachten wir nicht den Erfolg für eine bestimmte Leistung, sondern stellen wir auf die Jahresrechnung ab, so bedeutet das: zeitliches Auseinanderfallen von Aufwand und Ertrag, von Ausgaben und Aufwand und von Ertrag und Einnahme.

Diese zeitliche Diskrepanz zwischen den genannten Größen ist die wesentliche Voraussetzung dafür, daß Risiken in den Betrieben wirksam werden. "Würden in einem Betrieb alle Ausgaben eines Monats im gleichen Monat zu Einnahmen führen und würde damit auch zugleich jede zeitliche Diskrepanz zwischen Ausgaben und Kosten einerseits und Einnahmen und Erträgen andererseits entfallen, wären die Risiken gering, d.h. die betriebliche Arbeit wäre kaum mit nennenswerten Wagnissen verbunden."²⁾

Der vorsichtige Kaufmann plant zwar den zur Erstellung der Leistung erforderlichen Mitteleinsatz, den Aufwand, und vergleicht diesen mit dem erwarteten Ertrag für die Leistung. Nur wenn der voraussichtliche Ertrag größer ist als der dafür geplante Aufwand, führt er das Geschäft durch. Mit Hilfe der Planung will er sich vor Verlusten bewahren, die von vornherein abzusehen sind. Damit kann er sich aber nicht vor jedem Risiko schützen; denn es steht durchaus nicht fest, ob sich seine Pläne in der Zukunft auch entsprechend realisieren lassen. Eine exakte Schätzung der zukünftigen Kosten und Erträge

-
- 1) vgl. Angehrn, O., Unternehmer und betriebliche Marktforschung, Zürich und St. Gallen 1954, S. 2, ferner: Rieger, W., Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. Aufl., Erlangen 1959, S. 17
 2) s. Schnettler, A., I, a.a.O. S. 12

ist deshalb nicht möglich, weil die vielen Einflußfaktoren, die mittelbar oder unmittelbar Kosten und Erträge bestimmen, in mehr oder minder großen Zeitabständen ihren Wirkungsgrad ändern. Zwar muß nicht schon jede negative Änderung der Einflußfaktoren, jede ungünstige Abweichung zwischen Plan und Wirklichkeit zu einem Verlust führen. Die negativen Plansabweichungen gehen zunächst zu Lasten des erwarteten Gewinns. Es ist somit ein gewisser Spielraum gegeben, innerhalb dessen ungünstige Abweichungen von den Plangrößen vorkommen dürfen, ohne daß gleichzeitig das Risiko wirksam wird, d.h. ohne daß ein Verlust eintritt.¹⁾

- 1) Man könnte deshalb fragen, ob der Unternehmer evtl. bei der Planung das Risiko mit einbeziehen kann. Das hieße aber: der Kaufmann müßte das Ergebnis seines Planes im Plan selbst berücksichtigen. Das ist aber logisch nicht möglich. Wohl kann der Kaufmann bei seinen Plänen mit Rücksicht auf ungünstige Abweichungen Sicherheitszuschläge/-abschläge bei der Planung der Aufwendungen und Erträge vornehmen, er kann sie vorsichtig schätzen. Diesem Verfahren sind jedoch Grenzen gesetzt. Infolge der Konkurrenz der Anbieter sind die möglichen Erträge für die zu erstellende Leistung begrenzt. Ebenfalls wird die Höhe der Aufwendungen weitgehend vom Markt bestimmt, so daß die mögliche Gewinnspanne stark eingeengt ist. Bei zu hohen Sicherheitszuschlägen/-abschlägen für die Planzahlen würde sich immer ein Verlust für die einzelnen geplanten Maßnahmen ergeben. Um überhaupt auf Grund seiner Planungen Geschäfte durchführen zu können, wird sich der Kaufmann auf Sicherheitszuschläge beschränken müssen, die Wahrscheinlichkeitserwägungen entsprechen, d.h., die Sicherheitszuschläge reichen nicht aus, um das Risiko bei jedem einzelnen Geschäft abzufangen. Es soll damit nur erreicht werden, daß das Gesamtergebnis für eine große Zahl gleichartiger Geschäfte trotz des wahrscheinlich eintretenden Verlustes aus einzelnen Geschäften positiv bleibt. (vgl. Hax, K., Die Betriebsunterbrechungsversicherung, Köln-Opladen 1949, S. 16) Wenn man z.B. auf Grund von Erfahrungszahlen weiß, daß bei der Produktion von 100 Stück eines bestimmten Fabrikates durchschnittlich 20 Stück unbrauchbarer Ausschuß anfallen, wird man bei der Herstellung von 1000 brauchbaren Einheiten den Aufwand für 1250 Einheiten planen. Voraussetzungsgemäß ist eine Übereinstimmung von Plan und Wirklichkeit nur dann zu erwarten, wenn gleichzeitig eine große Anzahl gleichartiger Maßnahmen durchgeführt wird (vgl. Wittmann, W., Unternehmung und unvollkommene Information, Köln-Opladen 1959, S. 106 ff.).

Einer Systematisierung der Einflußfaktoren auf Kosten und Ertrag, denen jeder Betrieb ausgesetzt ist, stehen viele Schwierigkeiten entgegen. Die Schwierigkeiten liegen nicht darin, daß eine vollständige Aufzählung nicht möglich wäre, weil ihre Anzahl unübersehbar groß ist. Sie sind vor allem darin zu sehen, daß die Faktoren teils isoliert wirksam, teils wechselartig voneinander abhängig sind.

Bei den Einflußfaktoren handelt es sich um innerbetriebliche und außerbetriebliche Faktoren.¹⁾ Auf die innerbetrieblichen Faktoren kann der Betrieb teilweise einwirken, dagegen hat der Betrieb keine oder nur in sehr beschränktem Umfang (z.B. über Verbände und Interessenvertretungen) Einflußmöglichkeit auf die außerbetrieblichen Faktoren.

Von besonderer Bedeutung für die kaufmännische Planung ist die Unterscheidung in statische und dynamische Einflüsse, Unter statischen Einflüssen versteht SCHNETTLER diejenigen Faktoren, die "über einen langen Zeitraum hinweg unverändert wirksam sind, d.h., wenigstens über eine gewisse Zeitspanne sich in gleicher Art und Weise bemerkbar machen", während die dynamischen Faktoren auf Grund der dauernden Änderung ihres Wirkungsgrades "eine ständige Quelle der Unsicherheit für den Betrieb" sind.²⁾

Das Vorhandensein der Einflußfaktoren ist jedoch nicht als Ursache der Risiken anzusehen. Diese werden vielmehr verursacht durch die nicht vorhersehbaren Änderungen des Wirkungsgrades dieser Faktoren bzw. deren unerwartetes Auftreten unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Einnahmen und Ausgaben für eine betriebliche Leistung zeit-

1) vgl. Schnettler, A., I., Betriebsanalyse, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 9

2) vgl. Schnettler, A., I, a.a.O., S. 9

lich auseinanderfallen. Die Änderung des Wirkungsgrades der Einflußfaktoren wird dabei ausgelöst: ¹⁾

1. durch die Natur,
2. durch den Menschen,
3. durch den Markt,
4. durch die Rechtsordnung.

zu 1) Hier handelt es sich um elementare Ereignisse wie Überschwemmungen, Blitz, Sturm.

zu 2) In erster Linie kommen die mit dem Unternehmen unmittelbar in Beziehung stehenden Menschen in Betracht: der Unternehmer, der auf Grund mangelnder Erfahrung Fehlentscheidungen trifft, die er bei Kenntnis der Sachlage hätte vermeiden können,

die Mitarbeiter, die durch mangelhafte Arbeitsleistung, infolge fehlenden Pflichtgefühls oder ungenügender Ausbildung Risiken hervorrufen.

Schließlich können noch durch Dritte Risiken entstehen (z.B. Diebstahl).

zu 3) Zwar sind alle Veränderungen am Markt letztlich auf die Menschen zurückzuführen, die durch Angebot und Nachfrage die Marktverhältnisse bestimmen. Der Markt ist je-

1) Hax systematisiert die auslösenden Faktoren wie folgt:
 1.) Natur, 2.) Einzelmensch, 3.) Gesellschaft
 (vgl. Hax, K., Die Betriebsunterbrechungsversicherung, Köln-Opladen 1949, S. 16)

Ähnlich auch Mellerowicz: "Alle Risiken werden letztlich ausgelöst:

- 1.) durch die Natur (Feuer, Überschwemmung, Erdbeben),
 - 2.) durch die Gesellschaft (Verbot der Herstellung bestimmter Waren, Arbeitszeitregelung, Unsicherheits- und Haftungsbestimmungen),
 - 3.) durch das wirtschaftende Subjekt (Fehldispositionen, Diebstahl, Streik),
 - 4.) durch das bewirtschaftete Objekt (Materialmangel, Preis- und Qualitätsrisiko)"
- (s. Mellerowicz, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 10. Aufl., Berlin 1959, 2. Bd., S. 169)

doch ein so eigenständiges Phänomen, daß er besonders aufgeführt werden darf.

zu 4) Das zu 3) Ausgeführte gilt auch für die Rechtsordnung (Privatrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht, Steuerrecht).

3. Die verschiedenen Stufen der Risikobedrohung

Hinsichtlich der Intensität der Bedrohung durch das Risiko wird man zweckmäßigerweise folgende Unterscheidung treffen:

Sobald der Kaufmann einen Plan zur Durchführung eines bestimmten Geschäftes verwirklicht, geht er Risiken ein (erstes Stadium). Er nimmt damit einen möglichen Verlust auf sich. Ob die Risiken aber überhaupt wirksam werden, ist noch nicht abzusehen.

Das Risiko nimmt konkrete Formen an, wenn einer der erwähnten Einflußfaktoren sich entgegen den Planerwartungen des Kaufmanns derart ändert, daß ein Verlust befürchtet werden muß. Mit der Änderung des Beeinflussungsfaktors soll von "drohenden Risiken" gesprochen werden (zweites Stadium). Demnach würde ein "drohendes Delkredererisiko" vorliegen, wenn ein Kunde trotz wiederholter Mahnungen seine Rechnung nicht in der gewohnten Zeit zahlt, weil sein Umsatz, seine sonstige Geschäftstätigkeit zurückgegangen sind.

Der Verlust tritt jedoch erst später ein, wenn feststeht, daß der Kunde nicht oder teilweise nicht zahlt, wenn er z.B. einen Vergleich schließt oder in Konkurs gerät (drittes Stadium: Das Risiko hat sich realisiert - Eintritt des Verlustes).

4. Arten der Risiken

Es ist bezeichnend für die Vielschichtigkeit des Risiko-problems, daß die Risiken in der Literatur¹⁾ nach den unterschiedlichsten Gesichtspunkten eingeteilt werden. Hier sollen nur die für die folgenden Ausführungen bedeutsamen Einteilungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Wie bereits dargelegt, bestehen die Auswirkungen der Risiken darin, daß Aufwandserhöhungen oder Ertragsminderungen eintreten. Dementsprechend unterscheidet SCHNETTLER²⁾ Kosten- und Ertragsrisiken.

Abrechnungstechnisch kann der erhöhte Aufwand einmal bedingt sein durch eine Minderung der Vermögensbestände.³⁾ Dabei spielt es keine Rolle, ob die Bestandsminderungen nur wertmäßig oder auch substantiell vorliegen. Zum andern kann der erhöhte Aufwand bedingt sein durch zusätzliche Ausgaben, mit denen normalerweise nicht zu rechnen ist. Mittelbar führen auch diese zusätzlichen Ausgaben zu Vermögensminderungen, da sie aus dem Vermögen gedeckt werden müssen. Die zusätzlichen Ausgaben können sofort bei der

1) Einen Überblick über die verschiedenen Einteilungskriterien gibt Bußmann, F. K., Das betriebswirtschaftliche Risiko, Meisenhain am Glan 1955, S. 17 ff.

2) vgl. Schnettler, A., I., a.a.O., S. 13 ff.

3) So teilt Bußmann, F. K. (a.a.O., S. 24) die Risiken u. a. ein nach dem betroffenen Objekt:

Anlagenrisiken: technische Überalterung, Bruch, Reparaturen, Anlaufsschwierigkeiten nach Umstellungen.

Materialrisiken: Schwund, Diebstahl, lange Lagerung, Entwertung.

Fertigwarenrisiko: Absatzschwierigkeiten hinsichtlich Menge und Preis, Modewechsel.

Debitorenrisiko: Uneinbringlichkeit der Forderung.

Wechselrisiko: Nichteinlösung, Regresspflicht.

Geldrisiken: Kursverluste bei Devisen.

Durch diese Unterteilung werden jedoch nicht alle Risiken erfaßt; denn es fehlen alle Risiken, die nicht unmittelbar die Bestände bedrohen, sondern die zu nachträglichen Ausgaben führen.

Leistungserstellung anfallen, z.B. Nacharbeit an fehlerhaften Produkten, die können auch nach der Leistungserstellung entstehen.

Die Kostenrisiken beruhen teils auf innerbetrieblichen, teils auf außerbetrieblichen Faktoren. Als Beispiele für Kostenrisiken, die vorwiegend von außerbetrieblichen Faktoren bestimmt sind, nennt SCHNETTLER¹⁾ die Preisentwicklung auf den Beschaffungsmärkten für Materialien, die zukünftige Lohnentwicklung, die Risiken aus Anstellungsverträgen, aus sozial-ethischen Verpflichtungen gegenüber dem Personal, das Risiko der technischen Überalterung von Anlagen, die Gefahr der Betriebsunterbrechung infolge Brandschadens und anderer Katastrophen.

Kostenrisiken auf Grund innerbetrieblicher Faktoren sind: Produktionsrisiken, Entwicklungsrisiken, Lagerrisiken. Besonders stellt SCHNETTLER diejenigen Risiken heraus, die als Folge rückläufiger Absatzentwicklung auftreten, insbesondere die Kostenrisiken bei nur teilweise genutzter Kapazität (progressive Stückkosten).

Die Ertragsrisiken bestehen darin, daß für die Leistung kein dem Aufwand entsprechender Ertrag vom Unternehmen erzielt wird bzw. daß bereits abgerechnete Erträge, z.B. Debitoren, Halbfertigfabrikate nicht in voller Höhe zu Einnahmen führen. Bilanzmäßig gesehen handelt es sich hierbei also um eine Gefährdung der Aktiva. Buchtechnisch werden Ertragsminderungen wie Aufwendungen behandelt, da Minusposten im Rahmen der doppelten Buchführung nicht möglich sind.

Naturgemäß beruhen Ertragsrisiken auf außerbetrieblichen Einflüssen wie Saison- und Konjunkturschwankungen und

1) vgl. Schnettler, A., I, a.a.O., S. 13 f.

strukturellen Marktänderungen.

Die Einteilung in Kosten- und Ertragsrisiken ist insofern problematisch, als viele Einflußfaktoren sowohl auf die Erträge als auch auf die Kosten einwirken. Ein mengenmäßiger Absatzrückgang wirkt nicht nur auf den Ertrag, sondern über den sinkenden Beschäftigungsgrad auch auf die Kosten.¹⁾ Bedeutsam für die Möglichkeit einer rechnerischen Erfassung des Risikos vor dessen Realisierung als Verlust ist die Unterscheidung hinsichtlich der Art des Auftretens der Risiken: schleichende und schlagende Risiken.^{2) 3)}

1) vgl. Schnettler, A., I, a.a.O., S. 14

2) vgl. Bußmann, K. F., Das betriebswirtschaftliche Risiko, Meisenheim am Glan 1955, S. 21

3) Einige Autoren, z.B. Sandig (C., Artikel "Risiko" in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. III, Stuttgart 1939), Mellerowicz (K., a.a.O., S. 171), Bußmann (F. K., Das betriebswirtschaftliche Risiko, Meisenheim am Glan 1955, S. 22) und Hax halten die Meßbarkeit für das wesentliche Merkmal für die rechnerische Erfassung der Risiken. Sie unterscheiden zwischen berechenbaren und nicht berechenbaren Risiken. Kosiol (E., a.a.O., S. 113/114) bezeichnet das Debitorenrisiko, das Valutarisiko, das Qualitäts- und Quantitätsrisiko durch Brand, Schwund, Bruch, Verderb und Diebstahl als berechenbare Risiken. Bei der Berechenbarkeit handelt es sich um die Möglichkeit, mit Hilfe mathematisch-statistischer Wahrscheinlichkeitsrechnung auf Grund von Erfahrungen der Vergangenheit das Risiko nicht für jeden einzelnen Elementarerfolgsvorgang, sondern für eine größere Anzahl gleichartiger Elementarerfolgsvorgänge innerhalb eines gewissen Zeitraumes zu bestimmen, z.B. beim Debitorenrisiko nicht den Verlust für jeden einzelnen Kreditverkauf, sondern nur den durchschnittlichen Verlust für den gesamten Bestand an Debitoren. Eine solche Möglichkeit ergibt sich aber m.E. nicht aus dem Charakter oder der Art des Risikos, sondern aus der Tatsache, daß gleichartige Risiken als Massenerscheinungen auftreten und in ihrer Höhe eine gewisse Gleichmäßigkeit aufweisen. Zwar gibt es bestimmte Arten von Risiken, für die bei allen Unternehmen diese Voraussetzungen mehr oder weniger vorliegen. Letztlich hängt es aber von den speziellen Voraussetzungen des einzelnen Unternehmens ab, welche Risiken berechenbar sind. So ist das Risiko der Schadensersatzpflicht infolge von Autounfällen für ein Unternehmen mit einem beachtlichen Wagenpark, z.B. Bundespost/Bundesbahn im Sinne einer Wahrscheinlichkeitsrechnung berechenbar, nicht aber für ein Unternehmen mit einem kleinen Wagenpark.

Während bei den schleichenden Risiken eine mehr oder weniger lange Zeitspanne zwischen der Änderung der das Risiko verursachenden Einflußfaktoren und dem eventuellen Schadensfall liegt, ist bei den schlagenden Risiken mit der Änderung des Einflußfaktors gleichzeitig der Schaden (Verlust) entstanden. Das zweite und das dritte Stadium der Risikobedrohung fallen zeitlich zusammen. Als Beispiele für schleichende Risiken können vor allem die durch den Markt verursachten Risiken wie Moderisiken, normalerweise Preisrisiken sowie ferner das Delkredere-risiko genannt werden.

Verluste aus schleichenden Risiken treffen das Unternehmen nie unerwartet. Durch die Veränderung der Einflußfaktoren haben sie sich vorher angekündigt. Auf Grund der Stärke der Änderung der Einflußfaktoren und deren weiterer mutmaßlicher Entwicklung kann der Kaufmann den drohenden Verlust im voraus ziemlich genau schätzen. Im Einzelfall ist es auch möglich, Maßnahmen zu treffen, um den drohenden Verlust abzuwehren oder zumindest durch finanzielle Vorsorge die planmäßige Fortführung der Geschäfte zu gewährleisten.

Die schlagenden Risiken treffen das Unternehmen dagegen immer völlig unerwartet. Von allgemeinen Maßnahmen der Risikopolitik abgesehen kann sich der Kaufmann im einzelnen nicht vor ihnen schützen. Typische schlagende Risiken sind die Risiken als Folge von Naturereignissen wie Feuer durch Blitz, Überschwemmungen, aber auch Bruch, Diebstahl usw.

5. Möglichkeiten der Risikopolitik

Selbstverständlich versucht jeder Unternehmer, sich vor den mannigfachen Risiken zu schützen. Das beginnt bereits

bei der Planung und Auswahl der einzelnen Geschäfte.¹⁾ Der planende Unternehmer überlegt vor jedem geschäftlichen Engagement, wie hoch der Einzelverlust wäre, wenn das Geschäft mißlingt. Ein vorsichtiger Kaufmann würde kaum bereit sein, ein Einzelrisiko zu übernehmen, dessen Realisierung den Bestand des Unternehmens in Frage stellen würde. Daher überlegt er vor jeder geschäftlichen Transaktion, ob er den daraus entstehenden Verlust verkraften könnte. Ein für die Größe seines Unternehmens mit zu hohen Risiken belastetes Geschäft lehnt er ab, oder er versucht, einen Teil der Risiken auf andere abzuwälzen, so daß die verbleibenden Risiken bei einer evtl. Realisierung von seinem Unternehmen getragen werden könnten.

Die Abwälzung der Risiken kann einmal erfolgen durch entsprechende vertragliche Regelungen mit dem Geschäftspartner²⁾, z.B. Vorkasse, um das Delkredererisiko auszuschließen. Als Gegenleistung dafür wird der Unternehmer - falls eine derartige Zahlungsweise nicht branchenüblich ist - im allgemeinen Preiszugeständnisse machen müssen.

Zum andern kann der Unternehmer bestimmte Risiken auf Versicherungen abwälzen, indem er dafür die entsprechenden Versicherungsprämien zahlt.³⁾ Bei kleinen und mittleren Unternehmen sind Gebäudeversicherungen gegen Sturm, Feuer, Wasser, Einbruchversicherungen, unter Umständen Betriebsunterbrechungsversicherungen, in Einzelfällen auch Delkredereversicherungen (im Zusammenhang mit Ex-

-
- 1) vgl. Oberparleiter, K., Artikel: Risikopolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 4689
 - 2) Oberparleiter spricht von "Risikoabwälzung durch vertragliche Nebenbedingungen," vgl. Oberparleiter, K., a.a.O., Sp. 4691
 - 3) vgl. Mellerowicz, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Bd. II, 10. Aufl., Berlin 1959, S. 170

portaufträgen) üblich. Hier werden Risiken in Kosten umgewandelt. Die betreffenden Risiken sind für den Kaufmann nicht mehr vorhanden, da andere ihm die sich evtl. aus den abgewälzten Risiken ergebenden Verluste ersetzen.

Der Kaufmann kann aber nur einen kleinen Teil der Risiken auf andere überwälzen. Das liegt einmal an der unübersehbar großen Zahl der Risiken, ferner daran, daß aus kostenmäßigen Überlegungen nicht einmal die Überwälzung aller aus technischen Gründen abwälzbaren Risiken möglich ist.

Neben der Risikoüberwälzung hat der Unternehmer die Möglichkeit, durch geeignete Schutzmaßnahmen die Auswirkungen der Risiken zu vermindern. Um sich vor den verschiedenen Einzelrisiken zu schützen bzw. deren Auswirkung zu vermindern, stehen im Bereich der Fertigung verschiedene Schutzmaßnahmen technischer Art zur Verfügung. In die Maschinen eingebaute Kontroll- und Alarmvorrichtungen, Störschaltungen usw. sind Selbstverständlichkeiten.¹⁾ Zu erwähnen sind auch Elastizitätsreserven bei den Maschinen.

Eine wichtige Maßnahme der Risikopolitik ist ferner die Risikostreuung. Durch Übernahme vieler gleichartiger Einzelrisiken anstelle eines großen Einzelrisikos soll ein innerbetrieblicher Ausgleich von Einzelrisiken mit den entsprechenden Gewinnmöglichkeiten erreicht werden, so daß trotz des Eintritts einiger Einzelrisiken insgesamt ein durchschnittlicher Gewinn verbleibt. So gibt der Bankier zur Verminderung des Kreditrisikos anstelle eines großen Kredits viele kleine Kredite. Die Risikostreuung kann auch in räumlicher (z.B. Vergrößerung des Absatzgebietes)

1) vgl. Oberparleiter, K., a.a.O., Sp. 4690

oder in zeitlicher Hinsicht erfolgen.¹⁾

Mit Ausnahme der Risikoabwälzung bieten alle diese betriebspolitischen Maßnahmen keinen sicheren Schutz des Unternehmens vor den aus den Risiken resultierenden Verlusten. Der vorsichtige Unternehmer wird daher immer damit rechnen, daß er auch Einbußen hinnehmen muß und deshalb darauf vorbereitet sein, möglicherweise auftretende Verluste auffangen zu können. Dazu dient die Reservepolitik.

Soweit die Realisation spezieller Risiken nicht nur zu einer wertmäßigen Minderung des bedrohten Vermögensteiles führt, sondern auch zu einer substanziellen Vernichtung und das betreffende Vermögensteil unbedingt zur reibungslosen Fortführung des Unternehmens benötigt wird, hält der Unternehmer in vielen Fällen Ersatz bereit (Aktivreservepolitik)²⁾. Z.B. werden ältere, aber noch brauchbare Maschinen als Ersatz für evtl. zu Bruch gehende oder in Reparatur befindliche neue Maschinen gehalten, Ersatzleute werden ausgebildet, die die Arbeit der eigentlich für eine bestimmte Tätigkeit vorgesehenen Mitarbeiter fortführen können, wenn diese verhindert sind usw.

Daneben ist die finanzielle Vorsorge eine der wichtigsten Maßnahmen der Reservepolitik, vor allem in Hinblick auf die Risiken, die ausschließlich zu wertmäßigen Verlusten führen. Um das Unternehmen bilanzmäßig vor eintretenden Verlusten zu schützen, ist es notwendig, das Eigenkapital relativ (im Verhältnis zum Fremdkapital) und absolut gesehen zu stärken. Hier liegt also die Auf-

1) vgl. Mellerowicz, K., a.a.O., S. 170

2) Zur Frage der Aktivreservepolitik vgl. Haas, D., Bedeutung und Funktionen der Reserven der Unternehmung, Diss. Freiburg 1954, S. 26 ff.

gabe der Passivreserven.¹⁾ Von einigen Ausnahmefällen bei Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw. abgesehen werden die Reserven ausschließlich aus erzielten Gewinnen gebildet. Auf Grund gesetzlicher Vorschriften sind Kapitalgesellschaften verpflichtet, einen Teil des Reingewinns aus Gründen der finanziellen Vorsorge der gesetzlichen Rücklage zuzuführen, bis diese eine bestimmte Höhe erreicht hat, und zwar speziell im Hinblick auf spätere Verluste, denn die gesetzliche Rücklage darf nur zum Ausgleich von Jahresverlusten aufgelöst werden.

6. Die heutige Bedeutung des Risikos für gewerbliche Unternehmen

Die Bedeutung der Risiken für ein bestimmtes Unternehmen hängt ab vom Wert der von den Einzelrisiken bedrohten Vermögensposten im Verhältnis zum Gesamtvermögen. Im Schrifttum wird diese Relation als Risikointensität bezeichnet. Das vom Unternehmer eingegangene Risiko bestimmt sich also nach dem auf Grund der einzelnen Pläne eingesetzten Vermögenswert und dessen Verhältnis zum Gesamtvermögen. Es ist ferner abhängig von der Zeitdauer zwischen dem Einsatz des Vermögenswertes und der endgültigen Abwicklung des geplanten Geschäftes.

Wie stark die Risiken infolge der kapitalintensiven Wirtschaftsweise zugenommen haben, läßt sich augenfällig an den Investitionsentscheidungen der Unternehmer nachweisen: Die Kapazitäten der einzelnen Anlageeinheiten werden mit zunehmender Automatisierung immer größer. Der Wert der Einheiten steigt. Ein wirtschaftlicher Einsatz

1) vgl. Frehner, E., Die Reserven der Unternehmung, Diss. Zürich 1946, S. 112

moderner Großaggregate hängt davon ab, ob es gelingt, sie über eine Reihe von Jahren weitgehend auszulasten, d.h., mehrere Jahre hindurch eine große Anzahl der auf diesen Anlagen hergestellten Produkten zu einem Mindestpreis verkaufen zu können. Oft bestehen die Anlageeinheiten nicht nur aus einer Maschine, sondern aus einer großen Anzahl organisch miteinander verbundener Maschinen. So stellt z.B. bei der Fließfertigung das gesamte Fließband eine Einheit dar. In vielen Fällen ist mit der zunehmenden Automatisierung gleichzeitig eine Beschränkung der Produktion auf einige wenige Produkte verbunden, oder es ist zwar eine Umstellung auf andere Produkte möglich, aber nur mit beachtlichen Umstellungskosten.¹⁾

Mit einer einzigen Investitionsentscheidung ist der Unternehmer über eine Reihe von Jahren einem erheblichen Marktrisiko ausgesetzt. Wegen des hohen Anteils der durch die kapitalintensive Fertigungsweise bedingten fixen Kosten, die bei rückläufiger Beschäftigung zu progressiven Stückkosten führen, wiegen die Absatzrisiken in diesen Fällen besonders schwer, da sie bei ihrer Realisierung gleichzeitig ungünstige Rückwirkungen auf der Kostenseite hervorrufen.

Wenn in der letzten Zeit die immer größer werdenden Risiken kaum bemerkt wurden, so liegt das an der allgemein günstigen Absatzsituation. Ein beachtlicher mengenmäßiger Absatzrückgang müßte zu außerordentlich hohen Verlusten in den einzelnen Unternehmen führen. Beispiele

- 1) Wie Ahrens auf Grund empirischer Untersuchungen nachweist, besteht jedoch nicht unbedingt ein Zusammenhang zwischen der Höhe der fixen Kosten je Einheit (d.h. der Anlageintensität) und der betrieblichen Anpassungsfähigkeit (Einzelheiten vgl. Ahrens, H., Die Bedeutung der Betriebsgröße für Kosten und Erträge, Diss. Münster 1960, S. 90 ff.).

dafür finden wir heute vereinzelt in der Automobilindustrie.

Die hohen Risiken, die den Unternehmen vor allem von der Absatzseite her drohen, sind auch damit nicht gebannt, daß der Staat im Falle einer allgemeinen konjunkturellen Krise mit Hilfe wirtschaftspolitischer Mittel, die durch die moderne Volkswirtschaftslehre, insbesondere durch die Finanzwissenschaft, aufgezeigt wurden, in der Lage wäre, die Nachfrage künstlich zu beleben. Obwohl durch die zur Verfügung stehenden Maßnahmen kleinere Rückschläge überwunden werden können, ist doch nicht erwiesen, ob sie auch bei ernsteren Krisen die Stabilität der Wirtschaft sichern können.¹⁾ Aber selbst wenn allgemeine Absatzschwierigkeiten durch das Eingreifen des Staates überwunden werden könnten, wäre damit nicht das Risiko für den einzelnen Unternehmer ausgeschaltet, da wirtschaftspolitische Eingriffe normalerweise allgemeiner Art sind, daß für das einzelne Unternehmen dadurch keine Besserung der Absatzlage einzutreten braucht. Ferner können durch diese Maßnahmen bestenfalls konjunkturbedingte Absatzschwierigkeiten behoben werden, nicht aber strukturelle Erscheinungen, wie sie augenblicklich im Kohlenbergbau vorliegen. Hier können wirtschafts-/finanzpolitische Eingriffe des Staates die Krise nicht beseitigen, sondern nur zeitlich hinauszögern.

B. Problemstellung und Gang der Untersuchung

Auf der einen Seite ist die gewerbliche Tätigkeit mit besonders hohen Risiken belastet, die entsprechende Maßnahmen der Risikopolitik - in finanzieller Hinsicht vor allem Bildung von Rücklagen - erfordern, auf der anderen

1) vgl. Schnettler, A., Betriebsanalyse, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 16

Seite werden gerade gewerbliche Gewinne vom Fiskus stärker als andere Einkünfte in Anspruch genommen, wenn man bedenkt, daß die Einkünfte aus gewerblicher Tätigkeit neben der Belastung durch die Einkommen- oder Körperschaftssteuer zusätzlich der Gewerbeertragsteuer unterliegen. Betrachtet man die gesamte Ertragsfähigkeit des Unternehmens, so ist das gewerbliche Unternehmen nicht nur außerdem mit der Gewerbekapitalsteuer und der Lohnsummensteuer belastet, es muß auch die Umsatz-, die sonstigen Verkehrssteuern usw. mit erwirtschaften.

Angesichts der besonderen Bedrohung der gewerblichen Gewinne durch die Risiken einerseits und der hohen steuerlichen Belastung des Unternehmungs-(roh- bzw. rein-)ertrages andererseits fragt es sich, inwieweit bei der Besteuerung der Gewinne gewerblicher Unternehmen auf die Risikobedrohung Rücksicht genommen werden kann bzw. genommen wird. Dabei soll die Untersuchung auf die Einkommensteuer im weiteren Sinne, d.h. Einkommensteuer und Körperschaftssteuer, beschränkt bleiben.

Für die Möglichkeit der Risikopolitik ist es entscheidend, inwieweit bei der Besteuerung bereits noch nicht realisierte Risiken berücksichtigt werden, da durch die Einkommen-/Körperschaftssteuer dem Unternehmen beachtliche Teile des Gewinns zwangsentzogen werden. Soweit bei der Einkommen- bzw. Körperschaftssteuer nichtrealisierte Verluste berücksichtigt werden, stehen dem Unternehmer die von der Steuer nicht erfaßten Ertragsteile zur Risikoversicherung zur Verfügung.

Daher soll durch die Gegenüberstellung der auf Grund theoretischer und grundsätzlicher Überlegungen herausgearbeiteten Möglichkeiten zur Berücksichtigung noch nicht realisierter Risiken mit der praktischen Handhabung in

Steuergesetzgebung und -praxis, d.h. Verwaltung und Rechtsprechung, die Sachlage vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt beurteilt werden.

Bei der Analyse der steuerlichen Möglichkeiten erschien es notwendig, die Untersuchung über den grundsätzlichen, steuersystematischen Tatbestand hinaus auch auf die augenblickliche Regelung zu erstrecken. Dabei konnten auch die mannigfachen, teils nur aus wirtschaftspolitischen Motiven in das Steuerrecht aufgenommenen Sondervorschriften nicht außer acht gelassen werden.

Entsprechend dem verfahrenstechnischen Vorgehen bei der Einkommensbesteuerung wird die Untersuchung gegliedert:

1. Berücksichtigung der Risiken bei der Ermittlung des Jahresergebnisses im Rahmen der steuerlichen Ertragsbilanz,
2. Auswirkungen der in der steuerlichen Ertragsbilanz erfaßten Risiken auf die Besteuerung.

Die einzelnen Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung im Rahmen der steuerlichen Ertragsbilanz werden im ersten Hauptteil erörtert. Steuerrechtlich gibt es neben der Gewinnermittlung durch die Steuerbilanz zur Ermittlung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb zwar noch andere Wege (z.B. Gewinnermittlung auf Grund des § 4 Abs. 3 EStG - Gegenüberstellung von Betriebseinnahmen und -ausgaben -, die Gewinnermittlung durch Schätzung auf Grund des § 217 AO usw.). Für Vollkaufleute, die eine ordnungsgemäße Buchführung haben, kommt jedoch ausschließlich die Gewinnermittlung auf Grund der Steuerbilanz gem. § 5 EStG in Frage, so daß eine Beschränkung der Analyse auf diese Art der Gewinnermittlung sachlich gerechtfertigt ist.

Im zweiten Hauptteil wird untersucht, inwieweit sich die Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung in der Steuerbilanz letztlich bei der Festlegung der Steuerschuld auswirken. Hier sind vor allem die Probleme aufzuzeigen, die entstehen, wenn die Berücksichtigung von Risiken dazu führt, daß das Unternehmen mit einem Jahresverlust abschließt.

I. Hauptteil: Die Berücksichtigung von Risiken bei der
Ermittlung des für die Einkommensbesteuerung
maßgebenden Jahresergebnisses im Rahmen der
Steuerbilanz.

Vorbemerkung

Unproblematisch ist bei der Bilanzierung die Behandlung realisierter Risiken. Alle Risiken, die zu Verlusten führen, werden spätestens bei Eintritt des verlustbringenden Ereignisses in der G. u. V.-Rechnung erfaßt. Wird z.B. eine Maschine, die im Unternehmen infolge der Marktsituation nicht mehr wirtschaftlich genutzt werden kann, verkauft und liegt der Erlös dafür unter dem Buchwert, so wird die Differenz zwischen Buchwert und Erlös über die G. u. V.-Rechnung als Verlust aus Anlageverkäufen abgebucht.

In den meisten Fällen werden die durch den Eintritt der Risiken entstandenen Verluste automatisch erfaßt, so daß sie im offiziellen Rechnungswesen gar nicht ohne weiteres ersichtlich sind, weil die Aufwendungen und Erträge in der kaufmännischen Buchhaltung nicht für jedes einzelne Geschäft einander gegenübergestellt werden, sondern meist getrennt und nach Arten gegliedert in der G. u. V.-Rechnung erscheinen oder bei bestimmten Geschäftsvorgängen

die Aufwendungen und Erträge nur in ihrer Jahressumme einander gegenübergestellt werden. So werden bei den meisten Bilanzbeständen, insbesondere bei denen des Umlaufvermögens nur die Zugänge laufend zu Einstandspreisen verbucht. Die Abgänge bei diesen Beständen werden dagegen lediglich zu Verkaufspreisen erfaßt. Der Abgang zu Einstandspreisen wird für diese Konten normalerweise nur in einer Gesamtjahressumme für das ganze Jahr durch Inventur ermittelt und den entsprechenden Erlösen gegenübergestellt. In der G. u. V.-Rechnung erscheint dann nur der Saldo des Erlöskontos z. B. der Warenrohgewinn. Verluste bei den einzelnen Verkäufen kann man aus der G. u. V.-Rechnung dann nicht ohne weiteres ersehen, da nicht Einkaufspreis und Verkaufspreis für jeden verkauften Posten gesondert einander gegenübergestellt werden, abgesehen davon, daß die mit dem Verkauf zusammenhängenden Kosten auf anderen Konten (Aufwandsartenkonten) erfaßt werden. Selbstverständlich wirken sich evtl. Verluste aus einzelnen Geschäften in der G. u. V.-Rechnung gewinnmindernd aus, da sich sowohl der Abgang zu Einstandswerten direkt oder indirekt in der G. u. V.-Rechnung niederschlägt als auch auf der anderen Seite die entsprechenden (niedrigeren) Erlöse. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Verlusten bei Fertigerzeugnissen in Produktionsbetrieben. Auch hier werden die Verluste bei den einzelnen Leistungen in der offiziellen Buchhaltung nicht sichtbar. Aufwendungen und Erträge werden auf verschiedenen Konten erfaßt, wobei insbesondere die Aufwendungen nach Arten, oder auch nach Kostenstellen getrennt erfaßt werden.

Problematisch ist die in den nachfolgenden Ausführungen untersuchte Frage, inwieweit es möglich ist, schon vor Eintritt des verlustbringenden Ereignisses bestehende Risiken in der Ertragssteuerbilanz zu berücksichtigen.

A. Die Notwendigkeit der Risikoerfassung bei der Bilanzierung

1. Abhängigkeit des Gewinns einer vergangenen Rechnungsperiode von zukünftigen Ereignissen

Die Berücksichtigung von nichtrealisierten Risiken in der Steuerbilanz würde bedeuten, daß im Hinblick auf zukünftige Verlustgefahren Abzüge bei der Bilanzierung vorgenommen werden, d.h., daß in Anbetracht der Risiken Aufwand verrechnet wird.

Das gilt sowohl für die Aufwands- als auch für die Ertragsrisiken, und zwar wird für Ertragsrisiken, d.h. Risiken, die zu einer Verminderung der Erträge führen, allein aus rechentechnischen Gründen Aufwand verrechnet. Im Rahmen der doppelten Buchführung sind nämlich Minusposten nicht möglich.

Aufgabe der Jahresrechnung ist es, den Gewinn der abgelaufenen Rechnungsperiode zu ermitteln. Aus dem Zweck der vergangenheitsorientierten Jahresrechnung und dem Charakter der Risiken als mögliche, zukünftige Verluste erscheint zunächst die Forderung nach einer Verrechnung von Aufwand für nichtrealisierte Risiken bei der Feststellung des Gewinns einer vergangenen Rechnungsperiode widersprüchlich. Bevor diskutiert werden kann, inwieweit nichtrealisierte Risiken berücksichtigt werden können, muß dargelegt werden, ob überhaupt zukünftige Ereignisse auf den Gewinn der vergangenen Zeit Einfluß haben können, es ist also nachzuweisen, daß der Gewinn eines zurückliegenden Zeitraumes von zukünftigen Ereignissen mitbestimmt wird. Könnte der Kaufmann für jedes durchgeführte Geschäft den Gewinn als Differenz zwischen den erfolgswirksamen Einnahmen und den erfolgswirksamen Ausgaben ermitteln¹⁾, dann wäre dieser Gewinn, nachdem das Geschäft

1) Beispiel s. bei Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 11. Aufl., Köln-Opladen 1953, S. 42 f.

vollkommen abgeschlossen ist, d.h., nachdem nicht nur Leistung und Gegenleistung erbracht worden sind, sondern nachdem auch feststeht, daß keine Regressansprüche wegen schlechter Lieferung etc. bestehen, eindeutig und endgültig festgestellt. Irgendwelche zukünftigen Ereignisse wären für die Rechnung völlig belanglos.

Diese Art der Gewinnermittlung ist aber heute kaum mehr möglich. Sie wird allenfalls noch zur Abrechnung von Metageschäften angewandt. Aus praktischen und rechtlichen Gründen wird der Gewinn in kaufmännischen Unternehmen nicht mehr für einzelne Geschäfte, sondern für einen Zeitabschnitt (Geschäftsjahr) festgestellt.¹⁾ Bei der Gewinnfeststellung an einem bestimmten Zeitpunkt für einen zurückliegenden Zeitraum ergeben sich im Gegensatz zur Gewinnfeststellung für ein endgültig abgeschlossenes Geschäft folgende Schwierigkeiten:

- 1) Es sind nicht alle Geschäfte, die bereits vor dem Bilanzstichtag eingeleitet wurden und für die teilweise bereits Ausgaben gemacht oder Einnahmen erzielt wurden, auch endgültig abgeschlossen. Hier lassen sich vier Fälle unterscheiden:
 - a) Die Geschäfte sind insofern eingeleitet, als bindende vertragliche Abmachungen getroffen wurden. Sie sind aber noch von keiner Partei erfüllt worden.
 - b) Die Geschäfte sind nur von einer Partei erfüllt.
 - c) Es liegt nur teilweise Erfüllung der Geschäfte von einer Partei oder von beiden Parteien vor.
 - d) Die Geschäfte sind zwar von beiden Seiten erfüllt, aber es können dem Kaufmann noch nachträglich Ausgaben daraus entstehen, z.B. wegen mangelhafter Lieferung, insbesondere wenn er besondere vertragliche Gewährleistungsverpflichtungen eingegangen ist.

1) vgl. Schmalenbach, E., a.a.O., S. 50

- 2) Es können zum Verkauf oder zum Verbrauch bestimmte Vorräte vorhanden sein, die in der abzurechnenden Periode eingekauft, aber noch nicht ihrem Zweck zugeführt wurden.¹⁾
- 3) Bei Unternehmen mit aufspeicherbaren Leistungen kommt hinzu, daß am Bilanzstichtag noch nicht abgesetzte Leistungen vorrätig sind. Ob die mit der Erstellung der Leistung verbundenen Ausgaben dem Unternehmen in Form von Einnahmen wieder zufließen evtl. zuzüglich eines Gewinns, hängt von der zukünftigen Marktsituation ab.
- 4) Im Gewinnermittlungszeitraum sind Ausgaben gemacht worden, die nicht nur zur Erzielung von Einnahmen bzw. zur Erstellung von Leistungen im Abrechnungszeitraum dienen sollten, sondern auch zur Erzielung von Einnahmen bzw. zur Erstellung von Leistungen in kommenden Perioden. Hierbei handelt es sich vor allem um Ausgaben für Anlagegüter, die mehrere Jahre im Betrieb genutzt werden. Bei der heutigen, maschinenintensiven Fertigungstechnik fallen diese Ausgaben bei Industrieunternehmen ganz besonders ins Gewicht.²⁾

Angesichts dieser zwischenperiodischen Überschneidungen der einzelnen Geschäfte ist klar, daß man zur Ermittlung des Jahresgewinns nicht einfach die erfolgswirksamen Einnahmen und Ausgaben einander gegenüberstellen kann. Damit

-
- 1) Andererseits können in der Abrechnungsperiode Leistungen verkauft worden sein, die in einer früheren Periode angeschafft oder hergestellt wurden.
 - 2) Selbstverständlich werden auch bei der Leistungserstellung im vergangenen Rechnungsjahr Maschinen benutzt, die in einem noch früheren Zeitraum angeschafft und bezahlt wurden.

würden für die vorstehend bezeichneten Geschäfte entweder nur die Einnahmen oder nur die Ausgaben bzw. nur ein Teil der Einnahmen und Ausgaben verrechnet.

Eine exakte Gewinnermittlung für einen bestimmten Zeitraum erfordert eine Periodifizierung der erfolgswirksamen Einnahmen und Ausgaben, wobei die Zurechnung nicht nach kassentechnischen Gesichtspunkten (Zeitpunkt der Einnahme bzw. Ausgabe), sondern unter dem Gesichtspunkt der Erfolgswirksamkeit erfolgt. Periodifizierte erfolgswirksame Einnahmen/Ausgaben nennt man Erträge/Aufwendungen. Der Gewinn einer Rechnungsperiode wird also als Differenz zwischen Ertrag und Aufwand errechnet.

In den oben genannten Fällen liegen Aufwand und Ausgabe, Ertrag und Einnahme, Ausgabe und Einnahme nicht in ein und derselben Rechnungsperiode.

Wenn die Ausgabe in einer späteren Rechnungsperiode als der Aufwand anfällt, die Einnahme später als der Ertrag, müssen am Ende der Rechnungsperiode Aufwand/Ertrag bewertet werden. Da Aufwand/Ertrag nur periodisch richtig zugerechnete erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen sind¹⁾, müßte die Schätzung an den künftigen entsprechenden Ausgaben/Einnahmen orientiert sein. Anhaltspunkt für die Schätzung der zukünftigen Einnahmen und Ausgaben bieten die Plangrößen. Wie bereits erörtert, "plant" der Kaufmann vor jeder geschäftlichen Transaktion Ertrag und Aufwand, um zu sehen, ob sich das Geschäft lohnt. Teilweise sind auch die Größen bereits vertraglich festgelegt (z.B. Erträge für bereits abgesetzte, aber noch nicht bezahlte Leistungen). Ob die Pläne bzw. vertraglichen Abmachungen verwirklicht werden, hängt aber von der zukünftigen Ent-

1) vgl. Schnettler, A., Betriebsanalyse, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 97

wicklung ab. Darin aber besteht gerade das Risiko. Somit sind die Größen zur Ermittlung des Gewinns eines zurückliegenden Zeitraumes nicht unabhängig von zukünftigen Ereignissen. Die Bewertung einiger Aufwands- und Ertragsgrößen und damit auch der Gewinn selbst sind risikoabhängig. Damit stellt sich die Frage, in welcher Weise die Risiken bei der Ermittlung des Gewinns berücksichtigt werden können.

2. Aufwandsbegriff und Risikoerfassung

Denkbar wäre folgendes Verfahren zur Erfassung der Risiken beim Abschluß: Als Aufwendungen und Erträge werden - soweit sie noch nicht zu Ausgaben/Einnahmen geführt haben - die geplanten Größen eingesetzt. Gesondert davon wird für die bestehenden Risiken ein besonderer Aufwandsposten "Risiko" verrechnet, dessen Höhe auf Grund der eingetretenen Risiken (Verluste) in den zurückliegenden Rechnungsperioden (z.B. 3 - 5 Geschäftsjahre) als Durchschnittsgröße errechnet wird, ein Verfahren, das auch in der kalkulatorischen Innenrechnung zur Berücksichtigung der speziellen Risiken angewandt wird.¹⁾ Das wäre eine sehr rohe, aber da man bei der Berechnung der Aufwandsposition "Risiko" von bekannten Größen der Vergangenheit ausgehen würde, eine einfache und daher für die Praxis bequeme Methode. Man würde dabei unterstellen, daß die Risiken gleichmäßig in den einzelnen Jahren anfallen. Bei der Aufwandsposition "Risiko" würde es sich also um eine fiktive Größe handeln.

Wie bereits erwähnt, sind Aufwendungen periodifizierte,

1) vgl. Schnettler, A., Das Rechnungswesen industrieller Betriebe, 4. Aufl., Wolfenbüttel 1949, S. 190 ff., ferner:
Schönnenbeck, H., Risiko und Kostenplanung, in: Betriebswirtschaftliche Planung in industriellen Unternehmen, Berlin 1959, S. 97 f.

erfolgswirksame Ausgaben. Daraus folgt: Der verrechnete Risikoaufwand muß in der Höhe mit den später tatsächlich anfallenden Verlusten übereinstimmen.

Das aber soll - allerdings auf lange Sicht - auch mit dem oben beschriebenen und in der Kostenrechnung praktizierten Verfahren erreicht werden. Wenn es sich hinsichtlich der Bemessung der Risiken an die Vergangenheit anlehnt, so wird hier nur die Vergangenheit als Maßstab für die Zukunft genommen. Dennoch ist das Verfahren mit dem Begriff des Aufwands nicht vereinbar und deshalb für die Zwecke der Jahresrechnung nicht brauchbar. Der Begriff des Aufwands erfordert nämlich neben der quantitativen Entsprechung mit den tatsächlichen Ausgaben eine richtige - d.h. dem Verursachungsprinzip entsprechende - Periodenzurechnung. Bei einem Verfahren, das das Risiko auf Grund der Verluste in den vergangenen Jahren für einen längeren, zukünftigen Zeitraum schätzt und den geschätzten Risikoaufwand gleichmäßig auf die einzelnen Jahre verteilt, kann von einer Zurechnung des Aufwandes auf die einzelnen Rechnungsperioden auf Grund des Verursachungsprinzips keine Rede sein.

Damit ergibt sich aber eine neue, wichtige Fragestellung: In welcher Periode sind Verluste verursacht? Auf diese Frage sind mehrere Antworten möglich:

- 1.) Der Risikoaufwand ist in der Periode zu verrechnen, in der das Ergebnis aus dem einzelnen Geschäft verbucht worden ist, da mit der Durchführung des Geschäftes auch das Risiko übernommen wurde und somit das Risiko in der Durchführung des Geschäftes begründet liegt.¹⁾

1) vgl. Walb, E., Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, 1926, zit. nach Koch, H., a.a.O., S. 60

- 2.) Aufwand und Ertrag werden losgelöst von dem mit ihnen in Beziehung stehenden Geschäft durch ihren unmittelbaren Entstehungsanlaß verursacht. Das bedeutet für Verlustaufwendungen: Der Aufwand ist in der Periode als verursacht anzusehen, in der das schädigende Ereignis eingetreten ist (Änderung eines Einflußfaktors). Ein solches schädigendes Ereignis könnte z.B. ein Preisrückgang für lagernde Fertigprodukte sein. Hier muß weiter gefragt werden, ob nur der Preisrückgang bis zum Bilanzstichtag oder der gesamte zu erwartende Verlust, also der Preisrückgang bis zum Umsatztage der Ware in der abgelaufenen Rechnungsperiode als verursacht anzusehen ist. WALB¹⁾ will nur den Preisrückgang bis zum Bilanzstichtag als in der abgelaufenen Rechnungsperiode verursacht gelten lassen. Mit dem gleichen Recht könnte man den Standpunkt vertreten, daß der Preisrückgang bis zum Umsatztage zu berücksichtigen ist, da er als Ursache für den gesamten Verlust bereits vor dem Bilanzstichtage liegt.
- 3.) Schließlich vertritt KOCH die Auffassung, wenn überhaupt das Verursachungsprinzip allein für die Periodenabgrenzung maßgebend sein sollte, dann müßten die erfolgswirksamen Einnahmen und Ausgaben "den Rechnungsperioden nach Maßgabe der realen betrieblichen Vorgänge, auf denen sie beruhen, zugerechnet werden."²⁾ Für eine so definierte Periodenabgrenzung sei allein das Realisationsprinzip maßgebend. Danach könnten Verlustaufwendungen erst dann verrechnet werden, wenn die Verluste bereits entstanden sind. Eine Berücksichtigung nicht realisierter Risiken wäre danach nicht möglich.

1) vgl. Walb, E., Die Erfolgsrechnung privater und öffentlicher Betriebe, 1926, zit. nach Koch, H., a.a.O., S. 60

2) s. Koch, H., a.a.O., S. 60

Zu allen Meinungen lassen sich Argumente dafür und dagegen anführen. Das bedeutet aber, daß auf Grund des Verursachungsprinzips sich keine eindeutige und widerspruchsfreie Aussage darüber machen läßt, in welcher Periode Verlustaufwendungen zu verrechnen sind. Durch die unterschiedliche Interpretation des Verursachungsprinzips wird darüber hinaus in Frage gestellt, ob überhaupt Aufwendungen für nicht realisierte Risiken zu verrechnen sind. Es muß daher nach einem anderen Weg gesucht werden, um die Notwendigkeit der Berücksichtigung nicht realisierter Risiken beim Jahresabschluß nachzuweisen.

3. Die Bedeutung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung für die Risikoerfassung

Wie SCHMALENBACH¹⁾ nachgewiesen hat, dient die Bilanz - von den Positionen Kasse und Kapital abgesehen - ausschließlich dazu, die schwebenden Vor- und Nachleistungen aufzunehmen. Alle oben aufgeführten, noch nicht vollständig abgeschlossenen und daher risikobehafteten geschäftlichen Transaktionen führen zu Bilanzpositionen. Um die Notwendigkeit der Berücksichtigung der zukünftigen Risiken beim Jahresabschluß nachzuweisen, ist es gleichgültig, ob gezeigt wird, ein wie hoher Aufwand für die Risiken verrechnet werden muß oder wie die einzelnen Bilanzpositionen zu bewerten sind.

In der kaufmännischen Praxis haben sich gewisse Grundsätze zur Aufstellung des Jahresabschlusses herausgebildet, die allgemein als Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung bezeichnet werden. Obwohl ihre Beachtung handels- und steuerrechtlich vorgeschrie-

1) Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 11. Aufl., Köln und Opladen 1953, S. 56

ben ist, handelt es sich hierbei grundsätzlich um ungeschriebenes Recht, das auf sehr langer kaufmännischer Übung beruht. Wie SCHMALENBACH zutreffend feststellt, entspricht nicht jede kaufmännische Übung den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung; denn es besteht häufig ein Mißverhältnis zwischen dem Geschehen in der Praxis und den GoB. Darum ist nicht ohne weiteres die tatsächliche Handhabung in der Praxis maßgebend, sondern nur das, "was ein ordentlicher und ehrbarer Kaufmann für richtig hält."¹⁾

Unsere Aufgabe ist es nun zu zeigen, ob und inwieweit die GoB - soweit sie die Bewertung betreffen - eine Berücksichtigung von Risiken, d.h. von nicht realisierten Verlusten verlangen.

Folgende Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung betreffen die Bewertung:

Das Prinzip der Vorsicht und

daraus abgeleitet: das Niederstwertprinzip und der Grundsatz, daß nicht verwirklichte Gewinne nicht ausgewiesen werden dürfen, nichtverwirklichte Verluste aber ausgewiesen werden müssen²⁾

das Stichtagsprinzip.

-
- 1) Schmalenbach, E., Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 1933, S. 225
 - 2) vgl. Rössle, K., Artikel "Bilanz" in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 1104, ferner: le Coutre, Artikel "Bilanz" (Bestandebilanz) in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1939, Sp. 1023

Anders dagegen Koch, H. (Die Problematik des Niederst-

a) Das Prinzip der Vorsicht

Das Prinzip der Vorsicht, das schon in dem alten kaufmännischen Wahrspruch "spera prudentur" zum Ausdruck kommt¹⁾, verlangt, daß der Kaufmann bei Schätzungen, die im Rahmen der Bewertung bei der Bilanzaufstellung notwendig werden, "vorsichtig" vorgeht. "Vorsichtig" bedeutet in diesem Falle: Durch die Schätzung der Werte soll der Jahresgewinn eher zu niedrig als zu hoch ausgewiesen werden.²⁾

Aufgrund dieses allgemeinen Grundsatzes lassen sich aber noch keine konkreten Aussagen über die Notwendigkeit der Risikoberücksichtigung bei der Bilanzierung ableiten. Es bleibt deshalb zu untersuchen, inwieweit die aus dem Grundsatz der Vorsicht abgeleiteten Grundsätze, nämlich das für das Umlaufvermögen geltende Niederstwertprinzip und der Grundsatz, daß nichtverwirklichte Gewinne nicht ausgewiesen werden dürfen, nichtverwirklichte Verluste aber ausgewiesen werden müssen, die Berücksichtigung be-

wertprinzips" in: Die Wirtschaftsprüfung 1957, S. 1 ff). Koch unterscheidet zwischen dem Vorsichtsprinzip und dem Prinzip vorsichtiger Bewertung. Das Vorsichtsprinzip ist nach Koch identisch mit dem Imparitätsprinzip, d.h. mit dem Grundsatz, daß nichtverwirklichte Gewinne nicht ausgewiesen werden dürfen und nichtverwirklichte Verluste ausgewiesen werden müssen. Das Prinzip vorsichtiger Bewertung, das Koch als dritten Grundsatz ordnungsmäßiger Bilanzierung neben dem Realisationsprinzip und dem Imparitätsprinzip aufführt, "besagt, daß man bei der Schätzung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, der Abschreibungen, Rückstellungen, Delkreder, Wertberichtigungen usw. vorsichtig, d.h. im Zweifelsfalle zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung des abgelaufenen Jahres vorgehen soll." (Koch, H., a.a.O., S. 5)

- 1) vgl. Rössle, K., Artikel "Bilanz" in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956, Sp. 1104
- 2) vgl. le Coutre, Bilanzrecht und Gesellschaftsbilanzen, Wiesbaden 1949, S. 11, ferner: Rössle, K., a.a.O., Sp. 1104

stehender Risiken bei der Bilanzierung erfordern.

aa) Das Niederstwertprinzip (als Ausfluß des Prinzips der Vorsicht)

Das Niederstwertprinzip ist nicht nur ein aus der Bilanzierungspraxis ordentlicher und ehrbarer Kaufleute entwickelter Bewertungsgrundsatz, er ist zudem auch handelsrechtlich verankert (§ 133 AktG¹⁾). Das Niederstwertprinzip, das für das Umlaufvermögen gilt, besagt, daß der höchstzulässige Wertansatz für das Umlaufvermögen entweder durch die Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder den niedrigeren Börsen- oder Marktpreis am Bilanzstichtag gegeben ist. Wenn ein Börsen- oder Marktpreis nicht gegeben ist, tritt an seine Stelle der Wert, der dem Gegenstand am Bilanzstichtag beizumessen ist (§ 40 HGB). Diese Bestimmung ist jedoch nicht eindeutig. Sie läßt offen, ob als niedrigerer Stichtagswert der Wiederbeschaffungswert oder der Einzelveräußerungswert anzusetzen ist und ferner, ob die Preisverhältnisse am Bilanzstichtag oder am Umsatztag des Wirtschaftsgutes maßgebend sind.²⁾ Es ist daher nicht verwunderlich, daß das Niederstwertprinzip in der Praxis unterschiedlich gehandhabt wird. Das zeigt sich deutlich in dem 1928 auf Veranlassung des Reichsfinanzhofes von den Spitzenverbänden von Handel und Industrie erstatteten Gutachten darüber, wie die Unternehmen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen das Niederstwertprinzip handhaben. In seiner Entscheidung vom 17. 4. 1929 faßt der RFH die Ergebnisse der Stellungnahme zusammen: "Das Gutachten ergab, daß in der

1) Nach der heutigen Auffassung sind die Bewertungsvorschriften des § 133 AktG nicht allein von Aktiengesellschaften, sondern von allen Kaufleuten anzuwenden, da die aktienrechtlichen Vorschriften praktisch eine gesetzliche Fixierung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung darstellen.

2) Koch, H., a.a.O., S. 1

Frage keine einheitliche Auffassung in den deutschen Wirtschaftskreisen zu finden war. Die strengere Auffassung ging dahin, im Warenhandel (Groß- und Einzelhandel) müßten, wenn die Einkaufspreise (Wiederbeschaffungskosten) von Waren am Bilanzstichtag unter den Anschaffungspreisen stehen, auf alle Fälle die niedrigeren Einkaufspreise eingesetzt werden. Eine mildere Auffassung fordert dies nur dann, wenn voraussichtlich die niedrigeren Verkaufspreise die früheren Anschaffungskosten einschließlich Verkaufsspesen nicht mehr decken würden."¹⁾ Schließlich findet man noch die Auffassung, es sei jeweils der niedrigste von folgenden drei Werten anzusetzen: Anschaffungs-/Herstellungskosten - Wiederbeschaffungspreis - Einzelveräußerungspreis.²⁾ Auch darüber, ob die Preisverhältnisse am Bilanzstichtag oder am Umsatztag maßgebend sind, gehen die Meinungen auseinander. Während TRUMPLER³⁾ bei der Auslegung des § 133 AktG ausschließlich auf die Preisverhältnisse am Bilanzstichtag abstellt, wollen ADLER-DÜRING-SCHMALTZ⁴⁾ und FÜRST⁵⁾ auch die voraussichtliche Preisentwicklung berücksichtigen, wenn angenommen werden muß, daß die zukünftigen Verkaufspreise unter den Stichtagspreisen liegen werden.

Offenbar sollen durch das Niederstwertprinzip noch nicht realisierte Verluste, also Risiken, berücksichtigt werden, die darin bestehen, daß der Wert der Umlaufgüter unter

-
- 1) s. RFH v. 17. 4. 1929, veröffentlicht in: Steuer und Wirtschaft Nr. 506 (zit. nach Koch, H., a.a.O., S. 1)
 - 2) vgl. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 2. Aufl. 1948, S. 351, ferner:
Wirtschaftsprüfer-Jahrbuch 1948, S. 429, ferner:
Trumpler, H., Die Bilanz der Aktiengesellschaft, 1950, S. 31 und 34
 - 3) vgl. Trumpler, H., a.a.O., S. 36
 - 4) vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., S. 352 f.
 - 5) vgl. Fürst, R., Bilanzierungsgrundsätze in der Praxis, 1956, S. 330

die Anschaffungs-/Herstellungskosten sinkt. Wegen der Mehrdeutigkeit der gesetzlichen Formulierung des Niederstwertprinzips und der Uneinheitlichkeit seiner Handhabung in der Praxis läßt sich jedoch mit Hilfe dieses Grundsatzes allein nicht feststellen, in welcher Höhe die Risiken zu berücksichtigen sind. Wir folgen den Gedankengängen KOCHS¹⁾, wenn wir zur Klärung dieser Frage den Grundsatz, daß nichtverwirklichte Gewinne nicht ausgewiesen werden dürfen, nichtverwirklichte Verluste aber ausgewiesen werden müssen, heranziehen.

ab) Die ungleiche Behandlung nichtrealisierter Gewinne und nichtrealisierter Verluste (als Ausfluß des Prinzips der Vorsicht)

Dieser Grundsatz, der auch kurz als Imparitätsprinzip bezeichnet wird, fordert für den Jahresabschluß zweierlei:

1. Nichtverwirklichte Gewinne dürfen nicht ausgewiesen werden,
2. Nichtverwirklichte Verluste müssen ausgewiesen werden.

Der erste Teil des Imparitätsgrundsatzes: Nichtverwirklichte Gewinne dürfen nicht ausgewiesen werden, interessiert im Rahmen dieser Abhandlung nur am Rande. Er äußert sich darin, daß die Gewinne erst verbucht werden, wenn der Umsatz getätigt ist. Das bedeutet, daß die Bilanzbestände am Ende des Geschäftsjahres höchstens zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten (bei Anlagegegenständen, die der Abnutzung unterliegen: Anschaffungs-/Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen) bilanziert werden dürfen. Eine Berücksichtigung von Risiken liegt hier nur indirekt vor, nämlich insofern, als der Gewinn

1) vgl. Koch, H., a.a.O., S. 1 ff.

erst dann ausgewiesen werden darf, wenn der Ertrag vorliegt, nicht aber schon, wenn z.B. der Kaufvertrag abgeschlossen wird, weil dann noch erhebliche Risiken ein Zustandekommen des Geschäfts vereiteln können.

Wichtiger für unser Problem ist der zweite Teil des Imparitätsprinzips: Nichtrealisierte Verluste müssen ausgewiesen werden. Damit ist unsere Fragestellung direkt beantwortet. Für nichtrealisierte Verluste, also für Risiken, ist Aufwand beim Jahresabschluß zu verrechnen. Damit soll nicht für alle Risiken schlechthin Aufwand verbucht werden, sondern nur für Risiken, soweit sie zu Verlusten führen; denn es sind nur nichtrealisierte Verluste bilanzmäßig zu erfassen. Welche Geschäfte ihren endgültigen Abschluß erst in einer zukünftigen Rechnungsperiode finden und die deshalb zum Zeitpunkt des Abschlusses noch mit Risiken behaftet sind, wurde bereits eingehend dargelegt. Nichtrealisierte Verluste sind somit alle Verluste, die aus den oben zusammengestellten Geschäften erwachsen. Ferner gibt der Imparitätsgrundsatz genaue Auskunft darüber, inwieweit diese Risiken, d.h. die nichtrealisierten Verluste berücksichtigt werden müssen. Er verlangt: Nichtrealisierte Verluste müssen ausgewiesen werden. Das kann nur heißen, daß der gesamte zu erwartende Verlust beim Abschluß voll abzusetzen ist. Damit stellt sich die Frage: Wie ermittelt man die bei den risikobehafteten Geschäften zu erwartenden Verluste?¹⁾

- 1.) Bei Geschäften, die zwar vertraglich festliegen, aber noch nicht erfüllt sind, berechnet sich ein zukünftiger Verlust als Differenz zwischen den erfolgswirksamen Ausgaben und den entsprechenden niedrigeren

1) Die nachfolgende Gliederung entspricht dem Schema auf S. 23/24

erfolgswirksamen Einnahmen.

- 2.) Bei nur einseitig erfüllten Geschäften oder nur teilweise erfüllten Geschäften handelt es sich meist darum, daß der Abnehmer empfangene Leistungen noch nicht bezahlt hat (Debitoren). Der daraus evtl. entstehende Verlust entspricht dem Zahlungsausfall, evtl. zuzüglich eines Zinsausfalls bei erheblich verspäteter Zahlung, ferner zuzüglich evtl. Beitreibungskosten.
- 3.) Nichtrealisierte Verluste bei Vorräten usw. berechnen sich als Differenz zwischen dem Buchwert (Anschaffungs- oder Herstellungskosten) und dem niedrigeren Verkaufserlös abzüglich noch anfallender Aufwendungen, insbesondere Verkaufsaufwendungen.

Auf Grund des Imparitätsprinzips muß für die Bewertung des Vorratsvermögens damit gefolgert werden: Soweit keine Verluste drohen, sind die Anschaffungs- und Herstellungskosten anzusetzen. Verlustbedrohte Bestände sind mit dem zu erwartenden Verkaufserlös abzüglich noch anfallender Verkaufsaufwendungen anzusetzen, soweit dieser Wert niedriger ist als die Anschaffungs-/Herstellungskosten.

Da das Niederstwertprinzip dazu dienen soll, den Imparitätsgrundsatz bei der Bewertung des Umlaufvermögens zu berücksichtigen, ist damit auch die Antwort auf die oben nicht beantwortete Frage gegeben, welcher Wertmaßstab neben den Anschaffungs-/Herstellungskosten maßgebend sein soll: Es sind dies die Veräußerungspreise abzüglich der noch anfallenden Verkaufskosten, und zwar nicht am Bilanzstichtag, sondern am Umsatztag der Umlaufgüter.¹⁾

1) vgl. Koch, H., a.a.O., S. 35

- 4.) Bei abnutzbaren Anlagegütern¹⁾ ist der zukünftige Verlust gleich dem Teil des Buchwertes, der sich auf Grund der bestehenden Risiken in zukünftigen Rechnungsperioden nicht mehr als Aufwand, der auch im Ertrag hereingeholt wird, verrechnet werden kann und der auch nicht im etwaigen Verkaufserlös hereinkommt, wenn das Anlagegut außer Dienst gestellt wird.

Als Wertansatz für die Schlußbilanz käme demnach der Betrag in Frage, der im Laufe der Restnutzungsdauer der Anlage noch als Aufwand verrechnet werden kann, unter der Voraussetzung, daß der Aufwand im Erlös hereinkommt, zuzüglich eines evtl. Reinerlöses beim Verkauf der Anlage am Ende der Lebensdauer.

Der Ausweis nichtrealisierter Verluste erfordert somit eine Bewertung der betreffenden Bilanzpositionen mit den zukünftigen Einnahmen bzw. zukünftigen Ausgaben. Die Zukunft aber kennt niemand. Es muß daher gefragt werden: Wie kann der Kaufmann diese Werte ermitteln? Ist das Imparitätsprinzip überhaupt praktiabel?

In der Praxis erweisen sich die Schwierigkeiten als nicht so groß, wie es auf den ersten Blick scheint; denn die vom Bilanzstichtag aus gesehenen zukünftigen Einnahmen und Ausgaben sind dem Kaufmann zum Teil im Zeitpunkt der Bilanzaufstellung bereits bekannt, da zwischen Bilanzstichtag und dem Tag der Bilanzaufstellung immer ein gewisser Zeitraum liegt. In diesen Fällen ist eine exakte Feststellung des Bilanzansatzes nach dem Imparitätsprinzip ohne weiteres möglich.²⁾ In allen anderen Fällen muß der Bilanzansatz geschätzt werden. Schätzungen sind deshalb möglich, weil sich die wirtschaftliche Entwicklung nicht

1) vgl. Koch, H., a.a.O., S. 35

2) vgl. Koch, H., a.a.O., S. 63

sprunghaft vollzieht, sondern kontinuierlich. Sie wird daher in einem gewissen Maße vorhersehbar. Das schließt natürlich nicht aus, daß bei den Schätzungen ein großer Spielraum bleibt, innerhalb dessen eine genaue Bestimmung des Wertes auch für einen Sachkundigen nicht möglich ist.

b) Das Stichtagsprinzip

Auf Grund des Imparitätsprinzips als Ausfluß des Prinzips der Vorsicht kann nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß alle nichtrealisierten Verluste und damit alle drohenden Risiken bei der Bilanzierung berücksichtigt werden könnten, wie es zunächst den Anschein hat. Eine wesentliche Einschränkung erfährt die Risikoberücksichtigung durch das Stichtagsprinzip. Dieses Prinzip entspringt der Natur der Bilanzaufstellung als einer Stichtagsaufstellung und besagt, daß bei der Bilanzierung alle Umstände maßgebend sind, die am Bilanzstichtag vorliegen.

So sind alle nichtrealisierten Verluste, soweit sie am Bilanzstichtag erkennbar sind, auf Grund des Imparitätsprinzips zu berücksichtigen. Nicht dagegen können berücksichtigt werden alle später entstehenden¹⁾ Verluste, die am Bilanzstichtag nicht voraussehbar waren.

Eine besondere Frage ist, inwieweit der Kaufmann eine "bessere Erkenntnis", die er in der Zwischenzeit zwischen dem Bilanzstichtag und dem Tag der Bilanzaufstellung gewinnt, berücksichtigen kann.

Nach herrschender Meinung kann der Kaufmann eine Tatsache, die er erst nach dem Bilanzstichtag erfährt, die aber

1) vgl. Groener, J. L., a.a.O., S. 194, ferner:
Haas-Oechsner, Der Jahresabschluß nach Handels- und Steuerrecht, Bd. 1, Wiesbaden 1958, S. 98

bereits am Bilanzstichtag vorhanden war, voll berücksichtigen.¹⁾ Das Stichtagsprinzip ist also nach objektiven Maßstäben zu prüfen. Man darf nicht fragen: Wußte der Bilanzierende am Bilanzstichtag, daß er z.B. bei einem bestimmten Kunden mit einem Zahlungsausfall zu rechnen hatte? sondern: Konnte er wissen, daß der Kunde nicht oder nur teilweise zahlte? Erkennbar sind nichtrealisierte Verluste immer dann, wenn die unmittelbaren Ursachen des Risikos am Bilanzstichtag gegeben sind (Änderung der Einflußfaktoren), z.B. Preisverfall, schlechte Verkäuflichkeit, Entwicklung neuer, technisch wesentlich verbesserter Maschinen. Die zwischen Bilanzstichtag und dem Tag der Bilanzaufstellung gewonnene Erkenntnis dient dem Kaufmann darüber hinaus vor allem bei der Schätzung der Höhe des Verlustes.

Für die Möglichkeit der Risikoberücksichtigung bei der Bilanzierung ergeben sich durch das Stichtagsprinzip folgende Einschränkungen:

Grundsätzlich müssen nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung nichtrealisierte Verluste bei der Bilanzierung berücksichtigt werden. Dabei sind entsprechend dem Imparitätsprinzip die zu erwartenden Verluste in voller Höhe als Aufwand zu verrechnen. Voraussetzung dafür ist aber, daß die Verluste am Bilanzstichtag erkennbar waren. Damit scheiden von vornherein alle Risiken aus, die als "schlagende Risiken" bezeichnet werden, d.h., bei denen das schädigende Ereignis und der Verlust zeitlich zugleich eintreten. Dazu zählen Unwetter-schäden, Brandschäden, Bruch, Diebstahl. Bilanziert z.B. ein Kaufmann zum 31. 12. 1959 und brennt am 2. 1. 1960 ein Lagerschuppen ab, so kann er den Verlust nicht in der

1) vgl. Brönner, H., Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 5. Aufl., Stuttgart 1956, S. 43 und die dort aufgeführten RPH/BFH-Urteile zu dieser Frage.

Bilanz zum 31. 12. 1959 ansetzen.

B. Die Möglichkeiten der Berücksichtigung drohender Risiken nach dem geltenden Bilanzsteuerrecht

Die buchtechnischen Möglichkeiten zur Erfassung der Risiken hängen ab von der Art des betroffenen Wirtschaftsgutes.

Betrifft das Risiko Positionen des Aktivvermögens, so wird dem Risiko durch entsprechende Bewertung Rechnung getragen. Soweit es sich dabei um abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens handelt, können die Risiken auf zwei Arten erfaßt werden:

durch laufende Abschreibungen (normale und Sonderabschreibungen),

durch eine einmalige Wertabschreibung.

Bei allen übrigen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens ist nur die Wertabschreibung möglich.

Berücksichtigungsfähige Risiken, die zu nachträglichen Ausgaben führen, werden in der Bilanz durch Rückstellungen erfaßt.

1. Berücksichtigung der Risiken bei der Absetzung für Abnutzung

Durch Absetzungen für Abnutzung sollen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens auf die Nutzungsdauer verteilt werden, und zwar sind "Absetzungen für Abnutzung der Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten ..., der bei Verteilung dieser Kosten auf die Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung auf ein Jahr entfällt." (§ 7 Abs. 1 EStG). Neben dieser normalen Absetzung für Abnutzung sind aus-

drücklich Absetzungen für außergewöhnliche technische und wirtschaftliche Abnutzung zulässig (§ 7 Abs. 1 EStG).

a) Berücksichtigung der Risiken bei der ordentlichen Absetzung für Abnutzung

Abgesehen von den jeweils festliegenden Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Anlagegutes und einem evtl. Restwert nach Ablauf der Nutzungsdauer hängt die Höhe der Absetzung für Abnutzung ab

von der Nutzungsdauer,
von der Art der Verteilung der Anschaffungs-/Herstellungskosten auf die Nutzungsdauer, d.h. von der Methode der Absetzung.

Die Nutzungsdauer der abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bestimmt sich einmal nach der normalen technischen Abnutzung des Anlagegutes. Darüber hinaus kann die Nutzungsdauer eingeschränkt werden durch die vielfältigen Risiken, die die Anlagegüter bedrohen.

Risiken beim Anlagevermögen können darin bestehen,

daß das Anlagegut beschädigt wird oder untergeht durch außergewöhnliche Ereignisse wie Bruch, Explosion (bei Maschinen), Feuer usw.,

daß das Anlagegut veraltet (es werden neue Maschinen erfunden und auf den Markt gebracht, die wirtschaftlicher arbeiten oder mit denen man bei gleichen Kosten technisch hochwertigere Produkte herstellen kann),

daß das Anlagegut nicht voll genutzt werden kann, da die Nachfrage nach den mit Hilfe der Anlage erstellten Produkte mengenmäßig zurückgeht oder deren Preise sinken, vorausgesetzt, daß der Rückgang nicht nur vorübergehender Natur ist (Mode-, Geschmacks-wandel usw.).

Nur im ersten Falle ist neben dem Wert des Anlagegutes auch dessen Substanz durch das Risiko betroffen. Im zweiten und dritten Fall ist das Anlagegut auch nach Realisation der Risiken funktionsfähig, d.h., es ist technisch unverändert. Nur die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Nutzung der betroffenen Anlagen ist eingeschränkt. In allen Fällen wird die Nutzungsdauer verkürzt. Im Extremfall kann das Anlagegut nach der Realisation des Risikos aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht mehr genutzt werden. Bei der Erfassung der Risiken im Rahmen der Absetzungen für Abnutzung kommt es also in erster Linie auf die richtige Schätzung der Nutzungsdauer des Wirtschaftsgutes an. Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Nutzungsdauer für die ordentliche Absetzung für Abnutzung bei Aufstellung des Abschreibungsplanes, d.h. vor Inbetriebnahme des Anlagegutes geschätzt werden muß.

Maßgebend für die Bemessung der Afa in der Steuerbilanz ist die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Das ist derjenige Zeitraum, der bei Beginn der Anlagenutzung auf Grund allgemeiner Erfahrung geschätzt und der Besteuerung zugrunde gelegt wird. Dabei soll es nicht auf die subjektive Meinung des Steuerpflichtigen, sondern auf allgemeine Erfahrungssätze ankommen.¹⁾ Dementsprechend sind für einzelne Gewerbezeige für die gebräuchlichsten Anlagegüter die Abschreibungssätze und damit auch die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer in sogenannten Abschreibungstabellen festgelegt worden.

Bei der Schätzung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer

1) s. RFH-Urteil vom 3. 2. 1937, RStBl. 1937, S. 909, ferner:
 Haas-Oechsner, a.a.O., Bd. 1, S. 140, ferner:
 Groener, J. L., a.a.O., S. 107, ferner:
 Littmann, E., Das Einkommensteuerrecht, 5. Aufl., Stuttgart 1956, zu § 7, Tz 31 ff.

im Rahmen der Steuerbilanz sind nicht nur technische Gesichtspunkte maßgebend. Auch wirtschaftliche Gesichtspunkte können berücksichtigt werden. "Dem Aufwandsverteilungsgedanken entspricht es, bei den Absetzungen auch die wirtschaftliche Abnutzung zu berücksichtigen. Maßgebend für die Verteilung des Aufwands kann hiernach nicht die durch den technischen Verschleiß begrenzte Lebensdauer sein, sondern nur der Zeitraum, innerhalb dessen ein Gegenstand unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelbetriebes voraussichtlich in diesem Betrieb nutzbringend verwandt werden kann."¹⁾ Für die Annahme einer Verkürzung der Nutzungsdauer aus wirtschaftlichen Gründen genügen jedoch nicht unbestimmte Zukunftsaussichten. Es müssen objektiv nachprüfbare Umstände vorliegen, die diese Annahme rechtfertigen. So hat der BFH eine erhöhte Afa auf Gebäude von Lichtspielhäusern auf Grund der Entwicklung des Fernsehens und des Breitwandfilms nicht als zulässig angesehen.²⁾ Angesichts der strengen Anforderungen, die an den Nachweis der Annahme gestellt werden, daß die wirtschaftliche Nutzungsdauer von der technischen Lebensdauer des Anlagegutes abweicht, ist es kaum möglich, bereits zu Beginn der Nutzung des Anlagegutes, d.h. bei Festlegung des Absetzungsplanes einen solchen Nachweis zu führen. Immerhin darf festgestellt werden, daß auch die von der Finanzverwaltung anerkannte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, wie sie z.B. den Abschreibungstabellen zugrunde liegt, kürzer ist als die rein technische Nutzungsmöglichkeit, daß also die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer vorsichtig geschätzt ist.

Da sich die Höhe des Risikos nach der Differenz zwischen

1) s. RFH-Urteil vom 12. 12. 1928, RStBl. 1929, S. 87 zit. nach Fürst, R., Bilanzierungsgrundsätze in der Praxis, Essen 1956, S. 106

2) BFH-Urteil vom 27. 6. 1957, BStBl. 1957, III, S. 301

dem Buchwert zum Zeitpunkt der Realisation des Risikos und dem evtl. Veräußerungspreis (abzüglich der Veräußerungs- und evtl. Abbruchkosten) bestimmt und der Buchwert eines abnutzbaren Anlagegutes nicht nur von der bei der Berechnung der Absetzungen für Abnutzung zugrunde gelegten Nutzungsdauer, sondern auch von der Abschreibungsmethode abhängt, ist nicht nur die vorsichtige Schätzung der Nutzungsdauer, sondern auch die Anwendung der degressiven Absetzungsmethoden, die steuerlich - wenn auch mit gewissen Einschränkungen¹⁾ - zugelassen sind, eine Möglichkeit zur Risikoberücksichtigung. Insbesondere die geometrisch-degressive Afa wird dem Umstand gerecht, daß das Risiko in den ersten Jahren der Nutzungszeit besonders hoch ist. Entsprechend wird bei der geometrisch-degressiven Afa in den ersten Jahren ein wesentlich höherer Aufwand als Absetzung für Abnutzung verrechnet. Dadurch, daß der Restwert des Anlagegutes sehr schnell abnimmt,

-
- 1) Die Anwendung der geometrisch-degressiven Absetzungsmethode ist im § 7 EStG geregelt. Gem. § 7 Abs. 2 kann der Steuerpflichtige bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens "statt der Absetzung für Abnutzung in gleichen Jahresbeträgen die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen bemessen. Die Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen kann nach einem unveränderlichen Hundertsatz vom jeweiligen Buchwert (Restwert) vorgenommen werden; der daher anzuwendende Hundertsatz darf höchstens das 2fache des bei der Absetzung für Abnutzung in gleichen Jahresbeträgen in Betracht kommenden Hundertsatzes betragen und 20 vom Hundert nicht übersteigen." - Für die Anwendung der arithmetisch-degressiven Abnutzung gilt: "Statt des in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichneten Verfahrens kann der Steuerpflichtige andere der kaufmännischen Übung entsprechende Verfahren der Absetzung für Abnutzung in fallenden Jahresbeträgen anwenden, wenn sich danach für das erste Jahr der Nutzung und für die ersten drei Jahre der Nutzung insgesamt nicht höhere Absetzungen für Abnutzung als bei dem in § 7 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes bezeichnetem Verfahren ergeben." (§ 11a Einkommen-Steuer-Durchführungsverordnung 1958)

wird der bilanzmäßige Verlust durch das evtl. Auftreten von Risiken in späteren Jahren, die bei der Festsetzung der Nutzungsdauer zu Beginn der Nutzungszeit noch nicht überschaubar sind, in Grenzen gehalten.¹⁾

b) Berücksichtigung der Risiken bei der außerordentlichen
Absetzung für Abnutzung

Da die Anlagegüter bestimmungsgemäß mehrere Jahre im Unternehmen verbleiben und somit in mehreren aufeinanderfolgenden Bilanzen erscheinen, können evtl. auftretende Risiken auch nach der Festlegung des Abschreibungsplanes bei Inbetriebnahme des Anlagegutes zu einem späteren Zeitpunkt berücksichtigt werden. Stellt sich z.B. an einem späteren Bilanzstichtag heraus, daß die Nutzungsdauer zu Beginn der Nutzungsperiode zu kurz geschätzt worden ist oder sind nachträglich außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Umstände eingetreten, die eine Verkürzung der Nutzungsdauer bewirken, besteht die im § 7 Abs. 1 EStG ausdrücklich vorgesehene Möglichkeit der Absetzung wegen außergewöhnlicher technischer und wirtschaftlicher Abnutzung.

Die oben bezeichneten Risiken beim Anlagevermögen treten gewöhnlich nicht bereits im Jahre der Anschaffung auf, sondern erst im Laufe der mehrjährigen Nutzungsdauer. Nur in Sonderfällen wird man bereits kurz nach der Anschaffung der Anlage erkennen, daß die Anschaffung eine offensichtliche Fehlinvestition war.

1) Fürst (a.a.O., S. 93) bemerkt dazu: ".....tatsächlich kann eine technische Überholung durch neue Erfindungen früher als vorgesehen eintreten, und eine in Betrieb genommene Anlage entwertet sich in den ersten Jahren, an dem erzielbaren Verkaufspreis gemessen, sehr schnell, namentlich dann, wenn sie mit dem Betrieb schwer trennbar verbunden ist."

Risiken, die eine Absetzung für außerordentliche technische Abnutzung rechtfertigen, sind z.B. technische Überholungsbedürftigkeit, Beschädigung. Außergewöhnliche technische Abnutzung liegt nach Ansicht des RFH beispielsweise vor, wenn erforderliche Reparaturen nicht durchgeführt worden sind oder innere Schäden an einem Gebäude aufgedeckt werden.¹⁾ Bei einer erheblichen Vernachlässigung des Anlagegutes hat der RFH eine außergewöhnliche Absetzung durch Erhöhung des normalen Afzatzes um 25 % bis höchstens 50 % als zulässig betrachtet.²⁾

Risiken, die eine außergewöhnliche wirtschaftliche Abnutzung verursachen, sind die technische Entwicklung (Rationalisierung, neue Fertigungsmethoden), Marktänderungen (plötzliche Änderung der Nachfragestruktur). Steuerrechtlich werden strenge Anforderungen an eine außergewöhnliche wirtschaftliche Abnutzung gestellt. Die Gefahr des Veralterns allein soll kein ausreichender Grund für eine außergewöhnliche wirtschaftliche Absetzung sein, es sei denn, daß ein Zwang zur Repräsentation besteht wie etwa bei Hoteleinrichtungen.³⁾

c) Die "Abschreibungsfreiheiten" und die "Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens" als Möglichkeit der Risikoberücksichtigung

Der Vollständigkeit halber seien in diesem Zusammenhang auch die im Steuerrecht vorgesehenen "Abschreibungsfreiheiten" und die "Bewertungsfreiheit für geringwertige

-
- 1) vgl. Littmann, E., a.a.O., zu § 7, Tz. 39, ferner: Haas-Oechsner, a.a.O., Bd. 1, S. 143, ferner: Brömer, H., a.a.O., S. 174
 - 2) vgl. RFH vom 2. Juni 1943, RStBl. 1943, S. 618, ferner: Littmann, E., a.a.O., zu § 7, Tz. 40
 - 3) vgl. Haas-Oechsner, a.a.O., S. 143

Wirtschaftsgüter" genannt, die nur aus wirtschaftspolitischen bzw. aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung eingeführt worden sind.

Bei den "Abschreibungsfreiheiten" handelt es sich um die sogenannte "Siebenergruppe", d.h. die Abschreibungsmöglichkeiten gem. §§ 7a, b, c usw. EStG. Auf Grund dieser Vorschriften können in den im Gesetz bezeichneten Sonderfällen Absetzungen vorgenommen werden, die über den normalen Absetzungen liegen. Dadurch, daß die Absetzungsbeiträge für die ersten Jahre der Nutzungsdauer besonders hoch bemessen werden, sinkt der risikobedrohte, buchmäßige Restwert dieser Anlagegüter schnell.

Die "geringwertigen Wirtschaftsgüter"¹⁾ können dagegen im Jahre der Anschaffung voll abgesetzt werden.

2. Berücksichtigung der Risiken durch die Teilwertabschreibung

Die Bewertungsvorschriften des § 6 EStG sehen vor, daß Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die der Abnutzung unterliegen, grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die Absetzung für Abnutzung gem. § 7 EStG und nicht abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und das Umlaufvermögen mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen sind.

Ist aber der Teilwert niedriger als die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. als die Anschaffungs-/Herstellungskosten vermindert um die Afa, kann dieser Wert angesetzt werden. Damit ergeben sich als Hauptwerte für die Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. die "fortgeführten" Anschaffungs-/Herstellungskosten.

1) Unter "geringwertigen Wirtschaftsgütern" sind gem. § 6 Abs. 2 EStG bewegliche Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens zu verstehen, dessen Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht mehr als DM 600,-- betragen.

Eine Bewertung unter diesen Werten kann nur erfolgen, wenn der Teilwert niedriger ist als die Anschaffungs-/Herstellungskosten. Im Rahmen der Steuerbilanz kommt damit dem Teilwert als hilfsweisem Maßstab bei der Bewertung die Aufgabe zu, die den einzelnen Wirtschaftsgütern drohenden Risiken bei der Bilanzierung zu berücksichtigen. Es ist also zu untersuchen, inwieweit der Teilwert eine Berücksichtigung nichtrealisierter Bestandsverluste zuläßt.

a) Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung mit Hilfe des Teilwertes in grundsätzlicher Sicht

ab) Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung auf Grund der gesetzlichen Definition des Teilwertbegriffs

Der Teilwert ist im § 6 Abs. 2 EStG gesetzlich definiert als der Wert, den ein Erwerber des ganzen Betriebes für das Wirtschaftsgut im Rahmen des Gesamtkaufpreises des Unternehmens zahlen würde. Dabei wird davon ausgegangen, daß der Erwerber den Betrieb fortführt.

Der Definition des Teilwertbegriffes nach könnte man annehmen, daß zur Bestimmung des Teilwertes eines Wirtschaftsgutes zunächst der Veräußerungspreis für das gesamte Unternehmen festgestellt wird, dann dieser mutmaßliche Veräußerungspreis auf die einzelnen Wirtschaftsgüter aufgeteilt werden müßte.

Veräußerungspreise für ganze Unternehmen etwa im Sinne von Marktpreisen gibt es nicht, da Veräußerungen ganzer Unternehmen sehr selten sind. Die Betriebswirtschaftslehre hat jedoch Verfahren zur Bestimmung des Wertes ganzer Unternehmen entwickelt, und zwar handelt es sich um

grundsätzlich zwei verschiedene Wege der Wertermittlung:¹⁾

- 1) Bewertung unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Bewertungseinheit,
- 2) Bewertung durch Summierung von Einzelwerten.

zu 1) Für die Bewertung unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Bewertungseinheit stehen vor allem die Ertragswertmethoden zur Verfügung (Reinertragswert-, Rohertragswertmethode). Die Ertragswertmethoden ermitteln den Unternehmenswert durch Diskontierung der Zukunftserträge. Theoretisch wären damit alle zukünftigen Risiken erfaßt. Da bei der praktischen Anwendung dieser Methoden von den Erträgen der zurückliegenden Zeiträume ausgegangen wird, werden entweder Sicherheitsabschläge bei der Bestimmung der zukünftigen Erträge oder Sicherheitszuschläge bei der Festlegung des Kapitalisierungszinsfußes gemacht. Eine risikofreie Bewertung des Unternehmens soll damit gesichert werden.

Der auf Grund der Ertragswertmethoden ermittelte Wert des Unternehmens könnte nur noch mit Risiken behaftet sein auf Grund der mit allen Zukunftsschätzungen verbundenen Unsicherheiten.

Abgesehen von dieser Einschränkung müßte eine Aufteilung des Gesamtwertes der Unternehmung, der nach dem Prinzip der Bewertung einer wirtschaftlichen Einheit als Ganzes ermittelt würde, auch zu einer verlustfreien Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter führen. Die Aufteilung dieses Gesamtwertes stößt aber auf erhebliche Schwierigkeiten. Eine unmittelbare Beziehung zwischen Gesamtwert und den einzelnen Wirtschaftsgütern besteht nicht,²⁾ da

-
- 1) vgl. Schnettler, A., Betriebsanalyse, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 59 ff.
 - 2) Selbstverständlich besteht ein indirekter Zusammenhang, da die einzelnen Wirtschaftsgüter an der Ertragszielung in der Zukunft beteiligt sind.

der Gesamtwert unabhängig von den einzelnen Wirtschaftsgütern ermittelt wird. Es bliebe lediglich eine indirekte Zumessung des Anteils der einzelnen Wirtschaftsgüter am Gesamtwert durch Aufschlüsselung. Dafür fehlt aber ein sinnfälliger Aufschlüsselungsmaßstab.

Logisch wäre m.E. eine Aufteilung des auf der Grundlage des Grundsatzes der Bewertungseinheit gefundenen Gesamtwertes eines Unternehmens auf die einzelnen Wirtschaftsgüter auch deshalb angreifbar, weil an der Ertragserzielung nicht nur die sachlichen Kräfte des Unternehmens mitwirken, sondern der Ertrag ergibt sich aus dem Zusammenwirken aller Leistungsfaktoren im Zusammenhang mit der Marktverbundenheit des Unternehmens.¹⁾

Die Unmöglichkeit, den Gesamtwert - festgestellt als Ertragswert - auf die einzelnen Wirtschaftsgüter aufzuteilen, hat in der Literatur²⁾ erhebliche Kritik gegenüber dem Teilwertbegriff ausgelöst, abgesehen davon, daß ein solches Verfahren auch viel zu zeitraubend und umständlich wäre.

zu 2) Anders ist die Situation bei dem Gesamtwert des Unternehmens, der als Summe der Werte der einzelnen Wirtschaftsgüter ermittelt wird. Hier läßt sich der Gesamtwert ohne weiteres auf die einzelnen Wirtschaftsgüter aufteilen, da er ja nur eine Summe von Einzelwerten darstellt. Es wäre in diesem Falle aber sinnlos, zur Fest-

1) vgl. Schnettler, A., Betriebsanalyse, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 424

2) s. Kosiol, E., Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Aufl., Berlin-Stuttgart 1949, S. 144/145, ferner: Zitzlaff, F., Zur Teilwertfrage besonders bei den Anlagegütern, in: Steuer und Wirtschaft 1949, Sp. 34-43, ferner:

Jüngling, H., Der Teilwert im Rahmen der steuerlichen Wertbegriffe, in: Steuer und Wirtschaft 1947, Sp. 663

stellung des Wertes eines einzelnen Wirtschaftsgutes - und das ist der Zweck des Teilwertes - zunächst den Gesamtwert des Unternehmens festzustellen und diesen dann wieder aufzuteilen. Man kann den Einzelwert als Substanzwert auch ohne diesen Umweg feststellen.

Wie weit in diesem Fall eine risikofreie Bewertung möglich ist, hängt davon ab, wie diese Einzelwerte ermittelt werden. Die Einzelwerte können grundsätzlich als Tageswerte, also Wiederbeschaffungswerte, als Anschaffungswerte, als Einzelveräußerungswerte¹⁾ angesetzt werden.

Eine Beurteilung der Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung bei der Bewertung der Bestände mit Hilfe des Teilwertbegriffs im Sinne eines auf die einzelnen Wirtschaftsgüter aufgeteilten Gesamtwertes des Unternehmens ist insofern problematisch, als ein so interpretierter Teilwertbegriff nicht eindeutig ist, da nicht festliegt, wieviel ein Erwerber des ganzen Betriebes für diesen Betrieb zahlen würde, wenn er die Absicht hätte, den Betrieb fortzuführen. Es müßte vorgeschrieben sein, wie hilfsweise der Wert des gesamten Unternehmens zu ermitteln wäre; denn zur Ermittlung des Wertes eines Unternehmens stehen mehrere Wertungswege zur Verfügung.

ac) Die Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung auf Grund der Auslegung des Teilwertbegriffes in der Praxis

Die dargelegten Schwierigkeiten haben bei der Auslegung des Teilwertbegriffs in der Praxis jedoch dazu geführt, daß der Teilwert als ein spezieller Substanzwert angesehen wird. Dabei wird das zu bewertende Wirtschaftsgut

1) Normalerweise wird ein Wertansatz zu Liquidationswerten dem Erfordernis des Teilwertes - Annahme der Weiterführung des Betriebes - widersprechen.

nicht als Einzelobjekt, sondern als Teil des gesamten Betriebes angesehen.¹⁾ Die Legaldefinition des Teilwertes wird damit nicht als eine Vorschrift über den Gang der Ermittlung des Wertes aufgefaßt, sondern nur als ein Hinweis darauf, daß die Wirtschaftsgüter im Hinblick auf ihre Gebundenheit im Betrieb und nicht losgelöst vom Betrieb zu bewerten sind.²⁾ In der Praxis des Bilanzsteuerrechts wird also der Teilwert so gehandhabt, wie er schon von Enno BECKER in seinem bekannten und für das gesamte Bilanzsteuerrecht grundlegenden Handkommentar zum EStG von 1925 formuliert worden ist:³⁾ "Der Teilwert ist der gemeine Wert eines Gegenstandes oder Gutes unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Gegenstand Teil einer wirtschaftlichen Einheit ist."

Die Ermittlung des Teilwertes als Substanzwert stimmt durchaus mit den Grundsätzen ordnungsgemäßer Bilanzierung überein. Es sollen die einzelnen Wirtschaftsgüter bewertet werden, keineswegs soll aus der Bilanz der Gesamtwert der Unternehmung (im Sinne eines Ertragswertes) unmittelbar abgeleitet werden können in der Weise, daß man die Bilanzwerte der einzelnen Wirtschaftsgüter addiert.

Daß man den Teilwert in der Praxis als einen Substanzwert besonderer Art ansieht, zeigt sich deutlich an den von der Rechtsprechung herausgearbeiteten Grenzwerten

1) vgl. Jüngling, H., a.a.O., Sp. 667

2) vgl. Ley, R.-H., Die Bewertungsgrundsätze des Bewertungs- und Einkommensteuergesetzes, Berlin 1956, S. 36, ferner:
Fritsch, E., Handelsbilanz und Steuerbilanz, Wien 1948, S. 32

3) s. Becker, E., Das Einkommensteuergesetz von 1925, Stuttgart 1928/29, S. 1070

4) vgl. Haas-Oechsner, Der Jahresabschluß nach Handels- und Steuerrecht, Bd. I, Wiesbaden 1958, S. 122, ferner: Börnstein-Gerard-Kolbeck-Teske, Einkommensteuer-Kommentar, Herne-Berlin 1960, S. 176

für den Teilwert: als Obergrenze gelten die Wiederbeschaffungskosten, als untere Grenze gilt der Einzelveräußerungspreis, der im Einzelfall gleich dem Schrottwert sein kann.

Unter den Wiederbeschaffungskosten ist der Betrag zu verstehen, der für die Beschaffung des zu bewertenden Wirtschaftsgutes am Bilanzstichtag aufzuwenden wäre. Er umfaßt alle Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich der Nebenkosten. Bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens sind von den Wiederbeschaffungskosten für gleichwertige neue Wirtschaftsgüter entsprechende Absetzungen vorzunehmen, um zum Wiederbeschaffungswert zu kommen.

Der Einzelveräußerungspreis ist der Preis, der erzielt würde, wenn das zu bewertende Wirtschaftsgut einzeln und ohne Berücksichtigung seiner Betriebszugehörigkeit veräußert würde.

Auf die Frage, inwieweit der Teilwert geeignet ist, eine risikofreie Bewertung der einzelnen Wirtschaftsgüter sicherzustellen, läßt sich - unter Berücksichtigung der Auslegung des Teilwertbegriffs in der Steuerpraxis und unter Berücksichtigung der von der Steuerrechtsprechung aufgestellten Teilwertgrenzen - folgendes feststellen:

Ein Erwerber des ganzen Betriebes würde als Wertansatz für das einzelne Wirtschaftsgut höchstens den Wiederbeschaffungspreis zugrunde legen. Er wird ferner alle Umstände am Bilanzstichtag berücksichtigen, die eine niedrigere Bewertung infolge bereits absehbarer Risiken erfordern. Wie er im einzelnen bei der Bewertung vorgeht, hängt ab von der Zweckbestimmung des Gegenstandes. Bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens wird der Erwerber des ganzen Betriebes den Wert danach bestimmen, inwieweit eine Verteilung der Anschaffungsausgaben bzw. der Anschaffungsausgaben ./. Afa in Zukunft möglich sein wird. Besteht auf Grund der Sachlage am Bilanzstichtag die Gefahr, daß nicht die gesamten Anschaffungsausgaben bzw. Anschaffungsausgaben ./. Afa,

verteilt auf die Restnutzungsdauer, im Erlös herein-
 kommen, wird er dieses Anlagegut entsprechend niedriger
 bewerten. Bei zum Verkauf bestimmten Wirtschaftsgütern
 wird der Käufer im Falle drohender Risiken bestenfalls
 bereit sein, den zu erwartenden Verkaufserlös abzüglich
 der noch anfallenden Verkaufsaufwendungen dafür zu zahlen.
 Er wird also den zu erwartenden Verlust ganz auf den Ver-
 käufer überwälzen. KOCH¹⁾ geht sogar noch weiter: "Wahr-
 scheinlich aber würde er (der Käufer des ganzen Betrie-
 bes) den Übernahmepreis noch niedriger ansetzen, nämlich
 so niedrig, daß er bei dem Verkauf noch eine durchschnitt-
 liche Gewinnspanne erzielt."

So interpretiert ist der Teilwert eine Möglichkeit zur
 Risikoberücksichtigung bei der Bewertung der Wirtschafts-
 güter, soweit die Kenntnis der Sachlage am Bilanzstich-
 tag dies erfordert. Insbesondere sind auch zukünftige
 Ereignisse, die sich am Bilanzstichtag bereits abzeich-
 nen, zu berücksichtigen.

ad) Die Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung auf
Grund der praktischen Anwendung des Teilwertes

Es muß schließlich noch geklärt werden, ob auch bei der
 Anwendung des Teilwertbegriffes in der Praxis entsprechend
 verfahren wird.

Wir hatten bereits oben gezeigt, daß durch die Recht-
 sprechung des Reichsfinanzhofes die Grenzen für den Teil-
 wert - nach oben die Wiederbeschaffungskosten, nach unten
 der Einzelveräußerungspreis - festgelegt worden sind.

 1) s. Koch, H., Die Problematik des Niederstwertprinzips,
 in: Die Wirtschaftsprüfung 1957, S. 62, vgl. ferner:
 Fritsch, E., Handelsbilanz und Steuerbilanz, Wien
 1948, S. 67

Wann der Teilwert dem Wiederbeschaffungswert und wann er dem Einzelveräußerungspreis entspricht, d.h., wann ein Erwerber des ganzen Betriebes die Wiederbeschaffungskosten und wann den Einzelveräußerungspreis für ein bestimmtes Wirtschaftsgut ansetzen würde, hängt ab von der Stellung des Wirtschaftsgutes im Rahmen des Gesamtbetriebes.

Die Bewertungspraxis unterscheidet diesbezüglich drei Gruppen von Wirtschaftsgütern:

- 1) nicht betriebsarteigene Wirtschaftsgüter,
- 2) betriebsarteigene Wirtschaftsgüter, die laufend ersetzt werden können,
- 3) betriebsarteigene Wirtschaftsgüter, die nicht laufend ersetzt werden können.

zu 1) Hierzu zählen alle Wirtschaftsgüter, die nicht unmittelbar dem Betriebszweck dienen und die zur Fortführung des Betriebes entbehrlich sind,¹⁾ so daß kein Interesse an der Wiederbeschaffung des Gegenstandes besteht.
Wertmaßstab : Einzelveräußerungspreis.

zu 2) Als Beispiele für diese Gruppe von Wirtschaftsgütern können genannt werden: Warenvorräte, Einrichtungsgegenstände, Werkzeuge. Ein Erwerber des ganzen Betriebes würde diese Wirtschaftsgüter normalerweise mit den Wiederbeschaffungskosten ansetzen.

zu 3) Betriebsarteigene Wirtschaftsgüter, die nicht laufend ersetzt werden können, sind z.B. Spezialmaschinen, ganze Fließbänder, Fabrikgebäude, wertvoll gelegene Grundstücke.

1) vgl. Börnstein-Gerard-Kolbeck-Teske, Einkommensteuer-Kommentar, Herne-Berlin 1960, S. 176

Da diese Gegenstände nicht kurzfristig ersetzt werden können, würde ihr Ausscheiden aus dem Betrieb zu erheblichen Störungen führen. Unter diesem Gesichtspunkt hat in den 30er Jahren der damalige Staatssekretär Reinhardt die Lehre von den erhöhten Wiederbeschaffungskosten aufgestellt. Er wollte zu den normalen Wiederbeschaffungskosten diejenigen Kosten hinzurechnen, die aus einer möglichen Betriebsstörung - hervorgerufen durch das Fehlen des betreffenden Wirtschaftsgutes - erwachsen würden. Der RFH ist jedoch der Lehre von den erhöhten Wiederbeschaffungskosten nicht gefolgt. Auch der heutige BFH hat in einem neueren Urteil die Lehre von den erhöhten Wiederbeschaffungskosten abgelehnt.¹⁾

Wenn auch davon ausgegangen wird, daß bei nicht betriebsarteigenen Wirtschaftsgütern sich der Teilwert nach dem Einzelveräußerungspreis, bei betriebsarteigenen Wirtschaftsgütern normalerweise nach den Wiederbeschaffungskosten richtet, so wird diese Regel durchaus nicht starr angewandt, so daß in dieser Beziehung keine grundsätzlichen Einwendungen zu erheben sind.

Wenn auf Grund der Auslegung des Teilwertbegriffes auch feststeht, daß zukünftige Ereignisse auf die Bewertung Einfluß haben können, da ein Erwerber des ganzen Betriebes alle zukünftigen und am Bilanzstichtag absehbaren Risiken bei der Bewertung berücksichtigt, so hängt doch die praktische Auswirkung entscheidend davon ab, welche Anforderungen von der Finanzverwaltung an den Grad der Vorhersehbarkeit gestellt werden.

Die Finanzverwaltung ist nicht leicht bereit, eine ungünstige zukünftige Entwicklung am Bilanzstichtag als erwiesen anzusehen, da durch eine zu ungünstige Vorausschätzung der zukünftigen Verhältnisse die Steuerschuld für das abgelaufene Veranlagungsjahr gemindert wird. Die Finanzverwaltung will damit Gewinnmanipulationen, die bei

1) vgl. Haas, R., Recht und Rechnungswesen, Wien 1949, S. 175

einer sehr großzügigen Anerkennung von Zukunftsschätzungen möglich wären, von vornherein unterbinden.

Es können zwar alle Tatsachen berücksichtigt werden, die am Bilanzstichtag vorliegen. Dazu können durchaus fallende Marktpreise gehören. Die Beurteilung der zukünftigen Marktlage durch den Kaufmann muß aber einer objektiven Nachprüfung standhalten. Sie darf keineswegs durch eine mehr oder weniger pessimistische, rein persönliche Auffassung des Bilanzierenden bestimmt sein.

Schließlich ist noch eine grundsätzliche Schwierigkeit bei der Teilwertabschreibung in den Teilwertvermutungen zu sehen. Grundsätzlich geht die Finanzverwaltung davon aus, daß bei Anschaffung eines Wirtschaftsgutes dessen Teilwert dem Anschaffungspreis/den Herstellungskosten entspricht und bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens nach dem Anschaffungszeitpunkt den Anschaffungs-/Herstellungskosten abzüglich der Absetzungen für Abnutzung. Damit ist festgelegt, wer die Beweislast trägt. Nicht das Finanzamt muß beweisen, daß ein vom Bilanzierenden angesetzter Teilwert zu niedrig festgesetzt ist, sondern der Bilanzierende muß nachweisen, daß überhaupt der Teilwert niedriger ist als die Anschaffungs-/Herstellungskosten bzw. die fortgeführten Anschaffungs-/Herstellungskosten und daß ferner der von ihm gewählte Wertansatz auf Grund der Verhältnisse am Bilanzstichtag angemessen ist. Da bei allen Schätzungen immer derjenige im Nachteil ist, der die Beweislast zu tragen hat, müssen die Teilwertvermutungen für den Bilanzierenden als nachteilig angesehen werden.

b) Die Risikoberücksichtigung durch Teilwertabschreibung
beim Anlagevermögen

ba) Die Bedeutung der Bindung des Teilwertes an die
Wiederbeschaffungskosten

Da die Höchstwertgrenze für den Teilwert beim Anlagevermögen die Wiederbeschaffungskosten sind, sinkt bei fallenden Wiederbeschaffungskosten der Teilwert der betreffenden Anlagegüter. Direkt wird zwar die Nutzungsmöglichkeit des Anlagegutes im Betrieb durch die Preisänderung auf dem Beschaffungsmarkt nicht beeinflusst, wohl aber ergeben sich indirekte Wirkungen. Es besteht nämlich die Gefahr, daß nicht die gesamten ursprünglichen Anschaffungsausgaben als Abschreibungen verrechnet und im Erlös der Produkte hereingeholt werden, da die Konkurrenten mit neueren Maschinen nur die anteiligen niedrigeren Anschaffungsausgaben zu kalkulieren brauchen. Allerdings ist diese Folge nicht zwingend, da es bei guter Ertragslage unter Umständen möglich ist, auch die noch nicht abgesetzten höheren Anschaffungsausgaben im Laufe der restlichen Nutzungsdauer voll im Ertrag ersetzt zu bekommen. Auf jeden Fall wird aber durch ein Sinken des Preises der Anlagegüter bewirkt, daß die Unternehmer mit den früher gekauften, teuren Maschinen gegenüber ihren Konkurrenten, die ihre Maschinen zu dem gesunkenen Preis erworben haben, in Höhe der bei ersteren zusätzlich anfallenden "Mehrabschreibungen" kostenmäßig benachteiligt sind. Wie hoch die Mehrabschreibungen sind, richtet sich nicht nur nach dem Rückgang des Wiederbeschaffungspreises, sondern auch danach, wie weit die vorhandenen Maschinen bereits abgeschrieben sind.

Sinkt beispielsweise der Fabrikpreis für einen Kraftwagen von DM 12.000,-- auf DM 10.000,-- und wurde der Kraftwagen (Nutzungsdauer 5 Jahre) bereits zwei Jahre genutzt, dann muß derjenige, der den Wagen zum höheren Preis ge-

kauft hat ceteris paribus jährlich DM 400,-- = insgesamt DM 1.200,-- mehr an Abschreibungen verrechnen und im Ertrag hereinholen als derjenige, der den gleichen Wagen zum neuen Preis erworben hat. Der Buchwert ist also um DM 1.200,-- zu kürzen, um den niedrigeren Teilwert zu ermitteln (Buchwert DM 7.200,-- $\cdot$ $\frac{1}{3}$ DM 1.200,-- = Teilwert DM 6.000,--). In der Praxis wird der Teilwert auf Grund folgender Rechnung ermittelt: neuer Anschaffungswert = DM 10.000,--, abzüglich anteiliger Absetzung für Abnutzung (für 2 Jahre) = DM 4.000,--, Teilwert = DM 6.000,--.¹⁾ Diese Rechnung führt zu dem gleichen Ergebnis wie die obige Überlegung.

Das, was für den Fall sinkender Anschaffungspreis gilt, gilt selbstverständlich auch für den Fall sinkender Herstellungskosten. Nur läßt sich hier das Sinken des Wiederbeschaffungswertes nicht so leicht nachweisen.

Bei Gebäuden versuchen die Steuerpflichtigen häufig, das Sinken der Wiederbeschaffungskosten zu begründen durch das Fallen des Baukostenindex. Abgesehen von dem Problem der Kompensation der stillen Reserven in Grund und Boden mit den gesunkenen Wiederbeschaffungskosten des aufstehenden Gebäudes bei der Ermittlung des Teilwertes für das Grundstück ist dazu folgendes zu bemerken:²⁾

Der Baukostenindex kann nur als Vergleichswert herangezogen werden. Keinesfalls nimmt die Verwaltungspraxis und auch nicht die Rechtsprechung bei Fallen des Baukostenindex ein Sinken der Herstellungskosten für das Gebäude an, denn der Baukostenindex ist nur ein Durchschnittswert. Auch wird bei der Indexberechnung nur ein begrenztes Material zugrunde gelegt. Die individuellen Verhältnisse eines Bauwerkes finden darin keinen Ausdruck. Gerade aber diese betrieblichen und baulichen Besonderheiten sind für die Baukosten entscheidend. Das um so mehr, je weniger es sich um Serienobjekte, sondern um Bauwerke mit

1) vgl. Blümich-Falk, Einkommensteuergesetz, 8. Aufl., Berlin und Frankfurt 1959, zu § 6, S. 506

2) Nachfolgende Begründung vgl. BFH vom 14. 2. 1956 - BStBL 1956, III, S. 102

individuellen Besonderheiten handelt.

Dem Charakter des Baukostenindexes als einem "etwas groben Vergleichswert" entsprechend, erkennt der BFH jedoch an, daß eine Teilwertabschreibung wegen Fallens des Baukostenindexes zulässig ist, "wenn es sich um erhebliche und nachhaltige Abweichungen vom Buchwert handelt."¹⁾

Obwohl in der Steuerbilanz Grund und Boden und aufstehende Gebäude in gesonderten Positionen ausgewiesen und auch getrennt bewertet werden, sehen die Finanzverwaltung und der Reichs-/Bundesfinanzhof in ständiger Rechtsprechung für die Ermittlung des niedrigeren Teilwertes Grund und Boden und aufstehende Gebäude als Einheit an. Selbst wenn nachgewiesen wird, daß die Baukosten für die aufstehenden Gebäude unter die Herstellkosten gesunken sind, ist auf Grund der Rechtsprechung des RFH/BFH ein niedrigerer Teilwert nicht vorhanden, wenn im Bilanzansatz für den Grund und Boden entsprechende stille Reserven enthalten sind.²⁾ Bei jeder Teilwertabschreibung auf bebaute Grundstücke muß also dargelegt werden, daß der Gesamtwert des Grundstücks (Grund und Boden plus Gebäude) niedriger ist als die Summe der entsprechenden Buchwerte.

Als Begründung für diese Handhabe führt der RFH aus, daß Grund und Boden und Gebäude eine Einheit darstellen. Ein Gebäude ohne Grundstück sei nicht denkbar. Auch BLÜMICH-FALK³⁾ vertreten die Ansicht, daß die Zusammenfassung von Grund, Boden und Gebäuden keine unzulässige Sammelbewertung darstelle. Wenn auch eingewandt werden könnte, daß eine Veräußerung des Gebäudes ohne Eigentumsübertragung des Grund und Bodens durch das Rechtsinstitut des Erbbaurechts möglich ist, so werden doch im privaten Recht und auch in der Verkehrsanschauung Boden und Gebäude als Einheit angesehen. Die Trennung von Grund und Boden einerseits und Gebäuden andererseits ist buchtechnischer Natur (für Gebäude wird Afa gerechnet, nicht dagegen für Grund und Boden). Es läßt sich daraus nicht folgern, daß mit dieser buchmäßigen Trennung zwei verschiedene Wirtschaftsgüter vorliegen.

1) s. BFH vom 14. 2. 1956 - BStBl. 1956, III, S. 102

2) RFH vom 16. 12. 1936 - RStBl. 1937, S. 503

RFH vom 19. 1. 1938 - RStBl. 1938, S. 179

in neuerer Zeit:

BFH vom 26. 8. 1958 - BStBl. 1958, III, S. 420

3) vgl. Blümich-Falk, a.a.O., zu § 6, Anm. 5, S. 467; zu § 6, Anm. 12, S. 507

Für die Praxis hat diese Sicht große Bedeutung. Da durch die Bodenknappheit und durch das ständige Ausweiten der Städte Grund und Boden durchweg im Wert steigen, dürfte damit eine Teilwertabschreibung für Grundstücke nur äußerst selten in Betracht kommen.

bb) Risiken, die eine Bewertung der Anlagen unter Wiederbeschaffungskosten rechtfertigen

Der Teilwert eines Anlagegutes entspricht nur den vollen Wiederbeschaffungskosten, wenn das Wirtschaftsgut voll im Betrieb genutzt werden kann. Nur dann würde man das Wirtschaftsgut im Falle des Verlustes wieder ersetzen. Das Wirtschaftsgut wird voll genutzt, wenn es keine technischen Mängel aufweist und auch rentabel eingesetzt werden kann. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es nicht auf die Rentabilität des gesamten Unternehmens ankommt, sondern ausschließlich auf die Rentierlichkeit des einzelnen Wirtschaftsgutes.¹⁾ Das ergibt sich aus der heutigen Auffassung vom Teilwertbegriff: nicht der Reinertragswert des Unternehmens ist auf die einzelnen Wirtschaftsgüter aufzuteilen, es ist jedes einzelne Wirtschaftsgut unter dem Gesichtspunkt seiner Verwendungsmöglichkeit im Betrieb zu bewerten. Eine Berücksichtigung der Rentabilität des Unternehmens bei der Teilwertermittlung für die einzelnen Wirtschaftsgüter würde aber nur unter dem Gesichtspunkt der Aufteilung der Reinertragswerte auf die einzelnen Wirtschaftsgüter möglich sein.²⁾ Mit dem BFH-Bescheid vom 14. Juni 1955 und dem BFH-Urteil vom 11. Oktober 1955³⁾ wird auch in der Steuerrechtsprechung der Grundsatz vertreten, daß die hohe Rentierlichkeit eines Betriebes dessen Geschäftswert erhöht, nicht aber den

1) RFH vom 9. 7. 1931 - RStBl.1931, S. 819, ferner: Kosiol, E., Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Aufl., Berlin-Stuttgart 1949, S. 148

2) vgl. Zitzlaff, F., Zur Teilwertfrage besonders bei Anlagegütern, in: Steuer und Wirtschaft, 1949, Sp. 37 ff.

3) BFH vom 11. 10. 1955 - BStBl.1956, III, S. 11

Teilwert der übrigen Wirtschaftsgüter. Damit ist die entgegengesetzte Auffassung, die in früheren BFH/RFH-Urteilen zum Ausdruck kommt, fallengelassen worden.

Ob ein Anlagegut rentabel genutzt werden kann, wird von verschiedenen Ursachen bestimmt. Einmal können Mängel, die eine volle und restlose Nutzung des Anlagegutes verhindern, in dem Anlagegut selbst begründet sein. Technische Neuerungen beeinträchtigen den Wert der alten Maschinen. Die Verbesserung der Anlagegüter liegt entweder auf rein technischem Gebiet, es lassen sich mit gleichen Kosten zweckentsprechendere Produkte herstellen, oder die Verbesserungen haben wirtschaftliche und technische Auswirkungen: die neuen Maschinen arbeiten bei gleicher oder evtl. verbesserter Leistung mit geringeren Kosten. In diesen Fällen kann die alte Anlage häufig zwar noch voll genutzt werden, ihr Nutzen ist aber - gemessen an der neuen Maschine - gesunken, weil sie mit höheren Kosten arbeitet oder aber weil für die mit der neuen Maschine erstellten Produkte wegen der besseren Qualität ein höherer Preis erzielt wird als für die mit der alten Maschine gefertigten Produkte. Auch ist zu bedenken, daß im Falle der technischen Überholung einer Anlage der Kaufmann evtl. schon vor Ablauf der technischen Nutzungsdauer die alte Anlage durch eine neue ersetzen muß, um wettbewerbsfähig zu bleiben.¹⁾

Da die technische Überholung die allgemeine Nutzen-schätzung des überholten Anlagegutes beeinflusst, wird sich diese Tatsache auf die Dauer auch am Beschaffungsmarkt auswirken. Es ist also anzunehmen, daß mit der technischen Überholung auch der Wiederbeschaffungspreis entsprechend sinkt. Dann entspräche der Teilwert des über-

1) Ley, R.-H., Die Bewertungsgrundsätze des Bewertungs- und Einkommensteuergesetzes, Berlin 1956, S. 42

holten Anlagegutes diesem Wiederbeschaffungswert.

Die Nutzungsmöglichkeit eines Anlagegutes kann ferner beeinträchtigt werden durch mangelndes Zusammenspiel mit den anderen Aggregaten im Fertigungsprozess. So können z.B. trotz eingehender vorheriger Planungen bei einer Umstellung des Fertigungsprozesses der Teilwert der dazu neu angeschafften Aggregate niedriger als die Wiederbeschaffungskosten sein, wenn sich nach der Umstellung Mängel zeigen, die die wirtschaftliche Nutzung der Aggregate einschränken. Allerdings muß der Steuerpflichtige nachweisen, daß es sich bei diesen Mängeln nicht um die üblichen Anlaufschwierigkeiten handelt, sondern daß die Mängel wahrscheinlich dauernd bestehen bleiben.¹⁾ Ähnlich liegt der Fall, wenn die Nutzungsmöglichkeit eines neu angeschafften Aggregats dadurch eingeschränkt ist, daß die übrigen im Fertigungsprozess eingeschalteten alten Maschinen nicht an die Leistung der neuen Maschine herantreiben und damit die neue Maschine nur teilweise ausgelastet ist.²⁾

1) vgl. RFH vom 7. Februar 1934 - RStBl. 1934, S. 571

2) vgl. Ley, R.-H., a.a.O., S. 44

Anderer Ansicht ist der RFH. Nach dem RFH-Urteil vom 9. 7. 1931 wird in diesem Fall nicht der Teilwert der neuen Maschine berührt, sondern der Teilwert der alten Maschinen. In der Urteilsbegründung heißt es: "Es kann z.B. sein, daß die Anschaffung der neuen Maschine technisch ein Fehlgriff war, weil sie nicht das leistete, was der Kaufmann von ihr erwartete; es kann auch sein, daß die Anschaffung der neuen Maschine vielleicht an sich vorteilhaft war, aber insoweit, als nicht alle Maschinen entsprechend erneuert worden sind, die Anschaffung dem Betriebe nicht voll zugute kommt; in diesem Falle wird durch diesen Mangel zwar der Teilwert der neuen Maschine nicht berührt, wohl aber kann der Teilwert der alten, noch vorhandenen Maschinen, deren Nachvorhandensein nunmehr ein wirtschaftliches Hindernis für den Betrieb geworden ist oder die Hindernisse vermehrt hat, gerade durch die gleichzeitige Benutzung der neuen Maschine herabgedrückt sein. Es ist dann zwar nicht auf die neue Maschine, aber auf die alten Maschinen erhöht abzuschreiben."

s. RFH vom 9. 7. 1931 - RStBl. 1931, S. 819

Die Ursachen der Risiken beim Anlagevermögen können schließlich auf der Absatzseite zu suchen sein. Durch Absatzschwierigkeiten bei den mit der Anlage hergestellten Produkten wird die Nutzungsmöglichkeit der Maschine eingeengt. Diese Risiken sind um so größer, je spezialisiert das Aggregat ist, da mit zunehmender Spezialisierung sich normalerweise die Anzahl der herzustellenden Produktarten verringert. Hinzu kommt, daß hochspezialisierte Maschinen häufig auf einen ganz bestimmten Betrieb zugeschnitten sind, insbesondere auch, um im Rahmen der Gesamtorganisation der Fertigungsprozesse eine optimale Abstimmung zwischen den einzelnen Aggregaten zu erreichen. Diese Anlagen können nur selten an andere Unternehmen veräußert werden, die keine Absatzschwierigkeiten haben. Sie haben meist nur noch Schrottwert, wenn sie nicht mehr im bisherigen Unternehmen wirtschaftlich genutzt werden können, oft nicht einmal das, wenn die Abbruchkosten höher sind als der Schrotterlös. Durch die Teilwertabschreibung kann diesen Risiken Rechnung getragen werden.

Bei einer nur eingeschränkten Nutzungsmöglichkeit der Anlagegüter liegt der Teilwert entsprechend dem Grad der Nutzungsmöglichkeit unter den Wiederbeschaffungskosten. Ist auf Grund der Marktlage keine Nutzungsmöglichkeit der Anlagen mehr gegeben, so entspricht der Teilwert dieser Anlagen dem Einzelveräußerungspreis, der gegebenenfalls auch gleich dem Schrotterlös bzw. dem Schrotterlös $\cdot$ Abbruchkosten sein kann.

Ob die Risiken, die von der Absatzseite her drohen, auf einer Einschränkung der Nachfragemenge (z.B. hervorgerufen durch Geschmackswandel vor allem bei Produkten, die der Mode unterworfen sind) oder auf einem Preisrückgang bei den Produkten beruhen, ist für die Bemessung des Teilwertes gleichgültig. Daß nur vorübergehende Kurzarbeit sich nicht auf den Teilwert auswirken darf, ist selbst-

verständlich.

Die technisch bedingten Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeit z.B. durch mangelnde Abstimmung zwischen den verschiedenen Aggregaten lassen sich oft sofort nach der Umstellung absehen. In diesen Fällen erkennt die Finanzverwaltung auch im Jahre der Anschaffung eine Teilwertabschreibung an. Voraussetzung ist natürlich immer, daß der Steuerpflichtige stichhaltig nachweist, daß die Mängel bei der Umstellung nicht nur kurzfristiger Art sind.

Selbstverständlich kann auch aus wirtschaftlichen Gründen eine Einschränkung der Nutzungsmöglichkeit bereits kurz nach der Anschaffung der Anlagegüter abzusehen sein. Das gilt insbesondere, wenn die Investition auf Grund einer Fehlkalkulation durchgeführt wurde. Seltener kommt es vor, daß Änderungen auf der Nachfrageseite zwischen dem Zeitpunkt der Planung und der Inbetriebnahme der Anlage der Grund für die Unwirtschaftlichkeit sind. Solche Änderungen vollziehen sich nämlich selten plötzlich, sondern in der Regel kontinuierlich, so daß sie lange vorher erkannt und bei der Planung hätte berücksichtigt werden können.

bc) Besonderheiten bei Anlagegütern, die keinen Marktpreis haben

Für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die keinen Wiederbeschaffungswert in Form von Marktpreisen bzw. abgeleisteten Marktpreisen oder Herstellungskosten haben, lassen sich die oben abgehandelten Grundsätze: Teilwert = Wiederbeschaffungspreis/Herstellkosten bzw. Teilwert = der eingeschränkten Nutzungsmöglichkeit entsprechender Teil der Wiederbeschaffungs-/Tagesherstellkosten nicht anwenden, da die Hilfsmaßstäbe Wiederbeschaffungskosten

bzw. Tagesherstellkosten fehlen.

Es handelt sich hier in erster Linie um den Geschäftswert (Finanzwert, Good Will), der bei entgeltlichem Erwerb aktiviert werden muß. Der aktivierungspflichtige positive Geschäftswert ergibt sich rechnerisch als Differenz zwischen dem Kaufpreis für das gesamte Unternehmen und dem Buchwert der einzelnen Wirtschaftsgüter abzüglich der Schulden. Er beruht letztlich auf besonders günstigen Ertragsaussichten für das erworbene Unternehmen, d.h., er liegt dann vor, wenn der erwartete zukünftige Gewinn höher ist als eine normale Verzinsung des Substanzwertes des Unternehmens. Diese besonders günstigen Ertragsaussichten können bedingt sein durch den Wert der Geschäftsverbindungen, der Kundschaft, der Organisation.¹⁾ Der Nutzen, den das Wirtschaftsgut "Geschäftswert" für den Kaufmann hat, bestimmt sich nach diesen Faktoren. Dementsprechend muß auch der niedrigere Teilwert damit begründet werden, daß diese Faktoren nicht mehr in dem früher angenommenen Ausmaß wirksam sind.

Ein hoher positiver Geschäftswert ist mit außerordentlichen Risiken behaftet, weil alle Größen, auf Grund deren der Reinertragswert des einzelnen Unternehmens ermittelt wird, geschätzt werden müssen und die Fehlermöglichkeiten bei der Schätzung außergewöhnlich hoch sind.²⁾ Bei kleineren Unternehmen ist auch zu bedenken, daß die geschäftliche Entwicklung oft entscheidend von der Person des Inhabers abhängt, so daß bei einem Wechsel des Unternehmers nur noch vage Aussagen über die zu-

1) Brönnner, H., Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 5. Aufl., Stuttgart 1956, S. 351

2) vgl. Schnettler, A., Die Behandlung positiver und negativer Geschäftswerte bei der Verkehrswertermittlung von Betrieben, in: Industriebetrieb und industrielles Rechnungswesen, Festschrift für E. Geldmacher, Köln-Opladen 1961, S. 64

künftige Entwicklung möglich sind. Auch kann sich der Käufer eines Unternehmens täuschen, so daß er einen irrtümlich angenommenen Mehrwert bezahlt, obwohl keiner vorhanden ist. In diesem Fall wäre die Zahlung eines Geschäftswertes eine Fehlmaßnahme. Der Geschäftswert könnte bereits im Jahre des Kaufes voll abgeschrieben werden.¹⁾

Häufiger sind die Fälle, in denen die Faktoren, auf Grund deren der Geschäftswert gezahlt wurde, im Laufe der Zeit an Wirksamkeit verlieren. Wenn auch bei der Ermittlung des Geschäftswertes theoretisch die gesamte zukünftige Lebensdauer betrachtet wird, so wirken sich praktisch bei der Schätzung doch die ersten Jahre besonders stark aus. Auf Grund der im allgemeinen kontinuierlich verlaufenden wirtschaftlichen Entwicklung lassen sich die ersten Jahre hinreichend genau schätzen, während sich über die weiteren Jahre praktisch keine Aussagen mehr machen lassen. Dementsprechend hat die Schätzung der ersten Jahre bei der Wertfindung ein besonders hohes Gewicht.

Wichtig ist auch das Konkurrenzrisiko bei Vorhandensein eines hohen positiven Geschäftswertes. Je höher der Geschäftswert, desto größer ist die Konkurrenzgefahr, die meistens ein Absinken des Geschäftswertes im Laufe der Zeit bewirkt.²⁾

Wenn man annimmt, daß langfristig alle Unternehmen durchschnittlich nur einen Gewinn in Höhe ihrer werterhaltenden Rendite erwirtschaften, kann es normalerweise langfristig keinen hohen positiven Geschäftswert geben.³⁾

Das Handelsrecht fordert daher eine angemessene jährliche Abschreibung auf den entgeltlich erworbenen Ge-

1) RfH vom 30. 9. 1931 - RStBl. 1932, S. 339

2) vgl. Schnettler, A., Betriebsanalyse, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 85

3) vgl. ebenda, S. 72

schäftswert (§ 133 Ziff. 5 AktG). Im Steuerrecht ist eine Absetzung für Abnutzung auf den aktivierten Geschäftswert nicht erlaubt.

In der Steuerbilanz kann nur eine Wertabschreibung vorgenommen werden, wenn nachgewiesen wird, daß der Teilwert unter dem gezahlten Geschäftswert liegt. Es werden allerdings strenge Anforderungen seitens der Finanzverwaltung an die Begründung für die Teilwertabschreibung gestellt. Mit Recht sieht der RFH/BFH die Rentabilität des Unternehmens als Anhaltspunkt dafür an, inwieweit ein Geschäftswert gegeben ist. Neben dem Reingewinn können auch der Rückgang der Kundenzahl sowie des Umsatzes unter Berücksichtigung des Gesamtbildes des Unternehmens zu einer Teilwertabschreibung führen.¹⁾ Keineswegs ist damit eine Teilwertabschreibung auf Grund des Wegfalls einzelner Faktoren des Geschäftswertes zugelassen. Der Wegfall einzelner Faktoren kann nach der Rechtsprechung des RFH durch eine Steigerung anderer Faktoren ausgeglichen werden.²⁾ Entscheidend ist das Gesamtbild.

Erschwert wird in der Praxis der Nachweis des niedrigeren Teilwertes beim Geschäftswert, wenn der übernommene Betrieb im Gesamtunternehmen aufgegangen ist.³⁾ Er läßt sich dann nicht mehr gesondert bewerten. Nach der Rechtsprechung des RFH sind für die Teilwertabschreibung in diesem Fall die Verhältnisse des Gesamtunternehmens maßgebend.⁴⁾

1) BFH vom 28. Okt. 1958 - BStBl. 1959, III, S. 242

2) vgl. Ascher, Th., Die Steuerbilanz, Essen 1958, S. 288

3) vgl. Ascher, Th., Die Steuerbilanz, Essen 1958, S. 288

4) RFH vom 30. Nov. 1938 - RStBl. 1939, S. 251

c) Die Risikoberücksichtigung durch Teilwertabschreibung
beim Umlaufvermögen

Wegen der unterschiedlichen Problematik sollen bei der Behandlung der Risikoberücksichtigung beim Umlaufvermögen zwei Gruppen unterschieden werden:

- 1.) Das Umlaufvermögen außer Forderungen,
- 2.) Forderungen.

ca) Umlaufvermögen außer Forderungen

ca1) Die Bedeutung der Bindung des Teilwertes an die
Wiederbeschaffungskosten

Auch beim Umlaufvermögen deckt sich der Teilwert zunächst mit den Wiederbeschaffungskosten am Bilanzstichtag.¹⁾ Besteht ein Markt- oder Börsenpreis, so ist dieser maßgebend.²⁾ Bei Eigenerzeugnissen treten an die Stelle der Wiederbeschaffungskosten die Herstellungskosten.

Bei gesunkenen Wiederbeschaffungspreisen ergibt sich ein Verlust, wenn auch der Verkaufserlös zuzüglich Vertriebskosten unter den Anschaffungspreis für die Vorräte sinken würde.

Das ist aber bei sinkenden Wiederbeschaffungskosten nicht unbedingt gesagt. Je nach der Situation auf dem Absatzmarkt und der Menge der bereits eingekauften Vorräte ist es möglich, die lagernden Vorräte ohne Verlust zu veräußern. Die kaufmännische Übung verlangt aber angesichts der Ungewißheit der Zukunft in jedem Fall einen Bewer-

-
- 1) vgl. Littmann, E., Das Einkommensteuerrecht, 5. Aufl., Stuttgart 1956, zu § 6, Tz. 229, S. 430, ferner: Haas-Oechsner, a.a.O., S. 334
 - 2) vgl. Blümich-Falk, a.a.O., zu § 6, Anm. 12, S. 514

tungsabschlag in Höhe der Differenz zwischen Anschaffungskosten und den niedrigeren Beschaffungspreisen am Bilanzstichtag.¹⁾

Die Wiederbeschaffungskosten und damit der Teilwert richten sich nach der Wirtschaftsstufe des Unternehmens. Der Teilwert/Wiederbeschaffungskosten für Vorräte eines Großhändlers ist ein anderer als der Teilwert für die gleichen Vorräte bei einem Einzelhändler. Ob als Wiederbeschaffungspreise Inlandspreise oder Weltmarktpreise gelten, richtet sich danach, ob der bilanzierende Kaufmann seine Waren zu Weltmarktpreisen oder zu Inlandpreisen bezieht.²⁾

Zwar sind für die Wiederbeschaffungspreise grundsätzlich die Preisverhältnisse am Bilanzstichtag maßgebend, jedoch hat der RFH/BFH auch eine Berücksichtigung sinkender Einkaufspreise nach dem Bilanzstichtag zugelassen unter der Voraussetzung, daß die Preisentwicklung voraussehbar ist und es sich nicht nur um eine vorübergehende Preissenkung handelt.³⁾ Einschränkung äußert sich jedoch der RFH in seinem Urteil vom 7. 12. 1938⁴⁾ zur Teilwertabschreibung bei einer am Bilanzstichtag bevorstehenden Minderung der Einkaufspreise, und zwar darf nach Ansicht des RFH für die bis zum Zeitpunkt der Preisherabsetzung umgeschlagenen Vorräte keine Teilwertabschreibung vorgenommen werden, da bei diesen Vorräten kein Verlust zu erwarten sei. Der Anteil der bis zur Preisherabsetzung umgesetzten Vorräte soll unter Zugrundelegung der Umschlags-

1) vgl. Ascher, Th., Die Steuerbilanz, Essen 1958, S. 286, ferner:

Koch, H., a.a.O., S. 32

2) vgl. Blümich-Falk, a.a.O., zu § 6, Anm. 12, S. 514

3) RFH vom 20. Juni 1943 - I A 447/32

BFH vom 17. Juni 1956 - BStBl. 1956, III, S. 379

4) RFH vom 7. Dez. 1938 - RStBl. 1939, S. 258

geschwindigkeit des Warenlagers ermittelt werden. Für den Fall einer einmaligen, plötzlichen Preisherabsetzung nach dem Bilanzstichtag läßt sich vom Standpunkt des Imparitätsprinzips nichts gegen das Urteil einwenden. Jedoch dürfte diese Situation nicht häufig gegeben sein. Meistens wird es sich um eine stetige Preisentwicklung mit sinkender Tendenz handeln, so daß die sinkende Wiederbeschaffungspreis-Entwicklung sich praktisch nur durch einen durchschnittlichen prozentualen Abschlag vom Wiederbeschaffungspreis am Bilanzstichtag ermitteln läßt.

ca2) Risiken, die eine Bewertung unter Wiederbeschaffungskosten rechtfertigen

Wichtiger als das Sinken des Wiederbeschaffungspreises ist das Sinken des Veräußerungspreises zuzüglich Verkaufsaufwendungen¹⁾ unter die Anschaffungs-/Herstellungskosten; denn nur dann entsteht mit Sicherheit ein Verlust bei den betreffenden Vorräten.

Unbestritten entspricht nach ständiger Rechtsprechung und Verwaltungsübung der Teilwert dann dem Veräußerungspreis, wenn der Veräußerungspreis am Bilanzstichtag unter den gesunkenen Wiederbeschaffungskosten liegt.²⁾ In diesem Fall würde ein Erwerber des ganzen Unternehmens die Vorräte auch höchstens zum Veräußerungspreis übernehmen. Fraglich ist nur, ob bei sinkender Tendenz des Veräußerungspreises auch die Preisentwicklung nach dem Bilanzstichtag, soweit sie vorhersehbar ist, Einfluß auf den Teilwert hat, sofern es sich um gängige Waren handelt. Das Imparitätsprinzip verlangt in diesem Falle eine Bewertung der Waren zum Verkaufspreis am Umsatztag abzüg-

-
- 1) bei Halbfertigfabrikaten zuzüglich noch anfallender Bearbeitungskosten
 2) RfH vom 17. 4. 1929 - RStBl. 1929, S. 449, RfH-RStBl. 1934, S. 1067

lich der noch anfallenden Verkaufsaufwendungen.¹⁾ Anders die derzeitige Steuerrechtsprechung und -verwaltung, während in früheren RFH-Urteilen²⁾ festgestellt wird, daß eine am Bilanzstichtag voraussehbare sinkende Tendenz der Verkaufspreise bei der Ermittlung des Teilwertes berücksichtigt werden kann, darf nach der neuesten Rechtsprechung³⁾ nur die Preisentwicklung bis zum Bilanzstichtag im Teilwert zum Ausdruck kommen. Die neuere Auffassung des BFH erscheint unverständlich, weil sie nicht mit dem Teilwertbegriff vereinbar ist. Ein Erwerber des ganzen Betriebes würde in jedem Fall alle Umstände bei der Bewertung berücksichtigen, die am Bilanzstichtag vorliegen. Ist der Verkaufspreis von Vorräten bereits unter die Anschaffungsausgaben am Bilanzstichtag gesunken und läßt sich ein weiteres Sinken des Verkaufspreises voraussehen, so wird er nur den mutmaßlichen Verkaufserlös abzüglich der noch anfallenden Verkaufskosten für diese Vorräte zu zahlen bereit sein. Wie KOCH mit Recht betont, wird der Erwerber des ganzen Betriebes "den Übernahmepreis noch niedriger festsetzen, nämlich so niedrig, daß er bei dem Verkauf noch eine durchschnittliche Gewinnspanne erzielt."⁴⁾

Neben der Preisentwicklung ist immer die Verwertbarkeit oder Verkaufsfähigkeit der Vorräte zu prüfen. Bei nichtgängiger Ware darf "der anzusetzende Wert ... niemals höher sein als der mutmaßliche Verwertungserlös (Verkaufspreis) abzüglich aller bis zum geschätzten Verkaufszeitpunkt noch anfallenden Kosten. ... Zinsen der Lager-

1) vgl. Koch, H., a.a.O., S. 32

2) RFH vom 22. 10. 1931 - Steuer und Wirtschaft 1932, II, S. 358/360

RFH vom 30. 5. 1933 - RStBl. 1933, S. 1012, ferner: Koch, H., a.a.O. S. 63 und die dort zitierten RFH-Urteile

3) BFH vom 9. März 1951 - BStBl. 1951, III, S. 122

BFH vom 23. Okt. 1951 - BStBl. 1951, III, S. 224

4) Koch, H., a.a.O., S. 62

haltung gehören zu den noch anfallenden Kosten."¹⁾ Die mangelnde Verwertbarkeit oder Verkaufsfähigkeit kann einmal in den Vorräten selbst begründet sein, z.B. bei Fehlerherstellungen, Ausschußware²⁾, Verschießen von Farben bei Stoffen, Schuhen usw.³⁾, sie kann auch durch zu lange Lagerung herbeigeführt worden sein, z.B. nicht in der Saison abgesetzte Modewaren, sonstige sog. "Ladenhüter".⁴⁾ Völlig unveräußerliche Waren müssen auch in der Steuerbilanz bis auf den Schrottwert abgeschrieben werden.⁵⁾

cb) Forderungen

cb1) Die Risikoberücksichtigung bei Einzelbewertung

Das Risiko bei Forderungen besteht darin, daß die Forderung nicht oder nur zum Teil hereinkommt oder daß durch verspäteten Zahlungseingang ein Zinsverlust entsteht. Forderungen, die mit diesen Risiken behaftet sind, werden als zweifelhafte Forderungen (Dubiose) bezeichnet.

Grundsätzlich gilt auch für Forderungen das Prinzip der Einzelbewertung. Daher muß jede Forderung auf ihre Einbringlichkeit hin überprüft werden. Ob eine Forderung zu den Dubiosen zählt, bestimmt sich nach den am Bilanzstichtag erkennbaren Umständen. Als ungünstige Umstände für die Einbringlichkeit einer Forderung werden im Schrifttum genannt:⁶⁾

-
- 1) s. Haas-Oechsner, a.a.O., Bd. II, S. 336, vgl. ferner: Blümich-Falk, a.a.O., S. 514
 - 2) vgl. Veiel, O., Herstellungskosten und Steuerbilanz, Berlin 1940, S. 13
 - 3) RFH vom 3. 7. 1935 - Steuer und Wirtschaft 1935, Nr. 3536
 - 4) RFH vom 26. 9. 1928 - Steuer und Wirtschaft 1929, Nr. 71, ferner: RFH vom 6. 5. 1936 - RStBl. 1936, S. 849
 - 5) RFH vom 30. 9. 1933 - RStBl. 1933, S. 763
 - 6) vgl. Fürst, R., Bilanzierungsgrundsätze in der Praxis, Essen 1956, S. 186, ferner: Haas-Oechsner, a.a.O., S. 354

1. Nichtbeachtung verschiedener Zahlungserinnerungen,
2. schlechte Auskünfte,
3. wiederholte Verlängerung von Wechselakzepten,
4. Nichteinlösung von Wechseln,
5. Streit¹⁾ über den rechtlichen Bestand der Forderung²⁾,
6. zweifelhafter Stand eines Prozesses.

Aber auch die günstigen Umstände sind zu beachten, wie z.B. bestellte Pfänder, hypothekarische Sicherungen, Bürgschaften.³⁾

Bei der Bilanzierung werden die zweifelhaften Forderungen normalerweise von den übrigen Forderungen getrennt und im Konto "Dubiose" zusammengefaßt. Die Dubiose sind mit ihrem wahrscheinlichen Wert einzusetzen (§ 40 HGB). Buchtechnisch geht man dabei so vor, daß die wahrscheinlichen Forderungsverluste nicht vom Aktivbestand gekürzt werden, sondern sie werden als Wertberichtigung auf der Passivseite ausgewiesen, d.h., Forderungen werden indirekt abgeschrieben, soweit es sich um eine Risikoabschreibung handelt.⁴⁾ Bei der Bewertung der einzelnen Forderungen kann der Kaufmann alle zukünftig aus den Forderungen zu erwartenden Verluste berücksichtigen, d.h. teilweiser Eingang der Forderung, Zinsverlust durch erheblich verspäteten Zahlungseingang⁵⁾, voraussichtliche Mahn-, Porto-

-
- 1 u. 2) Hier ist zu beachten, daß beim Forderungsrisiko nur diejenigen Risiken zu erfassen sind, die aus der mangelnden Zahlungsfähigkeit bzw. Zahlungswilligkeit des Schuldners resultieren, nicht aber etwa auch der zu erwartende, nur teilweise Zahlungseingang auf Grund von Gewährleistungsverpflichtungen. Für diese Risiken sind Rückstellungen zu bilden.
 - 3) vgl. Fürst, R., a.a.O., S. 186
 - 4) Anders dagegen, wenn die Forderung uneinbringlich geworden ist. Dann liegt ein Forderungsverlust vor, um den das Aktivkonto gekürzt wird.
 - 5) "Es kann ferner durch fortlaufend verspäteten Zahlungseingang zu durchschnittlich etwa zwei Monaten ein innerbetrieblicher Zinsverlust eintreten, der durch Schätzung zu ermitteln und bei der Bewertung der Außenstände zu berücksichtigen ist." s. Urteil des Finanzgerichts Düsseldorf vom 1. 7. 1953 - I - 2/43 K - in: Der Betrieb 1953, S. 684

und Beitreibungskosten¹⁾, soweit sie am Bilanzstichtag zu erwarten sind. Es kommt dabei nicht darauf an, daß der Kaufmann die Umstände am Bilanzstichtag gekannt hat. Er kann auch ihm nach dem Stichtag bekannt gewordene Umstände berücksichtigen, wenn sie bereits am Bilanzstichtag gegeben waren.²⁾

cb2 Die Risikoberücksichtigung bei Pauschalbewertung

Aus Vereinfachungsgründen läßt die Finanzverwaltung jedoch unter bestimmten Voraussetzungen auch eine Pauschalbewertung von Forderungen zu³⁾, und zwar dann, "wenn das für einen größeren Kreis verschiedener Forderungen Allgemeingültige die individuellen Gesichtspunkte, wie etwa lang- oder kurzfristige Zahlung, bestimmte ins Gewicht fallende persönliche Eigenschaften des Schuldners"⁴⁾ (ob Inländer oder Ausländer) überwiegt. Insbesondere ist die Pauschalbewertung zugelassen für Warenforderungen und für Hypothekenforderungen einer Bank.⁵⁾

Bei der Pauschalbewertung wird das Delkredererisiko in einem bestimmten Prozentsatz der gesamten Forderungen ermittelt. Die Ermittlung des Prozentsatzes erfolgt auf Grund der Erfahrung der vergangenen Jahre unter Berücksichtigung der Zukunftsaussichten. Die Schätzung des Delkrederesatzes beruht demnach auf einer statistischen Wahrscheinlichkeitserwägung.

1) vgl. Haas-Oechsner, a.a.O., S. 354

2) RFH vom 16. 12. 1936; RFH vom 2. 3. 1932 - RStBl. 1932, S. 510

RFH vom 2. 6. 1932 - RStBl. 1932, S. 824/825

RFH vom 4. 9. 1934 - RStBl. 1934, S. 1366,

neuere Urteile des BFH s. Fürst, R., a.a.O., S. 190

3) RFH vom 12. 5. 1932 - RStBl. 1932, S. 641

4) s. Littmann, E., a.a.O., zu § 6, Tz. 278, S. 444

5) OFH, in BFMBL. 1947, S. 165 (zit. nach Littmann, E., a.a.O., zu § 6, Tz. 278, S. 444)

Im Gegensatz zur Einzelbewertung bei Forderungen und zur Teilwertabschreibung bei den übrigen Wirtschaftsgütern des Anlage- und Umlaufvermögens braucht der Kaufmann das Bestehen der Risiken bei der Pauschalbewertung nicht im einzelnen nachzuweisen. Das Bestehen der Risiken wird aus den Verlusten der vergangenen Jahre geschlossen. An die Stelle der sonst üblichen strengen Anforderungen an den Nachweis über die Notwendigkeit der Teilwertabschreibung treten hier Wahrscheinlichkeitserwägungen. Damit ist bei den Forderungen im Falle der Pauschalbewertung eine ausreichende Erfassung der bestehenden und nicht nur der nachweislich drohenden Risiken gewährleistet.

In der Praxis werden Einzelbewertung und Pauschalbewertung meist nebeneinander angewandt. So ist es bei bestimmten außerordentlichen Forderungsverlusten, die durch den allgemeinen Pauschsatz nicht gedeckt werden, zweckmäßig, die bedrohte Forderung aus der Pauschalbewertung herauszulassen und einzeln zu bewerten.¹⁾

Wenn Pauschalbewertung und Einzelbewertung nebeneinander vorgenommen werden, muß bei der Schätzung des Pauschsatzes berücksichtigt werden, daß die Risiken bei einigen Forderungen bereits durch Einzelbewertung erfaßt sind, der Pauschsatz muß also niedriger angesetzt werden als bei der reinen Pauschalbewertung.²⁾

d) Sondervorschriften für die Berücksichtigung der Risiken bei der Bewertung von Importwaren und Auslandsinvestitionen

Bestimmte Importwaren können wegen der hohen Gefahr von Preissenkungen mit einem pauschalen Abschlag vom Anschaf-

1) Fürst, R., a.a.O., S. 182

2) Fürst, R., a.a.O., S. 180

fungspreis bzw. vom Börsen- oder Marktpreis am Bilanzstichtag bewertet werden. Es braucht sich dabei keineswegs um am Bilanzstichtag voraussehbare Preissenkungen zu handeln, sondern die Gefahr der Preissenkung schlechthin soll mit diesen besonderen für die begünstigten Wirtschaftsgüter an die Stelle des § 6 tretenden Bewertungsvorschriften erfaßt werden. Dieser Bewertungsabschlag ist vom Standpunkt des Imparitätsprinzips nicht zwingend. Es handelt sich daher bei dieser speziellen Bewertungsvorschrift um eine besondere Begünstigung der Importwaren, mit anderen Worten: es handelt sich um eine gesetzlich sanktionierte Bildung stiller Rücklagen.

Die Vorschrift findet sich im § 80 der 2. EStDV-ÄndVO vom 12. 3. 1959. Die gesetzliche Grundlage dieser Ermächtigung ist der durch das Steuer-Änderungs-Gesetz vom 26. 7. 1957 neu eingeführte § 51 Abs. 1 Ziff. 2 m EStG.

Gemäß § 80 EStDV können nur Gewerbetreibende, die ihren Gewinn auf Grund ordnungsgemäßer Buchführung ermitteln, von der Importwarenvorgünstigung Gebrauch machen.

Begünstigt sind nur diejenigen Wirtschaftsgüter, die in den Anlagen 3 und 4 zur EStDV aufgezählt sind, soweit sie im Ausland erzeugt oder hergestellt sind.

In der Anlage 3 zur EStDV sind Waren aufgeführt, deren Preis auf dem Weltmarkt wesentlichen Schwankungen unterliegt. Bei den Waren in der Anlage 4 handelt es sich um Waren des volkswirtschaftlich vordringlichen Bedarfs.

Bei Vorliegen der im § 80 genannten Voraussetzungen¹⁾ können die in der Anlage 3 aufgeführten Waren mit einem Wert bilanziert werden, der bis zu 20 % und die in der Anlage 4 aufgeführten Waren mit einem Wert, der bei dem Mehrbestand²⁾ an diesen Wirtschaftsgütern bis zu 30 % und bei dem übrigen Bestand (Normalbestand) bis zu 20 % unter den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis am Bilanzstichtag liegen darf.

1) vgl. auch Blümich-Falk, a.a.O., zu § 6, S. 515 ff.

2) Die Berechnung des Mehrbestandes ist im § 80 Abs. 3 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1958 geregelt, vgl. ferner: Abschnitt 233 a Abs. 9 Einkommensteuer-Richtlinien 1958

Eine Sonderregelung ist durch das Steueränderungsgesetz 1961 auch für die Bewertung von bestimmten Auslandsanlagen getroffen worden. Die als neuer § 34 d EStG verabschiedete Vorschrift sieht eine Ermächtigung der obersten Finanzbehörden der Länder vor, mit Zustimmung des Bundesfinanzministers bei Kapitalexporten in Entwicklungsländer bei Vorliegen der im § 34 d EStG näher bezeichneten Voraussetzungen zur "Minderung des Wagnisses" die Bildung "steuerfreier Rücklagen" zuzulassen, und zwar bis zu einem Drittel des Gesamtbetrages der Auslandsanlage. Diese "Rücklage" ist jedoch vom dritten auf ihre Bildung folgenden Wirtschaftsjahr an jährlich mit je einem Fünftel gewinnerhöhend aufzulösen.

Die Bezeichnung "Rücklage" für diesen Posten ist jedoch unzutreffend. Bei der Bildung dieser "Rücklage" handelt es sich nicht um Vorgänge der Gewinnverwendung; denn für die Bildung dieser "Rücklage" ist nicht Voraussetzung, daß auch entsprechende Gewinne erzielt werden. Es handelt sich vielmehr um einen Korrekturposten zu den auf der Aktivseite der Bilanz in voller Höhe ausgewiesenen Auslandsanlagen, also eine Art Wertberichtigungsposten, der allerdings in späteren Jahren wieder aufgelöst werden muß, ähnlich wie eine zu hoch bemessene Rückstellung.

Die Möglichkeit der Bildung dieser "Rücklage" ist als eine besondere steuerliche Begünstigung anzusehen, als eine wirtschaftspolitische Maßnahme zur Förderung des Kapitalexportes in die Entwicklungsländer. Zwar wird durch die niedrigere Bewertung dieser Auslandsanlagen den hohen Risiken, die oft dem Kapitalexport in Entwicklungsländer verbunden sind, Rechnung getragen. Vom Standpunkt des Imparitätsprinzips ist die Bildung dieser "steuerfreien Rücklage" jedoch nicht erforderlich, weil die Bildung dieser Rücklage nicht davon abhängig ist, daß im Einzelfall mit Verlusten gerechnet werden muß.

3. Berücksichtigung der Risiken durch Bildung von Rückstellungen

a) Möglichkeiten der Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste in der Steuerbilanz

Alle Risiken, die dem Unternehmen drohen, aber nicht mit bestimmten Vermögensposten in Zusammenhang stehen, führen bei ihrer Realisation erst in späteren Rechnungsperioden zu Ausgaben. Die Aufwandsantizipation späterer Ausgaben, die betragsmäßig noch nicht genau festliegen, da die zukünftigen Verluste geschätzt werden müssen, erfolgt durch Rückstellungen.

Dabei ist jedoch zu bemerken, daß nicht alle Rückstellungen zur rechnerischen Erfassung von Risiken (drohenden Verlusten) dienen. Viele Rückstellungsarten haben lediglich den Zweck, in ihrer Höhe noch nicht feststehende gewöhnliche Aufwendungen periodengerecht zu verrechnen, z.B. Steuerrückstellungen, Rückstellungen für Beratungskosten, Rückstellungen für Gratifikationen, Pensionsrückstellungen. Zwar sind auch diese Rückstellungen in gewisser Weise risikobehaftet, und zwar insofern, als ihre Höhe nicht genau festgelegt werden kann. Sie unterscheiden sich aber von den Rückstellungen zur Erfassung von Risiken dadurch, daß bei der letzteren Gruppe von Rückstellungen das Bestehen eines Einzelrisikos der Grund zur Bildung der Rückstellung ist.

Einen Anhaltspunkt zur Klärung der Frage, ob und inwieweit am Bilanzstichtag drohende Risiken, die nicht mit bestimmten Vermögensteilen in Zusammenhang stehen, in der Steuerbilanz durch Rückstellungsbildung erfaßt werden, könnte die Definition der Rückstellung bieten. Aber weder im Handelsrecht noch im Steuerrecht ist der Begriff Rückstellungen definiert. Lediglich im Bilanzgliederungsschema des § 131 AktG von 1937 ist die Bilanzposition "Rückstellungen für ungewisse Schulden" aufgeführt. Die Betonung des Schuldencharakters entspricht einer statii-

schen Bilanzauffassung. TRUMPLER¹⁾ weist darauf hin, daß nicht alle vorkommenden Rückstellungen für Aufwand unbedingt Verbindlichkeiten oder zumindest mit Wahrscheinlichkeit auftretende Verbindlichkeiten seien und daher bei einer engen Auslegung des Begriffs "Rückstellungen für ungewisse Schulden" nicht unter diesen Begriff fielen. Offensichtlich wird bei der Beurteilung der Notwendigkeit der Bildung von Rückstellungen nicht nach dieser engen Begriffsauslegung verfahren. Die Notwendigkeit der Rückstellungsbildung gem. § 131 AktG wird vielmehr nach dynamischen Gesichtspunkten beurteilt.²⁾

Der für das Steuerrecht als maßgebend angesehene Rückstellungsbegriff wurde vom Reichsfinanzhof herausgearbeitet. In seinem grundlegenden Urteil vom 17. Dez. 1929³⁾ definiert der RFH: "Rückstellungsbewertung ist die Bewertung einer am Bilanzstichtag nicht feststehenden Schuld oder eines in seiner Höhe noch nicht feststehenden Verlustes."

Im Steuerrecht werden damit offenbar Rückstellungen aus einer statischen Auffassung definiert, da sie unter dem Gesichtspunkt der Schuldenerfassung gesehen werden und nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der richti-

-
- 1) Trumpler, H., Die Bilanz der Aktiengesellschaft, Basel 1950, S. 283
 - 2) In ihrem Kommentar zu den Rechnungslegungs- und Prüfungsvorschriften für Aktiengesellschaften definieren Adler-Düring-Schmaltz: "Rückstellungen dienen der Erfassung von Aufwendungen und Verlusten, die am Bilanzstichtag dem Grunde, aber nicht der Höhe nach bekannt sind, oder von Verbindlichkeiten und Lasten, die am Bilanzstichtag bereits bestehen, sich nach Betrag und Fälligkeit aber nicht genau bestimmen lassen." (s. Adler-Düring-Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1957, zu § 131, Tz. 157)
 - 3) s. RFH vom 17. 12. 1929 - RStBl. 1930, S. 95

gen Periodenabgrenzung. Rückstellungen werden steuerrechtlich als Ergänzungen zu den Verbindlichkeiten angesehen. In ständiger Rechtsprechung hat der RFH/BFH an dieser Begriffsdefinition festgehalten.

Wie bereits angedeutet, ergeben sich daraus erhebliche Einschränkungen gegenüber der Notwendigkeit der Rückstellungsbildung aus dynamischer Sicht.¹⁾ Durch diese Einschränkungen wird aber die Möglichkeit der Erfassung drohender Risiken durch Rückstellungen nicht berührt, da Rückstellungen für drohende Verluste als eine Unterart der Verpflichtungsrückstellung aufgefaßt werden können.²⁾

Ob und wann im Einzelfall drohende Verluste durch Rückstellungen zu berücksichtigen sind, läßt sich naturgemäß nicht allgemein festlegen. Auch die Steuerrechtsprechung erkennt an, daß die Bildung von Rückstellungen grundsätzlich dem pflichtgemäßen Ermessen des Bilanzierenden überlassen bleiben muß, da dieser die vorliegenden Umstände am besten kennt.³⁾ Das Ermessen des Steuerpflichtigen kann jedoch nur dann maßgebend sein, wenn es einer objektiven Beurteilung der gesamten Verhältnisse, die am Bilanzstichtag gegeben waren, standhält. Nach der Rechtsprechung lassen sich folgende allgemeine Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Rückstellungsbildung aufstellen:⁴⁾

- 1) Die in der Rückstellung zum Ausdruck kommende Verbindlichkeit muß als Betriebsausgabe abzugsfähig sein.

-
- 1) Einzelheiten vgl. Werninger, G., Rückstellungen in der Bilanz, Wiesbaden 1960, S. 304 ff.
 - 2) Aufermann, E., Grundzüge der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre, Wiesbaden 1950, S. 100
 - 3) BFH vom 5. 2. 1953 - StRK. EStG. § 6, Abs. 1, Ziff. 2, R 17
 - 4) vgl. Schmitt-Schmitt, Die Gefahrenquelle der steuerlichen Betriebsprüfung, Berlin 1957, S. 114

- 2) Es muß am Bilanzstichtag eine Verbindlichkeit (Schuld), eine bewertungsfähige Last oder ein drohender Verlust (Risiko) bestanden haben. Zumindest mußte mit Sicherheit oder hinreichender Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden. Dabei muß es sich ferner um Vorgänge handeln, die in das abgelaufene Geschäftsjahr fallen.

Als Anhaltspunkt dafür, ob der Bilanzierende am Bilanzstichtag mit dem Verlust rechnen mußte, wird normalerweise angesehen, ob und inwieweit ein Käufer des gesamten Betriebes durch das Drohen des Verlustes in seinem Gebot beeinflußt worden wäre.¹⁾ Es ist nicht erforderlich, daß die Verlustausgabe bereits am Bilanzstichtag in klagbarer Weise zugesagt war, noch weniger darauf, ob die Zusage in vertragliche Form gekleidet war.²⁾

- 3) Mit der Geltendmachung dieser Verbindlichkeit, Lasten oder Verluste nach dem Zeitpunkt der Bilanzerstellung muß gerechnet werden können. Die Beträge dürfen der Höhe nach nicht genau bekannt sein.
- 4) Die tatbestandsmäßigen Zusammenhänge der Rückstellung müssen nachweisbar und glaubhaft sein.

Bei der Feststellung der Höhe der Rückstellung ist zu unterscheiden, ob eine Einzelbewertung notwendig ist oder ob eine Sammelbewertung möglich ist.

Einzelbewertung ist immer erforderlich, wenn es sich um die Erfassung einmalig oder nur von Fall zu Fall auftretender Risiken handelt. Die Bewertung der Rückstellung ist immer eine Schätzung. Die Schätzung obliegt weitge-

1) RFH vom 15. 1. 1931 - RStBl. 1931, S. 201

2) RFH vom 15. 1. 1931 - RStBl. 1931, S. 201

hend dem Ermessen des Bilanzierenden. Maßgebend für die Schätzung sind die Umstände, die am Bilanzstichtag gegeben waren. Überschreitet die Schätzung jedoch den üblichen Rahmen, so verlangt die Finanzverwaltung, daß der Steuerpflichtige in den Grenzen des Zumutbaren die Tatsachen darlegt, die nach den betriebswirtschaftlichen Verhältnissen und Erfahrungen die Schätzung als angemessen erscheinen lassen.¹⁾ Eine wesentliche Rolle bei der Feststellung der Höhe der Rückstellung spielt der Teilwertgedanke. Praktisch geht man so vor, daß man auf Grund der beim Abschlußstichtag vorliegenden Unterlagen nach Maßgabe der Verhältnisse am Bilanzstichtag den zu erwartenden Verlust ermittelt. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß das Risiko, zu dessen bilanzmäßiger Berücksichtigung die Rückstellung dienen soll, letztlich nicht oder nur teilweise eintritt, wird ein entsprechender Abschlag von der vollen Höhe des erwarteten Verlustes vorgenommen.

Wesentlich einfacher gestaltet sich die Ermittlung der Rückstellungshöhe, wenn eine Sammelbewertung möglich ist, d.h., wenn eine Rückstellung zur Berücksichtigung einer großen Anzahl laufend auftretender, gleichartiger Risiken gebildet werden soll, so z.B. Rückstellung für Garantieleistungen. Hier stehen dem Bilanzierenden normalerweise Erfahrungszahlen der Vergangenheit zur Verfügung. So läßt sich beispielsweise aus der auf Grund von Vergangenheitswerten ermittelten Relation Garantieleistungen/1.000,— DM Umsatz die Höhe der Garantierückstellung mit großer Wahrscheinlichkeit errechnen. Ähnlich wie bei den Abschreibungen hat die Finanzverwaltung ihrerseits durch zwischenbetriebliche Vergleiche für einzelne Branchen gewisse Erfahrungssätze ermittelt, die normalerweise ohne

1) vgl. Verfügung der OFD Freiburg vom 14. 7. 1957, ferner: BFH vom 1. 4. 1958 - BStBl. 1958, III, S. 291

besonderen Nachweis anerkannt werden.

Sofern neue Produktionsverfahren, unerprobte Materialien usw. höhere Verluste durch Garantiefälle erwarten lassen, erkennt die Finanzverwaltung bei stichhaltiger Begründung durch den Steuerpflichtigen auch höhere als in der Vergangenheit ermittelte Werte an.

b) Die wichtigsten Rückstellungsarten

Nachfolgend sollen die wichtigsten häufiger vorkommenden Rückstellungsarten zur Erfassung drohender Verluste erörtert werden, die von der Finanzverwaltung bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen anerkannt werden.

ba) Rückstellungen für Garantieverpflichtungen

Garantieverpflichtungen können beruhen

- a) auf gesetzlichen Vorschriften: Gesetzesgrundlagen sind z.B. beim Kaufvertrag die §§ 459 ff. BGB, beim Werkvertrag die §§ 633 ff. BGB,
- b) auf vertraglichen Abmachungen z.B. auf Grund allgemeiner Geschäftsbedingungen der Branche, der Lieferer oder der einzelvertraglichen Abmachungen. Durch vertragliche Abmachungen kann insbesondere festgelegt werden, daß die Verpflichtung zur Garantieleistung auch ohne Verschulden des Lieferers entsteht.
- c) Schließlich können die gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich der Höhe der Leistung und/oder hinsichtlich der zeitlichen Begrenzung (z.B. Verjährung) des Garantieanspruches aus Konkurrenzgründen oder anderen wirtschaftlichen Erwägungen überschritten werden. Man spricht dann von Kulanzleistungen.

Abweichend vom Grundsatz der Einzelbewertung wird die

Höhe der Garantieleistung normalerweise nicht für jede einzelne Leistung ermittelt, sondern in der Regel in Prozent vom Umsatz, soweit dafür Garantieleistungen bzw. Gewährleistungen in Frage kommen. Zur Ermittlung dieser Prozentzahlen spielen in der Praxis die durchschnittlichen Garantieleistungen der Vergangenheit eine große Rolle. In einigen Fällen sind jedoch die Garantieleistungen der Vergangenheit als Vergleichsmaßstab nicht brauchbar. So fordert selbst der BFH - wenn auch zurückhaltend - die Beachtung künftiger Verhältnisse.¹⁾ Insbesondere bei Vorliegen folgender Tatbestände können Erfahrungszahlen der Vergangenheit nur beschränkte Anhaltspunkte für die Schätzung der Gesamtleistungen bieten: bei veränderter Bauweise, Einführung neuer Verfahren, bei Verwendung von nicht erprobtem Material. In diesen Fällen werden die zukünftigen Garantieleistungen oft größer sein als die entsprechenden Leistungen in der Vergangenheit.

Daß es keine allgemeingültigen Richtsätze für eine zutreffende Bemessung von Garantierückstellungen geben kann, entspricht der Natur der Sache, "wenngleich die steuerliche Verwaltungspraxis gewisse Erfahrungssätze für einzelne" Wirtschaftszweige ermittelt hat (s. Betriebsprüfungs-Archiv 14/1955 der Oberfinanzdirektion Hamburg).²⁾

bb) Rückstellung für Bürgschaften

Grundsätzlich werden Bürgschaften nur "unter dem Strich" in der Bilanz ausgewiesen. Wenn aber mit der Inanspruch-

1) vgl. Haas-Oechsner, a.a.O., Bd. 2, S. 465

2) s. ebenda, S. 463, vgl. ferner:
Fürst, R., Bilanzierungsgrundsätze in der Praxis,
Essen 1956, S. 271

nahme aus einer Bürgschaft zu rechnen ist, so kann für das Risiko eine Rückstellung gebildet werden.

"Ob und inwieweit solche Gefahr der Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft besteht, läßt sich nicht allgemein, sondern nur an Hand des Einzeltatbestandes schätzungsweise beurteilen. Die Höhe der Last ist somit im wesentlichen Gegenstand tatsächlicher Würdigung des Einzelfalles."¹⁾ Bei der Schätzung des Risikos sind evtl. Rückgriffsrechte zu berücksichtigen.

Grundsätzlich können in der Steuerbilanz nur Risiken aus betriebsbedingten Bürgschaften erfaßt werden. In Einzelfällen kann es recht schwierig sein zu entscheiden, ob eine Bürgschaft betriebsbedingt ist.

bc) Rückstellung für Wechselobligo

Beim Wechselobligo handelt es sich um ein schwebendes Geschäft bürgschaftsähnlicher Art.²⁾ Durch ihre Unterschriften Aussteller und Indossanten von Wechseln für die Einlösung des Papiers (Art. 9, 15 WG). So ist es möglich, daß Indossanten aus einem weitergegebenen Wechsel in Anspruch genommen werden, wenn der Bezogene den Wechsel nicht einlöst. "Die Gefahr der Nichteinlösung, mit der regelmäßig auf Grund allgemeiner Erfahrung in gewissem, von der Güte der Kunden abhängigen Umfang zu rechnen ist, muß durch eine Rückstellung berücksichtigt werden."³⁾

bd) Rückstellungen für Haftpflicht

Besteht am Bilanzstichtag die Gefahr, daß gegen den Ge-

-
- 1) RFH vom 28. Okt. 1931 - RStBl. 1932, S. 144/145, ferner:
RFH vom 20. Okt. 1937 - RStBl. 1938, S. 82
 - 2) vgl. Haas-Oechsner, a.a.O., Bd. 2, S. 454
 - 3) RFH vom 28. Okt. 1931 - RStBl. 1932, S. 144

werbetreibenden infolge seiner gewerblichen Tätigkeit Haftpflichtansprüche geltend gemacht werden, so kann dieses Risiko durch eine Rückstellung berücksichtigt werden.¹⁾ Voraussetzung ist aber, daß der Steuerpflichtige den Verlust auch selbst tragen muß. Soweit der Schaden durch eine Versicherungsgesellschaft abgedeckt wird, ist die Versicherungsleistung zu aktivieren.

Grundsätzlich nicht zulässig sind Rückstellungen für Schadenersatz aus unerlaubten Geschäftshandlungen, da diese nach Ansicht der Rechtsprechung nicht die Geschäftssphäre, sondern die private Sphäre des Steuerpflichtigen betreffen. Eine Ausnahme liegt vor, wenn die unerlaubte Geschäftshandlung zu einem geschäftlichen Erfolg geführt hat.²⁾

Eine Unterart der Rückstellungen für Haftpflicht ist die nachfolgend behandelte Rückstellung für Bergschäden.

be) Rückstellungen für Bergschäden

Unter Bergschäden versteht man Schäden an Anlagen auf der Erdoberfläche, die auf die Tätigkeit des Bergbaus zurückzuführen sind. Meistens handelt es sich um Erd-senkungen - hervorgerufen durch Einsturz von Stollen -, die zum Abbau der Bodenschätze angelegt worden sind.

Zwar werden die Stollen nach dem Abbau der Bodenschätze durch sogenannten "Versatz" (Auffüllen der abgebauten Flöze mit Gestein) vor dem Einsturz gesichert. Offenbar reicht der "Versatz" bei dem ungeheuren Druck des Ge-

1) RFH vom 12. 8. 1927 - RStBl. 1928, S. 5, ferner:
 RFH vom 19. 1. 1933 - RStBl. 1933, S. 365
 2) RFH vom 18. 3. 1936 - RStBl. 1936, S. 803

steins nicht aus, Erdsenkungen zu verhindern.¹⁾ Oft treten die Erdsenkungen erst lange Zeit nach dem Verlassen der Felderteile auf.

Auf Grund bergrechtlicher Bestimmungen, z.B. gem. § 148 des "Allgemeinen Berggesetzes für die Preußischen Staaten" vom 24. 6. 1865 haben die Bergwerksgesellschaften den Geschädigten Schadenersatz zu leisten.

Verursacht sind Bergschäden letztlich durch die Anlage der Stollen. Sie müssen bei exakter Gewinnermittlung der Rechnungsperiode zugerechnet werden, in denen die Stollen zum Abbau der Bodenschätze angelegt worden sind.

Während die Finanzverwaltung zunächst nur Rückstellungen für bereits anhängige Bergschäden zuließ, hat sie seit der Passauer Bergbautagung 1940 auch Rückstellungen für die nach Stilllegung eines Betriebes zu erwartenden Bergschäden anerkannt.²⁾

Die Schätzung der Höhe der erforderlichen Rückstellungen für Bergschäden ist mit vielen Unsicherheiten behaftet. Die Höhe der erwarteten Schäden richtet sich einmal nach Art und Ausmaß der Erdsenkung, zum anderen nach den betroffenen Anlagen (Gebäude, Straßen, Brücken, Wasserläufe). Zu berücksichtigen ist ferner die fortschreitende Besiedlung der Erdoberfläche bis zum voraussichtlichen Eintritt der Senkung.

Zur Berechnung der Risiken für Bergschäden sind verschiedene Methoden entwickelt worden.³⁾

1) Auler, W., Rückstellungen, Hann.-Münden 1953, S. 65

2) Auler, W., a.a.O., S. 68, ferner:
Haas-Oechsner, a.a.O., Bd. 2, S. 454

3) Einzelheiten vgl. van der Velde, Berechnungsmethoden für Rückstellungen im Steuerrecht, in: Finanz-Rundschau 1949, S. 296 ff.

Die Methode der Auslaufrückstellungen, bei der im Laufe der Betriebszeit Rückstellungen angesammelt werden, die ausreichen, um nach Stilllegung des Betriebes die zukünftigen Bergschäden zu decken, ist angreifbar, weil zu jedem Zeitpunkt vor der Betriebsstilllegung die Rückstellung zu niedrig bemessen ist.

Die theoretisch richtige Methode der Rückstellungsbe-
rechnung auf Grund der Gefahrenschätzung unter Berücksichtigung des Wertes des gefährdeten Objektes ist einerseits mit erheblichen Unsicherheiten verbunden, andererseits ist sie in der praktischen Handhabung zu kompliziert.

Bei der Schätzung der Rückstellungen für Bergschäden auf Grund von Erfahrungszahlen werden entweder die jährliche Zuführung zu den Rückstellungen berechnet und die tatsächlichen Ausgaben dem Rückstellungskonto belastet, so daß nur die Rückstellungsbildung gewinnmindernd wirkt, oder aber die tatsächlichen Ausgaben werden als Aufwand verbucht und die Gesamtrückstellung neu berechnet, so daß der Gewinn durch die tatsächlichen Ausgaben und die Veränderung der Gesamtrückstellung gegenüber dem Vorjahr beeinflußt wird.

Die jährliche Zuführung zu den Rückstellungen wird entweder als durchschnittlicher Gesamtschaden der letzten zehn Jahre oder auf der Grundlage des Tonnensatzes : Gesamtschaden der letzten 10 Jahre je Tonne geförderte Kohle - Jahresförderung in Tonnen.

Die Methode der jährlichen Berechnung der Gesamtrückstellung geht von der Erfahrung aus, daß bei stillgelegten Schachtanlagen der zehnfache Betrag der Aufwendungen für Bergschäden ausreicht, um alle noch entstehenden Bergschädenerersatzansprüche zu decken. Diese Methode

wird auch von der Finanzverwaltung anerkannt, allerdings nur der siebenfache Betrag.¹⁾ In der Literatur²⁾ wird diese Methode als besonders geeignet angesehen, da sie insbesondere der Progression der Bergschäden Rechnung trägt.

bf) Prozeßrückstellungen

Bei den Rückstellungen für schwebende Prozesse ist zu beachten, daß regelmäßig nur für die vom Unternehmen bei einem ungünstigen Ausgang des Rechtsstreites zu tragenden Gerichts- und Anwaltskosten eine Rückstellung zu bilden ist. So kann beispielsweise der Gläubiger einer Forderung bei Beitreiben seiner Forderung durch den Kunden unter Umständen mit Gerichts- und Anwaltskosten rechnen und hierfür eine Rückstellung bilden. Die Gefahr des ungünstigen Prozeßausgangs ist bei den anderen Posten, z. B. bei den Garantierückstellungen, zu berücksichtigen. Dagegen dürfen etwaige Prozeßkosten nicht bereits als wertmindernde Umstände bei der Bewertung von Gegenständen des Betriebsvermögens, z.B. bei Forderungen, berücksichtigt sein.³⁾

bg) Rückstellungen für zu übernehmende Verluste aus Organverträgen

Stimmen bei Organverhältnissen mit Ergebnisausschlußvereinbarung zwischen zwei Gesellschaften deren Wirtschaftsjahre nicht überein, muß die Obergesellschaft nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung eine Rückstellung für zu übernehmende Verluste bilden, wenn am Bilanzstichtag ein Verlustabschluß der Organge-

1) vgl. Auler, a.a.O., S. 68

2) vgl. van der Velde, a.a.O., S. 298, ferner: Auler, a.a.O., S. 69

3) RFH vom 28. 10. 1931 - RStBl. 1932, S. 144

sellschaft droht. Die bloße Möglichkeit eines zukünftigen Verlustes würde allerdings noch keine Rückstellung rechtfertigen.¹⁾

bh) Rückstellungen für Verluste aus schwebenden Geschäften

Unter schwebenden Geschäften versteht man bereits abgeschlossene, aber noch von keiner Vertragspartei ausgeführte Geschäfte.²⁾ Es ergibt sich aus schwebenden Geschäften ein Verlust, wenn der Wert des Anspruchs niedriger ist als der Wert der Verpflichtung. Für die Steuerbilanz ist bei der Frage, inwieweit ein Verlust aus schwebenden Geschäften am Stichtag bereits in einer handels- und steuerrechtlich zu berücksichtigenden Weise als eingetreten zu gelten hat, von dem allgemein anerkannten Grundsatz auszugehen, daß bei der Bilanzaufstellung nichtrealisierte Verluste in der gleichen Weise wie realisierte Verluste zu behandeln sind und ebenso wie diese das Bilanzergebnis beeinflussen.³⁾

Bei Abnahmeverpflichtungen droht dann ein zu berücksichtigender Verlust, wenn der voraussichtliche Verkaufspreis der Waren zuzüglich der anfallenden Verkaufskosten niedriger ist als der vertraglich festgelegte Einstandspreis, und zwar ist mit Verkaufspreis der Preis der Waren am Umsatztag gemeint, nicht etwa der Preis der Waren am Bilanzstichtag bzw. am Tag der Bilanzaufstellung. Da der Verkaufspreis am Umsatztag dem Bilanzierenden nicht bekannt ist, muß er auf Grund der Preisverhältnisse am Bilanzstichtag, am Tag der Bilanzaufstellung auf Grund der Preisentwicklung geschätzt werden. Bei fallen-

1) BFH vom 5. 11. 1957 - BStBl. 1958, III, S. 24

2) RFH vom 24. 1. 1933 - RStBl. 1933, S. 337

3) RFH vom 4. 11. 1925 - StW. 1926, Nr. 6

der Preistendenz muß also der Preis am Umsatztag niedriger geschätzt werden als der Preis am Tag der Bilanzaufstellung.

Steuerrechtlich wird die Höhe der Rückstellung als Differenz zwischen Teilwert des Gegenstandes am Bilanzstichtag und der Kaufpreisschuld errechnet. Ein Käufer des gesamten Unternehmens wird die vorstehend durchgeführte Überlegung anstellen und zum gleichen Ergebnis gelangen. Auch die Rechtsprechung hat anerkannt, daß der Käufer einen Preissturz kurz nach dem Bilanzstichtag berücksichtigen würde, wenn dieser schon am Bilanzstichtag zu erwarten war.¹⁾

Verluste aus Abnahmeverträgen können ferner drohen, wenn diese Verträge eine Fehldisposition wegen zu großer Einkaufsmengen waren. Auch diese Verluste können in der Steuerbilanz berücksichtigt werden.²⁾

Nicht jedoch darf für ein allgemeines Konjunkturrisiko, das nicht unmittelbar die in Frage stehenden Geschäfte angeht, eine Rückstellung gebildet werden. Eine solche Rückstellung wäre aber auch weder handelsrechtlich noch aus Gründen einer genauen Jahresrechnung erforderlich.

Wenn es sich bei den schwebenden Geschäften um Lieferungsverpflichtungen handelt, drohen aus diesen Geschäften dann Verluste, wenn zu erwarten ist, daß die Selbstkosten höher liegen werden als der vereinbarte Kaufpreis.

"Solche Geschäfte können aus einer von vornherein unzureichenden Preisstellung (z.B. falsche Kalkulation oder wegen bewußt zu niedrigem Angebotspreis) sowie wegen

1) BFH vom 26. 1. 1956 - BStBl. 1956, III, S. 113

2) BFH vom 3. 7. 1956 - BStBl. 1956, III, S. 248

später eingetretener Kostenerhöhung resultieren¹⁾, und zwar sind nicht die Kostenerhöhungen bis zum Bilanzstichtag, sondern die Kostenerhöhung zu berücksichtigen, mit der bis zum Lieferungszeitpunkt zu rechnen ist. Dieser Auffassung wird auch in einer Rundverfügung der OFD Freiburg Rechnung getragen.²⁾

Exkurs: Die Besteuerung von Scheingewinnen als besonderes
Risikoproblem bei nomineller Rechnung

Ein Risikoproblem besonderer Art entsteht durch den Ausweis von Scheingewinnen. Das Risiko liegt darin begründet, daß bei steigenden Preisen die Erhaltung des realen Kapitals gefährdet ist, wenn der auf Grund einer nominellen Rechnung ermittelte Gewinn voll der Besteuerung unterworfen wird. Um bei steigenden Preisen die reale Kapitalerhaltung zu erreichen³⁾, wäre es notwendig, den Verbrauch zu den jeweiligen Wiederbeschaffungskosten und nicht zu den (niedrigeren) tatsächlich gezahlten Preisen für den Einsatz anzusetzen. Die Differenzen zwischen den tatsächlich gezahlten Preisen für den Einsatz und den entsprechenden Wiederbeschaffungspreisen ist besonders groß bei Einsätzen, bei denen eine größere Zeitspanne zwischen Einkauf der Einsätze und dem Verkauf der daraus gefertigten Produkte liegt. Das sind vor allem abnutzbare Anlagegüter und Materialien (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe). Da ständig steigende Preise auf längere Sicht nur denkbar sind bei einer günstigen Absatzlage, wäre es dem Unternehmen normalerweise durchaus möglich, den höhe-

1) s. Haas-Oechsner, a.a.O., Bd. 2, S. 456

2) Rundverfügung der OFD Freiburg vom 14. 10. 1957 (zit. nach Haas-Oechsner, a.a.O., Bd. 2, S. 456)

3) vgl. zu den nachfolgenden Ausführungen insbesondere: Schnettler, A., Betriebsanalyse, a.a.O., S. 28 ff.

ren Aufwand (bewertet zu Wiederbeschaffungskosten) im Erlös hereinzubekommen. Das Risiko, unter den gegebenen Umständen die reale Kapitalerhaltung nicht zu erreichen, ist somit in erster Linie eine abrechnungstechnische Schwierigkeit und eine Frage der Besteuerung.

Ein Ansatz der Verbrauchselemente zu Wiederbeschaffungspreisen bei laufend steigenden Preisen würde bedeuten, daß für den Einsatz insbesondere von abnutzbaren Anlagen und von Material (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) auf lange Sicht ein höherer Verbrauch angesetzt werden müßte, als es den Einstandspreisen für diese Verbrauchselemente entsprechen würde. Im Rahmen kontinuierlicher Jahresabschlußrechnungen würde aber ein solches Verfahren - abgesehen von dem nur theoretisch denkbaren Fall ständig steigender Investitionen - zu negativen Beständen für die genannten Einsätze führen, d.h. ein solches Verfahren ist im Rahmen kontinuierlicher Jahresabschlußrechnungen nicht möglich.¹⁾ Die Forderung, den Verbrauch in der Jahresrechnung zu Wiederbeschaffungspreisen anzusetzen, schließt notwendigerweise auch die Forderung nach einer Aufgabe der Bilanzkontinuität ein. In Anbetracht der großen Vorteile einer kontinuierlichen Jahresrechnung auf der Basis der Einstandspreise im Hinblick auf die Kontrollmöglichkeit und damit auf die Beweisfähigkeit, die nicht gegeben sind bei einer Rechnung, bei der die Verbrauchselemente zu Wiederbeschaffungspreisen verrechnet werden, kann weder in der Handelsbilanz noch in der Steuerbilanz vom Grundsatz der Bilanzkontinuität abgegangen werden.

Eine Frage für sich ist, ob in der Steuerbilanz Gewinnmanipulationen möglich sind. In diesem Zusammenhang interessiert die Möglichkeit, auf Grund falscher Periodi-

1) vgl. Schnettler, A., Betriebsanalyse, a.a.O., S. 107

fizierung den Aufwand in früheren Jahren zugunsten späterer Jahre überhöht auszuweisen. Diese Möglichkeit besteht in der Steuerbilanz für abschreibungsbedürftige Anlagen. Insbesondere wenn die Anlageinvestitionen von Jahr zu Jahr steigen, ist es über längere Zeiträume möglich, bei Anwendung der degressiven Abschreibungsmethoden¹⁾ von Jahr zu Jahr höhere Abschreibungen zu verrechnen, als es unter der Voraussetzung gleicher Leistungsfähigkeit der Anlagen über die gesamte Lebensdauer für die einzelnen Jahre erforderlich wäre. Entsprechend wirkt die vorsichtige, d.h. zu kurze Schätzung der Nutzungsdauer für die einzelnen Anlagegüter. Eine weitere Möglichkeit der Gewinnmanipulation bietet das steuerlich zulässige Festwertverfahren bei der Bewertung des beweglichen Anlagevermögens, z.B. bei Werkzeugen, Stanzen, Hotelgeschirr.²⁾ Hierbei wird von Jahr zu Jahr der gleiche Bestand aktiviert, sofern sich nicht der Geschäftsumfang erheblich ändert. (Bei Änderung des Geschäftsumfanges ist eine Neufestsetzung des eisernen Bestandes erforderlich.) Alle Zugänge werden im Jahre der Anschaffung voll als Aufwand verbucht. In Zeiten laufender kleiner Preissteigerungen wird damit - abgesehen von kleineren mengenmäßigen Bestandsveränderungen - der Verbrauch stets mit den jüngsten Preisen bewertet.

Bei den Vorräten ist eine überhöhte Aufwandserfassung zugunsten späterer Jahre durch die steuerliche Vorschrift, daß die Bestände an Vorräten zu Durchschnittspreisen anzusetzen sind³⁾, praktisch nicht möglich.

Die vorstehenden Möglichkeiten der Gewinnmanipulation

- 1) Zur Frage der Zulässigkeit der degressiven Abschreibungsmethoden in der Steuerbilanz vgl. Ausführungen S.
- 2) vgl. RdF-Erlaß vom 20. 12. 1934, RStBl. 1935, S. 2, ferner: RPH vom 16. 12. 1936 - RStBl. 1937, S. 272
- 3) vgl. Abschnitt 36, Abs. 2, Einkommensteuerrichtlinien 1958

beim Anlagevermögen können die reale Kapitalerhaltung bei ständigen kleinen Preiserhöhungen wohl über einige Jahre hinweg, nicht aber auf die Dauer gewährleisten, da sich früher oder später die in den ersten Jahren gebildeten stillen Reserven in einer kontinuierlichen Rechnung automatisch wieder auflösen, abgesehen von dem oben ange deuteten, nur theoretisch denkbaren Fall ständig steigender Nettoinvestitionen. Nur wenn bis zu dem Zeitpunkt, in dem die stillen Reserven aufgelöst werden, die Preissituation umschlägt (sinkende Preise), kann mit Hilfe der oben angeführten Gewinnmanipulationen der Ausweis von Scheingewinnen durch Preissteigerungen beim Anlagevermögen vermieden werden.

Eine weitere Möglichkeit zur Vermeidung des Ausweises von Scheingewinnen besteht darin, daß der Scheingewinn in einer Nebenrechnung ermittelt und in dessen Höhe eine Substanzerhaltungsrücklage gebildet wird¹⁾, sofern in der Steuerbilanz diese Rücklagen steuerfrei bleiben.

Eine generelle Möglichkeit, steuerfreie Substanzerhaltungsrücklagen zu bilden, besteht nicht. Lt. § 74 EStDV 1958 ist jedoch eine Preissteigerungsrücklage für Vorräte vorgesehen unter der Voraussetzung, daß deren Börsen- oder Marktpreis am Schluß des zu bilanzierenden Wirtschaftsjahres um mehr als 10 % gegenüber dem Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres gestiegen ist. Bei der Berechnung der Preissteigerungsrücklage, die im einzelnen im § 74 EStG festgelegt ist, bleibt die Preissteigerung von 10 % (Selbstbehalt) unberücksichtigt. Die Rücklage muß bis spätestens Ende des folgenden

1) Die Bezeichnung "Rücklage" ist m.E. nicht zutreffend. Es handelt sich bei der "Substanzerhaltungsrücklage" um einen Korrekturposten zur Ermittlung des Gewinns (unter dem Gesichtspunkt der realen Kapitalerhaltung) und nicht um einen Posten der Gewinnverteilung!

sechsten Wirtschaftsjahres gewinnerhöhend aufgelöst sein.

Der Vorschrift über die Auflösung der Rücklage liegt die Annahme zugrunde, daß die Preise im sechsjährigen Zyklus schwanken.¹⁾ Der Ausweis von Scheingewinnen durch Preissteigerungen bei den Vorräten über längere Zeit kann damit nicht verhindert werden, abgesehen davon, daß Scheingewinne durch kleinere Preissteigerungen gar nicht berücksichtigt werden. Die Preissteigerungsrücklage hat somit die gleichen Auswirkungen wie die Gewinnmanipulationen beim abnutzbaren Anlagevermögen.

II. Hauptteil: Die Auswirkungen der in der Steuerbilanz berücksichtigten Risiken auf die Höhe der Einkommen-/Körperschaftsteuerschuld

Nachdem die Möglichkeit zur Berücksichtigung von Risiken im Rahmen der Ertragssteuerbilanz erörtert worden sind, stellt sich nun die Frage, wie sich die Berücksichtigung der Risiken in der Steuerbilanz auf die Einkommensteuer-/Körperschaftsteuer - oder genauer gesagt - auf die Einkommensteuer-/Körperschaftsteuerschuld des Gewerbetreibenden auswirkt.

Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß besondere Maßnahmen der Risikoberücksichtigung - wie etwa geringere steuerliche Belastung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb im Vergleich zu anderen Einkunftsarten im Hinblick auf die besondere Risikobedrohung der gewerblichen Einkünfte oder Freilassung eines Teiles des gewerblichen Gewinns

1) vgl. Walg, L., Stichwort: Steuerfreie Rücklagen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 4719

als Risikoprämie usw. - nicht gegeben sind. Im geltenden Einkommensteuer-/Körperschaftssteuerrecht werden die Einkünfte aus Gewerbebetrieb wie die übrigen, weniger risikobedrohten Einkunftsarten behandelt. Eine derartige Sonderbehandlung der gewerblichen Einkünfte bei der Einkommenbesteuerung wäre aber auch nicht erforderlich, soweit die Risiken bereits bei der Ermittlung des Jahresergebnisses im Rahmen der Steuerbilanz berücksichtigt werden, unter der Voraussetzung, daß sich die Risikoerfassung in der Steuerbilanz auch entsprechend bei der Festlegung der Einkommen-/Körperschaftssteuer auswirkt.

Wie im I. Hauptteil nachgewiesen wurde, ist die Erfassung drohender Risiken in der Ertragssteuerbilanz zwar nicht in allen Fällen entsprechend den theoretischen Erfordernissen gewährleistet. Die nicht rechtzeitig in der Bilanz erfaßten Risiken finden jedoch spätestens ihren Niederschlag in der G.u.V.-Rechnung derjenigen Abrechnungsperiode, in der sich die Risiken realisieren, d.h. in der die risikobedrohte kaufmännische Maßnahme ihren Abschluß findet (Zeitpunkt der Realisierung des Risikos). Sieht man daher nicht die einzelne Jahresbilanz, sondern die Abschlüsse über einen längeren Zeitraum als ein Jahr, evtl. die Abschlüsse von der Gründung bis zur Liquidation des Unternehmens, so wirken sich letztlich alle Risiken, soweit sie zu Verlusten führen, spätestens bei der Realisierung des Risikos in der G.u.V.-Rechnung aus.

Um die Auswirkungen der in der Steuerbilanz berücksichtigten Risiken auf die Einkommensteuer-/Körperschaftsteuerschuld zu untersuchen, müssen zwei Situationen unterschieden werden:

1. Situation: Trotz Berücksichtigung der Risiken bei der Ermittlung des Jahresergebnisses ergibt sich ein Jahresgewinn.
2. Situation: Durch die Berücksichtigung der Risiken bei der Ermittlung des Jahresergebnisses ergibt sich ein Jahresverlust.

A. Die Auswirkungen bei einem positiven Jahresergebnis

Die Verrechnung von Aufwand für bestehende Risiken ist nicht gleichbedeutend mit einem Jahresverlust. Durch die während des abgeschlossenen Wirtschaftsjahres getätigten und im Jahresabschluß abgerechneten Gewinn-Geschäfte können die verrechneten Aufwendungen für drohende Risiken mehr als überkompensiert werden.

Solange durch die Risikoerfassung in der Steuerbilanz kein Jahresverlust entsteht, ist die Auswirkung der Risikoerfassung auf die Einkommen-/Körperschaftssteuerschuld ohne weiteres gegeben. Da das um die Aufwendungen für drohende Risiken geminderte Jahresergebnis bei der anschließenden Berechnung des Einkommens zugrunde gelegt wird, von dem dann die Einkommen-/Körperschaftssteuerschuld berechnet wird, wird durch den infolge der Risikoberücksichtigung geminderten Jahresgewinn automatisch das Einkommen und damit auch die Einkommen-/Körperschaftssteuerschuld entsprechend gemindert.

B. Die Auswirkungen bei einem negativen Jahresergebnis

1. Die Notwendigkeit der steuerlichen Berücksichtigung von Jahresverlusten als Voraussetzung einer vollständigen Risikoberücksichtigung

Probleme treten dann auf, wenn die Risikoberücksichtigung in der Steuerbilanz zu einem Verlustabschluß führt.

Wenn diese Situation auch einen Sonderfall darstellt, so ist dieser Fall jedoch sehr bedeutsam für die Risikoerfassung, und zwar einmal deshalb, weil die Eigenart des Risikos darin besteht, daß es nicht regelmäßig auftritt. Der in den einzelnen Jahren für drohende Risiken zu verrechnende Aufwand unterliegt somit großen Schwankungen. Insbesondere die ins Gewicht fallenden Risiken, die einen großen Einfluß auf das Jahresergebnis haben, treten nur

von Zeit zu Zeit auf. Vor allem durch das Zusammentreffen dieser Risiken in einer Rechnungsperiode kann die Situation entstehen, daß der für diese Risiken zu verrechnende Aufwand die in der Rechnungsperiode erzielten Gewinne aus anderen Geschäften übersteigt. Zum andern ist diese Situation (Eintritt eines Jahresverlustes) ausschließlich eine Folge des Risikos, wenn man nicht nur an die Erfassung drohender Risiken, sondern auch an die Realisierung nicht in früheren Abrechnungsperioden erfaßter Risiken und ihre Auswirkung auf die G.u.V.-Rechnung denkt. Ohne das Vorhandensein von Risiken ist ein negatives Jahresergebnis nicht denkbar.

Das Problem der Berücksichtigung von Risiken bei der Einkommen-/Körperschaftsteuerschuld in dieser Situation liegt darin begründet, daß das Einkommensteuer-/Körperschaftssteuerrecht grundsätzlich nur positive Einkünfte erfaßt.

Würden die durch die Risikoberücksichtigung in der Steuerbilanz entstandenen Jahresverluste bei der Besteuerung nicht berücksichtigt, so bliebe die Erfassung der Risiken in der Steuerbilanz insoweit steuerlich unwirksam.

Hierbei ist zu beachten, daß sich in diesem Falle auch in späteren Rechnungsperioden z.B. bei der Realisierung der Risiken steuerlich keine Auswirkungen ergeben würden. Soweit die Verluste aus einzelnen kaufmännischen Leistungen vorweggenommen sind, ergibt sich bei Abschluß des betreffenden Verlustgeschäftes keine Auswirkung mehr auf die G.u.V.-Rechnung. Handelt es sich z.B. um Verluste aus der Veräußerung eines Wirtschaftsgutes und würde dieser Verlust in einer früheren Rechnungsperiode voll erfaßt, entspricht der Bilanzwert des veräußerten Gegenstandes im Zeitpunkt der Veräußerung dem Veräußerungspreis.

Die steuerliche Auswirkung der bei der Bilanzierung erfaßten Risiken hängt daher für den Fall, daß die Risiko-

berücksichtigung zu einem Jahresverlust führt davon ab, ob Jahresverluste bei den Einkünften aus Gewerbebetrieb bei der Festlegung der Steuerschuld in vollem Umfange berücksichtigt werden.

Eine nur unvollständige Berücksichtigung der Risiken gewerblicher Unternehmen würde dem Gedanken einer Reinertragssteuer widersprechen. Das Äquivalent für die mannigfachen Risiken, die der Kaufmann übernimmt, ist die im Gewinn enthaltene Risikoprämie. Wenn der Fiskus auf der einen Seite in Gewinnjahren den vollen Jahresgewinn zur Besteuerung heranzieht - einschließlich derjenigen Teile des Gewinns, die als Risikoprämie anzusehen sind - muß auf der anderen Seite in Verlustjahren dem Steuerpflichtigen eine entsprechende steuerliche Entlastung gewährt werden, wenn dem Gedanken einer Reinertragsbesteuerung Rechnung getragen werden soll.

2. Die Möglichkeiten der Berücksichtigung gewerblicher Verluste in grundsätzlicher Sicht

Bei den nachfolgenden grundsätzlichen Erörterungen der Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Jahresverlusten wird aus didaktischen Gründen eine isolierte steuerliche Erfassung der gewerblichen Erfolge unterstellt.

Für den Fall, daß nicht die einzelnen Einkommensarten für sich besteuert werden, sondern die Einkünfte aus den verschiedenen Einkunftsarten im Rahmen einer allgemeinen Einkommensteuer erfaßt werden, ist eine Aufrechnung von positiven und negativen Einkunftsarten möglich. Die Wirksamkeit dieses Verlustausgleichs ist davon abhängig, ob die einzelnen Steuerpflichtigen neben dem Verlust aus Gewerbebetrieb andere ausgleichsfähige Einkünfte in entsprechender Höhe bezogen haben. Vom grundsätzlichen Standpunkt aus ergeben sich beim Verlustausgleich keine

Besonderheiten.

a) Die Besteuerung nach dem mehrjährigen Durchschnitt

Die Notwendigkeit einer Berücksichtigung von Jahresverlusten ist in der Literatur¹⁾ immer schon mit dem Hinweis auf die Bedeutung des Totalergebnisses für die steuerliche Leistungsfähigkeit und der daraus folgenden Forderung nach einer Gewinnkongruenz zwischen den einzelnen Jahresergebnissen und dem Totalergebnis begründet worden. Eine Kongruenz zwischen Jahresergebnissen und Totalergebnis liegt nur vor, wenn negative Jahresergebnisse mit positiven Jahresergebnissen aufgerechnet werden.

Die bedingte Bedeutung des einzelnen Jahresergebnisses liegt darin begründet, daß die am Bilanzstichtag drohenden Risiken nicht genau in der Bilanz erfaßt werden können. Die Risikoberücksichtigung kann einmal fehlerhaft sein, weil alle Risiken nur geschätzt werden können, zum andern besteht die Gefahr, daß am Bilanzstichtag drohende Risiken vom Bilanzierenden nicht erkannt und damit nicht bei der Bilanzierung erfaßt werden. Der Erfolg eines Unternehmens läßt sich daher - unter der Voraussetzung einer nominellen Rechnung - nur exakt bestimmen, wenn man eine Rechnung für die gesamte Lebensdauer des Unternehmens aufstellt, d.h. wenn man den Totalerfolg berechnet. Obschon aus praktischen Gründen jährliche Zwischenabrechnungen d.h. Jahresabschlüsse notwendig sind²⁾, so ist aus diesem Grunde letztlich doch nur der

1) vgl. Wall, F., Grundsätzliche Erwägungen zur Handels- und Steuerbilanz, Stuttgart 1952, S. 83, ferner: Haas, R., Recht und Rechnungswesen, Wien 1949, S. 319 ferner: Aufermann, E., Einkommensteuerbilanz und Verlustkompensation, Köln-Berlin 1959, S. 30 f.

2) s. Schmalenbach, E., Dynamische Bilanz, 11. Auflage, Köln und Opladen 1953, S. 49/50

Totalerfolg maßgebend.¹⁾

Eine konsequente Folge dieser Überlegungen ist die Forderung, an Stelle des Jahresergebnisses wenn auch nicht das Totalergebnis so doch wenigstens das Durchschnittsergebnis einer Reihe von Jahren als Steuerbemessungsgrundlage anzusetzen. So bestimmte das Preussische Einkommensteuergesetz vom 24. 6. 1891 in § 10: "... ihrem Betrag nach unbestimmte oder schwankende Einnahmen sowie das steuerpflichtige Einkommen der Aktiengesellschaften usw. (§ 16)" ... sind ... "nach dem Durchschnitt der drei der Veranlagung unmittelbar vorangegangenen Jahre ... zu berechnen." Bei der Berechnung des Jahresdurchschnittes wurden Verluste gem. Art. 5 der Anweisung vom 5. 8. 1891 als Minusbeträge behandelt.²⁾ Daß die Besteuerung nach dem 3-Jahres-Durchschnitt nicht unbedingt mit einem Verlustausgleich verbunden sein muß, zeigen die Einkommensteuergesetze des Königreiches Sachsen und der Hansestädte vor dem 1. Weltkrieg, die Verlustergebnisse bei der Errechnung des Durchschnitts mit null ansetzten.

Weitere Beispiele für die Anwendung der Durchschnittsbe-

-
- 1) Haas sagt dazu: "Die Erkenntnis, daß die Besteuerung einzelner, aus der Gesamtdauer einer Unternehmung herausgerissener Jahresabschnitte bei aller steuertechnischen Notwendigkeit etwas Willkürliches ist, ... war schon vor hundert Jahren gefühlt, wenn auch damals noch nicht klar erkannt worden." (Haas, R., Recht und Rechnungswesen, Wien 1949, S. 319)
 - 2) Artikel 5 der Anweisung vom 5. 8. 1891 bestimmte: "Die bei Rechnung des Durchschnitts in Betracht kommenden Jahre bilden insofern eine Einheit, als der Verlust eines Jahres in dem Gewinn der anderen Jahre in Abzug gebracht wird." (zit. nach Auffermann, E., Einkommensteuerbilanz und Verlustkompensation, Köln-Berlin 1959, S. 62)

steuerung in jüngerer Zeit finden wir in der britischen Steuergesetzgebung bis 1926 für gewerbliche Einkünfte und im Berner Gesetz von 1944 (Eidgenössische Wehrsteuer).¹⁾

Die Durchschnittsbesteuerung gewährleistet auch bei der Anrechnung von Jahresverlusten als Minusbeträge nicht unbedingt einen vollen Verlustausgleich. Inwieweit Verluste berücksichtigt werden, hängt ab:

1. von der Anzahl der Jahre, für die der Durchschnitt berechnet wird,
2. von der Höhe der Gewinne und Verluste in diesem Zeitraum,
3. von der Reihenfolge der Gewinne und Verluste in dem Zeitraum.

Bei relativ hohen Verlusten und beim Auftreten mehrerer Verlustjahre nacheinander besteht die Gefahr, daß eine volle Verlustkompensation über die Gesamtdauer der Unternehmung nicht erreicht wird. Das bedeutet, daß in diesem Fall insgesamt ein höherer Betrag versteuert werden muß, als der Totalgewinn bzw. der Gesamtgewinn des betrachteten Zeitraumes beträgt.

1) vgl. Blumenstein, J., Zur zeitlichen Bemessung des Einkommens im neuen (bernischen) Steuergesetz, in: Monatsschrift für bernisches Verwaltungsrecht und Notariatswesen, Bd. 44, S. 209

Jahr	Jahresgewinn	Durchschnittsgewinn, der bei der Besteuerung zugrunde gelegt wird		
		3-Jahres-Durchschnitt	4-Jahres-Durchschnitt	5-Jahres-Durchschnitt
1	50			
2	50			
3	50			
4	50			
5	50	50	50	50
6	-60	13,3	22,5	28
7	-20	-	5	14
8	10	-	-	6
9	-30	-	-	-
10	20	-	-	-
11	50	13,3	12,5	14
12	50	40	22,5	20
13	50	50	42,5	28
14	50	50	50	44
170		216,6	205	204

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, ist die Wahrscheinlichkeit, daß alle Verluste in voller Höhe mit entsprechenden Gewinnen kompensiert werden, umso größer, je mehr Jahre bei der Durchschnittsbildung erfaßt werden.¹⁾

Abgesehen davon, daß eine Durchschnittsbesteuerung den theoretischen Vorbehalten gegenüber dem Jahresergebnis am weitesten von allen möglichen Formen der Einkommenbesteuerung entgegenkommt, ist der Vorteil der Durchschnitts-

1) vgl. Blumenstein, E., System des Steuerrechts, Bd. 1, 2. Aufl., Zürich 1951, S. 179

besteuerung darin zu sehen, daß Bewertungsfragen, die nur zu einer Verlagerung von Aufwendungen und Erträgen in andere Rechnungsperioden führen, an Bedeutung verlieren.¹⁾²⁾ Viele Streitigkeiten über die Wertgebung in der Steuerbilanz, die heute zwischen Steuerpflichtigen und der Finanzverwaltung besonders anlässlich von Betriebsprüfungen auftreten, würden bei der Durchschnittsbesteuerung entfallen, da sich diese Gewinnmanipulationen - abgesehen von dem Fall, daß Tarifänderungen eintreten - kaum auf die Besteuerung auswirken würden.

Weitere Vorteile der Durchschnittsbesteuerung bestehen bei progressiven Tarifen. Steuerpflichtige mit von Jahr zu Jahr schwankenden Einkommen werden nicht stärker mit Steuern belastet als Steuerpflichtige mit gleichbleibendem Einkommen. Da gerade die risikoreichen Einkommen stärker schwanken als weniger risikobehaftete Einkommensarten, kann man sagen, daß durch die Durchschnittsbesteuerung bei progressivem Tarif eine tarifliche Diskriminierung der risikoreichen Einkommen vermieden wird.

Die Durchschnittsbesteuerung weist auf der anderen Seite große Nachteile auf. Diese Nachteile resultieren daraus, daß bei sinkendem Jahreseinkommen die Einkommensteuer von einem Betrag gerechnet wird, der höher ist als der Jahresgewinn, so daß sich selbst in Verlustjahren ein positiver Durchschnitt ergeben kann. Wenn auch ein Unternehmen bei einem Verlustabschluß durchaus nicht

-
- 1) vgl. Stellungnahme des Reichsministers der Finanzen zum Problem der Durchschnittsbesteuerung, in: Denkschrift über die Besteuerung nach dem dreijährigen Durchschnitt und die Abzugsfähigkeit des Verlustvortrages bei der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer, Reichstagsdrucksache Nr. 940, IV. Wahlperiode 1928, S. 11
- 2) Über die Möglichkeiten der Gewinnbeeinflussung vgl. insbesondere Schnettler, A., Betriebsanalyse, a.a.O., S. 106 f.

liquide zu sein braucht, so wird doch die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens erheblich beeinträchtigt, wenn sich die Verlustabschlüsse häufen. Daher sind die Befürchtungen berechtigt, daß bei der Durchschnittsbesteuerung auf Grund dieser Tatsache Unternehmen mit Verlustabschlüssen die Finanzverwaltung mit Stundungsanträgen überschwemmen werden und die Finanzverwaltung in diesen Fällen erhebliche Schwierigkeiten mit der Beitreibung der Steuergelder haben wird und daß in Krisenzeiten auch mit beachtlichen Steuerausfällen zu rechnen ist. Es ist sowohl vom Standpunkt des Steuerpflichtigen als auch vom Standpunkt des Fiskus notwendig, daß die Zahlung der Steuer möglichst nahe an den Zeitpunkt herangerückt wird, in dem das Einkommen, das versteuert werden soll, dem Steuerpflichtigen zufließt. Da dieses Erfordernis bei einer Besteuerung nach dem mehrjährigen Durchschnitt nicht gegeben ist, erscheint diese Art der Besteuerung trotz der günstigen progressionschwächenden Wirkung bei schwankendem Einkommen nicht geeignet.¹⁾

b) Der Verlustvortrag

Grundsätzlich sollte daher die Besteuerung an das Jahresergebnis anknüpfen. Eine Verlustberücksichtigung kann dann nur dadurch erfolgen, daß bei Verlustabschlüssen eine Verrechnung des Verlustes mit Ergebnissen in angrenzenden Gewinnjahren erfolgt. Dabei kann der Verlust

1) Dieses Argument stand auch im Bericht der Royal Commission on the Income Tax vom Jahre 1919/20 im Vordergrund, in dem die Royal Commission die Aufhebung der Durchschnittsbesteuerung in England vorschlug (vgl. Denkschrift über die Besteuerung nach dem dreijährigen Durchschnitt, a.a.O., S. 7). Ebenfalls spielte dieses Argument neben fiskalischen Erwägungen eine Rolle bei der Ablehnung der Einführung einer Besteuerung nach dem Dreijahresdurchschnitt im Jahre 1929 (vgl. Denkschrift über die Besteuerung nach dem dreijährigen Durchschnitt, a.a.O., S. 90).

mit Gewinnen in den unmittelbar folgenden oder unmittelbar vorangegangenen Jahren verrechnet werden. Selbstverständlich ist auch eine Kombination der beiden Möglichkeiten denkbar.

Die Verrechnung des Verlustes mit Gewinnen späterer Jahre bedeutet: im Verlustjahr beträgt die zu zahlende Steuer null. In den Folgejahren ist so lange keine Steuer zu zahlen, bis die Gesamtsumme der Gewinne der Folgejahre den Jahresverlust übersteigt. Der Jahresverlust führt somit in den folgenden Gewinnjahren zu einer steuerlichen Entlastung für den Steuerpflichtigen, im Verlustjahr selbst ergeben sich keine Auswirkungen.

Die Möglichkeit des Verlustvortrages kann zeitlich unbegrenzt, sie kann aber auch zeitlich begrenzt sein (3 oder 5 Jahre). Bei zeitlich begrenztem Verlustvortrag entsteht die Frage, in welcher Reihenfolge die Verluste aus mehreren aufeinanderfolgenden Jahren berücksichtigt werden. Die für den Steuerpflichtigen günstigste Regelung wäre die, wenn der älteste Verlust zuerst kompensiert würde.

Die Verrechnung von Verlusten mit Gewinnen späterer Jahre kann dadurch erfolgen, daß Jahresverluste in der Bilanz des folgenden Jahres als Verlustvortrag gebucht werden und damit die Gewinne dieses Jahres um den Verlustvortrag gekürzt werden. Die Verlustberücksichtigung wird damit zu einer Frage der steuerlichen Gewinnermittlung. Diesem Verfahren der Verlustberücksichtigung liegt die Vorstellung zugrunde, daß die steuerliche Leistungsfähigkeit, gemessen am eingesetzten Kapital, nicht gemindert werden soll (Jahresverluste werden im Verlustjahr nicht mit dem Eigenkapital saldiert).

Eine Verlustberücksichtigung in dieser Form war - allerdings in sehr eingeschränktem Maße - im Körperschaftsteuergesetz vom 10. 8. 1925 vorgesehen. Gemäß § 15 Ziff. 3 konnten bei Erwerbsgesellschaften Beträge zur Beseitigung eines aus einem früheren Steuerabschnitt stammenden Betriebsverlustes, durch den das Grund- oder Stammkapital angegriffen war - Unterbilanz -, abgezogen werden. Die wesentliche Einschränkung dieser Vorschrift lag darin, daß die Verluste nur abzugsfähig waren, soweit sie die gesetzlichen und freiwilligen Rücklagen überstiegen.¹⁾

Eine weitere rechentechnische Möglichkeit der Berücksichtigung von Verlusten bei der Einkommensbesteuerung späterer Jahre besteht darin, die Vorjahresverluste außerhalb der Bilanz zu berücksichtigen, indem sie entweder vom Gewinn aus Gewerbebetrieb oder vom Gesamtbetrag der Einkünfte (z.B. im Rahmen der Sonderausgaben) abgezogen werden.

Werden die Verluste vom Gewinn aus Gewerbebetrieb in den folgenden Jahren abgezogen, ergibt sich gegenüber der vorstehenden Methode der Saldierung mit dem Verlustvortrag kein Unterschied. Bei dieser Regelung bleibt der zeitliche Ausgleich von Gewinnen und Verlusten auf die betreffende Einkunftsart beschränkt.

Für den Steuerpflichtigen günstiger ist die Regelung, wenn Vorjahresverluste vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzugsfähig sind. In diesem Fall können auch andere positive Einkünfte als Gewinne aus Gewerbebetrieb zum Ausgleich herangezogen werden. Nachteilig könnte diese Regelung nur werden, wenn der Verlustvortrag als beschränkt abzugsfähige Sonderausgabe behandelt würde.

1) Nachdem 1929 gleichzeitig die Möglichkeit eines zehnjährigen Verlustvortrages geschaffen wurde, konnten auch die durch die Unterbilanzrechnung nicht ausgeglichenen Verluste bei der Besteuerung berücksichtigt werden (vgl. Auffermann, E., a.a.O., S. 64).

Inwieweit der Verlustvortrag geeignet ist, eine volle Verlustberücksichtigung zu gewährleisten, hängt ab von der zeitlichen Verteilung der Verluste und Gewinne und von der Länge des Ausgleichszeitraumes.

Bei zeitlich unbegrenztem Verlustvortrag können alle Verluste ausgeglichen werden, soweit in den Folgejahren entsprechend hohe Gewinne erzielt werden. Das ist nicht der Fall, wenn ein Unternehmen wegen mangelnder Rentabilität liquidieren muß. Dann könnten die Verluste der letzten Jahre nicht kompensiert werden.

Bei dem zeitlich begrenzten Verlustvortrag kommt hinzu, daß auch bei laufenden Unternehmen zwischenzeitliche Verluste nicht ausgeglichen werden können, wenn innerhalb des Ausgleichszeitraumes keine entsprechenden Gewinne erzielt werden.

Beim Verlustvortrag ergeben sich folgende Auswirkungen auf das Unternehmen:

In Verlustjahren ist lediglich keine Steuer zu zahlen. In den auf die Verlustjahre folgenden Gewinnjahren ist im Hinblick auf die in den Vorjahren erlittenen Verluste die Steuerbemessungsgrundlage kleiner als bei einer isolierten Besteuerung des Jahresergebnisses. U. U. ist auch in den ersten Gewinnjahren keine Steuer zu entrichten (solange die Summe der nachfolgenden Gewinne kleiner als die nicht kompensierten Jahresverluste), d.h., die Einkommensteuerschuld ist niedriger, damit geringerer Entzug an liquiden Mitteln für Steuerzahlungen, ferner Erleichterung bei der Kapitalbildung im Gegensatz zu Unternehmen mit gleich hohem Jahresgewinn, aber ohne ausgleichsfähige Verluste.

Im Gegensatz zur Durchschnittsbesteuerung gibt es zwar

einen Ausgleich zwischen positiven und vorhergehenden negativen Jahresergebnissen aber keinen Ausgleich bei schwankenden Ergebnissen verschiedener Jahre, solange sie positiv sind.

Diese Tatsache ist bedeutungslos bei einem proportionalen Steuertarif. Sie wird aber zu einer Benachteiligung für Unternehmen mit schwankenden Jahresergebnissen - also für Unternehmen, die großen Risiken ausgesetzt sind - bei einem progressiven Tarif (z.B. Einkommensteuertarif).

c) Der Verlustrücktrag

Der Verlustrücktrag ist nur außerhalb der Bilanz in einer besonderen Rechnung möglich. Der Jahresverlust mindert die Steuerbemessungsgrundlage vorhergehender Jahre. Dadurch wird eine Neuveranlagung für das vorhergehende und evtl. für weitere, noch frühere Jahre erforderlich, die zu einer nachträglichen Steuerermäßigung in den Vorjahren und damit zu einer Steuererstattung im Verlustjahr führt.

Bei einem zeitlich unbegrenzten Verlustrücktrag ist es aus verwaltungstechnischen Gründen am einfachsten, zunächst die Verluste mit den zeitlich unmittelbar vorausgehenden Gewinnen auszugleichen. Ist die Möglichkeit des Verlustrücktrages zeitlich begrenzt, ist es im Sinne einer möglichst weitgehenden Verlustkompensation am günstigsten, wenn das früheste noch zum Ausgleich zur Verfügung stehende Gewinnjahr zuerst kompensiert wird. Andernfalls würde bei einem Zusammentreffen mehrerer Verlustjahre die Ausgleichsperiode faktisch verkürzt.¹⁾

1) vgl. Karsten, J. F., Die steuerliche Behandlung gewerblicher Verluste, Berlin 1958, S. 115

Durch einen zeitlich unbegrenzten Verlustrücktrag könnten bei einem positiven Gesamtergebnis einer Unternehmung alle Verluste ausgeglichen werden mit Ausnahme etwaiger Jahresverluste, die vor dem ersten Gewinnjahr eingetreten sind und den darauf folgenden Verlusten, soweit die vorhergehenden Gewinne nicht zum vollen Ausgleich ausreichen. Bei neu gegründeten Industrieunternehmen fallen oft recht hohe Anlaufverluste an, ohne daß die gesamte Anlage damit unrentabel wäre. Selbst bei gründlicher Planung lassen sich Dispositionsfehler nicht vermeiden, technische Schwierigkeiten treten bei Ingebrauchnahme der Anlage auf, es wird einfach eine gewisse Zeit benötigt, um ein exaktes Zusammenspiel der neuen Aggregate herzustellen. In diesen Fällen ergeben sich in den ersten Rechnungsjahren durch die Anlaufschwierigkeiten Friktionsverluste. Diese Friktionsverluste zu Beginn eines Unternehmens könnten durch den Verlustrücktrag nicht ausgeglichen werden.

Beim zeitlich begrenzten Verlustrücktrag kommt hinzu, daß darüber hinaus auch alle Verluste nicht oder nur teilweise ausgeglichen werden können, denen im Ausgleichszeitraum keine gleich hohen Gewinne gegenüberstehen. Wann das der Fall ist, hängt ab:

- a) vom Ausgleichszeitraum
- b) von der zeitlichen Reihenfolge und der Höhe der einzelnen Gewinne und Verluste.

Eine allgemeine Aussage ist nicht möglich.

Liquiditätsmäßig gesehen hat der Verlustrücktrag eine günstige Wirkung auf die Unternehmen. Ergibt sich durch die Berücksichtigung drohender Risiken bei der Bilanzierung ein negatives Jahresergebnis, d.h. entsteht ein Jahresverlust, dann werden nach Durchführung der Veranlagung - im Verlustjahr - die nach Ausgleich des Verlustes mit früheren Gewinnen zuviel gezahlten Steuern

in den Vorjahren rückerstattet. Für das Unternehmen ergibt sich eine Zufuhr flüssiger Mittel, mit deren Hilfe der Unternehmer die durch den Eintritt der bei der Ermittlung des Jahresergebnisses berücksichtigten drohenden Risiken entstehenden Einzelverluste finanziell auffangen kann. Je nach Höhe der ausgleichsfähigen Gewinne in den Vorjahren könnte die Liquiditätszufuhr bei der Höhe der Einkommensteuer-/Körperschaftssteuertarife - gemessen am Verlust - sehr beachtlich sein.

Damit wirkt sich die Verlustberücksichtigung früher aus als bei dem Verlustvortrag, und zwar setzt die Verlustberücksichtigung, d.h. Steuerrückzahlung, im richtigen Zeitpunkt ein.

Jedoch soll nicht übersehen werden, daß auch hier ein zeitlicher Abstand zwischen der Risikoerfassung in der Bilanz und der Auswirkung der in der Bilanz berücksichtigten Risiken auf die Höhe der Einkommensteuerschuld liegt, weil zunächst einmal der Jahresabschluß festgestellt sein muß und dann noch eine gewisse Zeit mit dem Veranlagungs- und Rückerstattungsverfahren hingeht.

Hinsichtlich der steuertariflichen Auswirkung unterscheidet sich der Verlustrücktrag nicht vom Verlustvortrag. Das beim Verlustvortrag Gesagte gilt auch hier.

Von den Nachteilen des Verlustrücktrages bei Anfangsverlusten abgesehen, ist der Verlustrücktrag als Mittel zur Berücksichtigung des Risikos bei der Besteuerung vom Standpunkt der Unternehmung vorteilhafter als der Verlustvortrag.

Gegen den Verlustrücktrag werden vor allem fiskalische, wirtschaftspolitische und administrative Einwände vorgebracht, die nicht übersehen werden dürfen; denn die

Steuern sind nicht nur Zwangsabgaben der Steuerpflichtigen in Form von Kostenbelastungen und Abgaben vom Gewinn, sie sind auf der anderen Seite die wichtigsten Einnahmen im Staatshaushalt (insbesondere die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer im Budget des Bundes und der Länder). Darüber hinaus werden sie vor allem in der "sozialen Marktwirtschaft" als wirtschaftspolitische Mittel angewandt.

Daß durch den Verlustrücktrag das Steueraufkommen gemindert wird im Gegensatz zu einer isolierten Besteuerung der Jahresgewinne, gilt für jede Art der Verlustberücksichtigung. Jedoch kann mit diesem Argument nicht sachlich eine Ablehnung der Verlustberücksichtigung gefordert werden. Wenn - wie oben nachgewiesen wurde - eine Berücksichtigung von Jahresverlusten bei Einkünften aus Gewerbebetrieb notwendig ist, müßte der sich aus der Verlustberücksichtigung ergebende Fehlbetrag durch andere Einnahmen ersetzt werden bzw. das Soll an Steueraufkommen anders auf die Steuerpflichtigen verteilt werden.

Problematischer erscheint der Einwand, daß in Krisenzeiten durch den Verlustrücktrag einmal das Steueraufkommen stark zurückgeht, zum andern der Fiskus durch die Verlustabschlüsse gezwungen ist, hohe Rückerstattungen zu leisten.

Bei einer Budget-Gestaltung nach dem Prinzip des jährlichen Budget-Ausgleichs ergäben sich beim Verlustrücktrag in Zeiten wirtschaftlicher Krisen große Schwierigkeiten haushaltspolitischer Art. Die Staatsausgaben, die sich nicht leicht reduzieren lassen und deshalb eine gewisse Starrheit besitzen, würden durch die Rückzahlungen infolge der Verlustabschlüsse zwangsläufig erhöht, während die Steuereinnahmen zurückgehen. Wie in der modernen Finanztheorie unter dem Einfluß Keyn'scher Gedanken nach-

gewiesen wird, wäre aber in wirtschaftlichen Krisenzeiten das Festhalten am Prinzip des jährlichen Budget-Ausgleichs nicht nur nicht notwendig, sondern sogar falsch.¹⁾ Die Rückerstattungen führen bei den betroffenen Unternehmen zunächst zu einer Kapitalzufuhr und damit zu einer Stärkung der Liquidität. In einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise würde damit allerdings nicht erreicht, daß gleichzeitig der Verlustrücktrag sich auf die zukünftige Ertragslage günstig auswirken würde. Um die ungünstige Ertragslage zu verbessern, müssen die Ausgaben erhöht werden. Eine solche unter Umständen gezielte Vergrößerung der Ausgaben könnte insbesondere durch die Finanzpolitik des Staates herbeigeführt werden, wenn auf den jährlichen Budget-Ausgleich verzichtet würde.

Unter der Voraussetzung eines überperiodischen Budget-Ausgleichs würde der Verlustrücktrag die nach Neumark geforderte "built in flexibility" der Einkommensteuer erheblich verstärken, die im Gegensatz zu anderen Formen automatisch wirksamer Flexibilität dadurch ausgezeichnet wäre, daß sie nicht nur eine allgemeine Steuererleichterung in Krisenzeiten schaffen würde, sondern durch Steuererstattungen den betroffenen Unternehmen direkt zugute käme.²⁾ Damit würde der Verlustrücktrag gesamtwirtschaftlich günstig zu beurteilen sein und das haushaltspolitische Argument gegen den Verlustrücktrag entfallen.

Nicht zu bestreiten sind allerdings die Nachteile des Verlustrücktrages administrativer Art. Beim Verlustrücktrag müssen in jedem Verlustjahr neben der förmlichen Feststellung des Jahresverlustes zum Zwecke des Ausgleichs bereits abgeschlossene Veranlagungen früherer Gewinnjahre

1) vgl. dazu Neumark, F., Grundsätze und Arten der Haushaltsführung und Finanzbedarfsdeckung, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., Tübingen 1952, S. 636 ff.

2) vgl. Karsten, a.a.O., S. 129

neu aufgerollt werden. Wenn der Verlust größer ist als der Gewinn des als nächstes zu berücksichtigenden Jahres, müssen sogar weitere Veranlagungen früherer Jahre neu durchgeführt werden. Wenn es nur darum ginge, das Einkommen oder die Einkünfte aus Gewerbebetrieb und damit indirekt das Einkommen um den ausgleichsfähigen Verlust zu kürzen, wäre die verwaltungstechnische Mehrarbeit noch vertretbar. Regelmäßig ist die Neuveranlagung jedoch mit größeren Schwierigkeiten verbunden. Umfangreiche Neuberechnungen werden erforderlich, wenn bestimmte Abzugsposten nur bis zu einem gewissen Prozentsatz vom Einkommen berücksichtigt werden dürfen, wie etwa Ausgaben gem. § 10b EStG bzw. § 11 Ziff. 5 KStG.¹⁾²⁾ Die Änderung der Einkünfte aus Gewerbebetrieb hat in jedem Falle Auswirkungen auf die Gewerbebeertragsteuer, die ihrerseits bei der Einkommensteuer abzugsfähig ist. Überdies hat die Änderung der Einkommensteuer Einfluß auf evtl. zu zahlende Kirchensteuer, die im Rahmen der Sonderausgaben bei der Ermittlung des Einkommens abzugsfähig ist. Durch diese Rückwirkungen würden die Berechnungen erheblich erschwert.

Dazu kommen Schwierigkeiten durch die häufigen Änderungen des Steuerrechts. Dadurch sind die Veranlagungsbeamten gezwungen, sich bei der Aufrollung alter Veranlagungen in die zu der Zeit geltenden Steuervorschriften einzuarbeiten.

- 1) vgl. Karsten, a.a.O., S. 143
- 2) Durch die Minderung des Einkommens früherer Jahre kann sich somit auch die berücksichtigungsfähige Höhe der betreffenden Ausgaben mindern. Dadurch ergeben sich für den Steuerpflichtigen Nachteile, insbesondere deshalb, weil der Steuerpflichtige diese Ausgaben überhaupt bzw. in der Höhe getätigt hat, weil er unter Zugrundelegung seines Einkommens im Ausgabejahr mit einer vollen steuerlichen Abzugsfähigkeit gerechnet hat.

Die verwaltungstechnischen Schwierigkeiten haben dazu geführt, daß es einen unbegrenzten Verlustrücktrag nicht gibt. In allen Ländern, die einen Verlustrücktrag im Einkommensteuerrecht kennen, ist er zeitlich begrenzt. In den USA ist beispielsweise ein Verlustrücktrag über zwei Jahre möglich.¹⁾

3. Die Berücksichtigung gewerblicher Verluste nach dem derzeitigen Steuerrecht

Das derzeitige Einkommensteuerrecht kennt für gewerbliche Verluste zwei Arten der Kompensation mit positiven Einkünften, und zwar den Verlustausgleich und den Verlustabzug.

a) Der Verlustausgleich

Unter Verlustausgleich versteht man die Kompensation von negativen mit positiven Einkünften innerhalb einer Rechnungsperiode. Diese Möglichkeit der Verlustkompensation besteht dadurch, daß nicht das Unternehmen als solches steuerpflichtig ist - soweit es sich nicht um juristische Personen handelt -, sondern der Einzelunternehmer bzw. die Mitunternehmergesellschaften sind mit ihren Einkommen steuerpflichtig. Zum Einkommen des Steuerpflichtigen können aber neben dem Gewinn/Verlust aus einem Gewerbebetrieb weitere Einkünfte gehören. Das können sein:

Gewinne und Verluste aus anderen Gewerbebetrieben, an denen der Steuerpflichtige als Mitunternehmer beteiligt ist bzw. die dem Steuerpflichtigen als Einzelunternehmer gehören. Ferner Einkünfte gem. §§ 16, 17 EStG, die kraft Gesetzes zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb zählen.²⁾

-
- 1) Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß gleichzeitig die Möglichkeit des Verlustvortrags (über 5 Jahre) besteht.
 - 2) Der Ausgleich von positiven und negativen Ergebnissen

Einkünfte aus den übrigen Einkunftsarten gem. § 2 EStG.

Der Ausgleich von gewerblichen Verlusten mit positiven anderen Einkünften im Sinne des § 2 Abs. 3 EStG ist im Einkommensteuergesetz ausdrücklich vorgesehen. § 2 Abs. 2 EStG definiert: "Einkommen ist der Gesamtbetrag der Einkünfte ... nach Ausgleich von Verlusten, die sich aus den einzelnen Einkunftsarten ergeben und nach Abzug der Sonderausgaben."

Hat demnach ein Steuerpflichtiger folgende Einkünfte:

Einkünfte aus Gewerbebetrieb (Verlust) ./.. 2.000,--DM

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung 15.000,--DM

dann beträgt der Gesamtbetrag seiner Ein-

künfte 13.000,--DM

und das Einkommen - sofern die Sonderausgaben 1.500,--DM betragen - 11.500,--DM.

Das Einkommensteuergesetz erfaßt nicht die einzelnen Einkunftsarten gesondert, sondern nur das sich aus ihnen ergebende Einkommen.

Für den Verlustausgleich bestehen auf Grund positiv-rechtlicher Bestimmungen eine Reihe von Einschränkungen. Diese Einschränkungen bestehen einmal darin, daß nicht die Verluste aus allen Einkunftsarten ausgleichsfähig sind.

Verluste aus gewerblichen Unternehmen sind davon jedoch nicht betroffen, so daß diese Einschränkungen für diese Untersuchung ohne Belang sind. Wohl besteht eine Beschränkung für den Ausgleich von Verlusten aus Einkünften aus Gewerbebetrieb insoweit, als die kraft Gesetzes zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb zählenden Verluste aus

innerhalb der gleichen Einkunftsart wird von Mölders Verlustverrechnung genannt (vgl. Mölders, C., Die Verlustbegriffe im Einkommensteuerrecht, in: Die Wirtschaftsprüfung 1949, S. 205). Auffermann spricht von horizontalem Verlustausgleich (vgl. Auffermann, E., a.a.O., S. 31).

der Veräußerung von wesentlichen Beteiligungen an Kapitalgesellschaften gem. § 17 Abs. 5 nicht mit sonstigen Einkünften ausgeglichen werden dürfen. Da es sich voraussetzungsgemäß bei den veräußerten Anteilen an Kapitalgesellschaften um Vermögenswerte handeln muß, die zum Privatvermögen des Steuerpflichtigen gehören und nicht zum Betriebsvermögen, hat diese Vorschrift für unsere Untersuchung keine Bedeutung. Gehören dagegen die Anteile zum Betriebsvermögen, so ist der Verlust bei der Bilanzierung ebenso wie sonstige Veräußerungsverluste von Gegenständen des Betriebsvermögens zu berücksichtigen.

Bei beschränkt Steuerpflichtigen dürfen positive Einkünfte, die dem Steuerabzug unterliegen, und Einkünfte aus Kapitalvermögen, die in Darlehnszinsen und Wechselzinsen bestehen, gem. § 50 Abs. 2 EStG nicht zum Verlustausgleich herangezogen werden.

Wie KARSTEN¹⁾ richtig feststellt, kann in Sonderfällen die Wirksamkeit des Verlustausgleichs dadurch beeinträchtigt werden, daß der Ausgleich von Verlusten nach Wortlaut des Gesetzes (§ 2 EStG) vor Abzug der Sonderausgaben durchgeführt wird, nämlich dann, wenn die Summe der Einkünfte abzüglich der Sonderausgaben auch ohne Verlustausgleich den Steuerfreibetrag nicht übersteigt bzw. nicht um den Betrag des ausgleichsfähigen Verlustes übersteigt.

b) Der Verlustabzug

Das geltende EStG läßt neben dem innerperiodischen Verlustausgleich unter bestimmten Voraussetzungen auch eine zwischenperiodische Verlustkompensation für Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu. Diese zwischenperiodische Kompensationsmöglichkeit ist im § 10d EStG²⁾ festgelegt.

1) vgl. Karsten, J. F., a.a.O., S. 51

2) § 10d EStG gilt gem. §15,1KStDV auch entsprechend für die KSt.

Das Gesetz spricht von Verlustabzug. Danach können Steuerpflichtige noch nicht ausgeglichene Verluste der vorangegangenen Veranlagungszeiträume vom Gesamtbetrag der Einkünfte wie Sonderausgaben abziehen.

Im Gegensatz zum Verlustvortrag im engeren Sinne mindern nicht ausgeglichene Verluste aus Gewerbebetrieb nicht den steuerpflichtigen Gewinn eines abgeschlossenen Jahres, sondern sie werden außerhalb der Gewinnermittlung als Sonderausgaben berücksichtigt. Die Vorschrift über den Verlustabzug ist somit keine Gewinnermittlungsvorschrift, sondern eine Vorschrift zur Ermittlung des Einkommens. ¹⁾

Aus der Vorschrift, daß der Verlustabzug nur insoweit zulässig ist, als ein Ausgleich oder Abzug des Verlustes in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen nicht möglich war, folgt, daß der Steuerpflichtige nicht nach Belieben einen abzugsfähigen Verlust auf die folgenden 5 Jahre verteilen kann. Er muß vielmehr in den nachfolgenden Veranlagungszeiträumen den Verlust so weit verrechnen, als die Gesamteinkünfte dies zulassen.

Obwohl der Verlustabzug an bestimmte Voraussetzungen geknüpft ist, ergeben sich daraus keine nennenswerten Einschränkungen. Daß der Verlustabzug nur von Steuerpflichtigen beansprucht werden kann, die ihren Gewinn nach § 5 EStG ermitteln, ist auf Grund unserer Voraussetzungen für unsere Untersuchung ohne Bedeutung. Es ist auch recht und billig, wenn der Gesetzgeber nur den Steuerpflichtigen den Verlustabzug gestattet, deren Aufzeichnungen den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Wenn schließlich der Verlustabzug nicht von Amts wegen berücksichtigt wird, sondern beantragt werden muß, so hat dies nur verfahrenstechnische Bedeutung.

1) vgl. Börnstein-Gérard-Kolbeck-Teske, Einkommensteuer-Kommentar, Herne-Berlin 1960, S. 270, ferner: Littmann, E., Das Einkommensteuerrecht, 5. Aufl., Stuttgart 1956, zu § 10d Anm. 3

Die bedeutendste Einschränkung des Verlustabzuges besteht darin, daß er auf einen Zeitraum von 5 Jahren beschränkt ist.

In Sonderfällen können weitere Einschränkungen der Verlustberücksichtigung darin bestehen, daß gewisse Einkünfte, die steuerfrei sind, bei Vorliegen von Verlusten mit diesen steuerlich wirksam aufgerechnet werden, und zwar handelt es sich dabei um steuerfreie Schachtelerträge. Die Verrechnung des Verlustes mit steuerfreien Schachtelerträgen wurde durch die Entscheidung des RFH vom 29. 9. 1931¹⁾ mit der Begründung eingeführt, daß es nicht der Sinn des Schachtelprivilegs sei, daß sich die privilegierten Dividenden noch ein oder zwei Jahre nach Empfang auf die Höhe der Steuerleistung auswirken sollen und ferner, daß das Privileg nicht Einkünfte, die an sich steuerpflichtig wären, steuerfrei machen soll. In neuerer Zeit wurde dieses RFH-Urteil vom BFH bestätigt.²⁾

Die Rechtsprechung des RFH/BFH zu dieser Frage ist in der Literatur scharf angegriffen worden.³⁾ Es ist nicht einzusehen, warum Schachtelerträge, die aus bestimmten Gründen aus der Besteuerung ausgeklammert werden, steuerlich wirksam sein sollen, wenn sie mit ausgleichsfähigen Verlusten zusammentreffen bzw. warum ausgleichsfähige Verluste sich dann nicht steuerlich auswirken sollen, wenn sie mit steuerfreien Schachtelerträgen zusammentreffen.

1) RFH vom 29. 9. 1931 - RStBl. 1931, S. 862

2) BFH vom 16. 1. 1951 - BStBl. 1951, III, S. 63, s. auch: Körperschaftssteuer-Richtlinien 1955, Abschnitt 30

3) vgl. Walker, Der Verlustvortrag in der steuerlichen Erfolgsbilanz, Berlin 1933, S. 63, ferner: Zitzlaff, F., Zum Urteil des BFH vom 16. 1. 1951, in Steuer und Wirtschaft, Sp. 515, ferner: Zitzlaff, F., Der Verlustabzug, in: Steuer und Wirtschaft 1951, Sp. 547

Einschränkend hat jedoch der BFH in seinem Urteil vom 16. 1. 1951 festgestellt, daß ausgleichsfähige Verluste zunächst mit steuerpflichtigen Einkünften aufzurechnen sind, da eine vorherige Verrechnung mit steuerfreien Schachtelerträgen, die neben den steuerpflichtigen Einkünften auftreten, praktisch zu einer Steuererhöhung führen würde, die sowohl dem Zweck des Verlustabzuges als auch dem des Schachtelprivilegs widersprechen würde. "Den danach folgerichtigen Schritt zu einer völligen Ausklammerung der Schachtelerträge aus dem System der Verlustberücksichtigung hat der BFH jedoch nicht getan."¹⁾

Die früher in Rechtsprechung²⁾ und Verwaltung³⁾ vertretene Ansicht, daß über die steuerfreie Schachteldividende hinaus steuerfreie Einnahmen mit ausgleichsfähigen Verlusten zu verrechnen seien, ist vom BFH aufgegeben worden. In seinem Urteil vom 28. 7. 1959⁴⁾ stellt der BFH fest, daß die steuerfreien Zinseinnahmen gem. § 3a EStG sowie gem. § 5 Abs. 3 IHG nicht mit abzugsfähigen Verlusten zu verrechnen sind.

Anders ist die Situation bei Sanierungsgewinnen. Obwohl Sanierungsgewinne gem. § 11 Abs. 1 KStG steuerfrei sind - die Steuerfreiheit der Sanierungsgewinne beruht im Rahmen der Einkommensteuer auf ständiger Rechtsprechung des BFH⁵⁾ - werden sie beim Zusammentreffen mit ausgleichsfähigen Verlusten mit diesen verrechnet.

Die Steuerfreiheit des Sanierungsgewinns auf Grund von Schuldnachlaß seitens der Kreditoren wurde eingeführt, weil es wirtschaftlich unvernünftig wäre, wenn ein sa-

1) Karsten, J. F., a.a.O., S. 171

2) RFH vom 28. 5. 1935

3) Erlaß des Niedersächsischen Ministers der Finanzen Nr. 5 - 2116 - 53 - 31 vom 8. 6. 1956

4) BFH vom 28. 7. 1959 - BStBl. 1959, III, S. 366

5) RFH vom 30. 6. 1927 - SG Bd. 21, S. 263, ferner: RFH - RStBl. 1937, S. 626, ferner:

RFH - RStBl. 1938, S. 629

nierungsbedürftiger Schuldner für den Buchgewinn aus dem Schuldnachlaß Steuern zahlen müßte. Der RFH hat die Steuerfreiheit des Sanierungsgewinns damit begründet, daß der Schuldnachlaß der Gläubiger ein außerbetrieblicher Vorgang sei. Der Sanierungsgewinn wird als Einlage angesehen.¹⁾

Wenn man davon ausgeht, daß der Sanierungsgewinn zur Abdeckung von Verlusten dient, ist es durchaus vertretbar, daß Sanierungsgewinne mit Verlusten steuerwirksam aufgerechnet werden, da diese Regelung dem Kongruenzgedanken entspricht.²⁾ Durch die Aufrechnung des Sanierungsgewinns mit Verlusten will die Rechtsprechung verhindern, daß der Steuerpflichtige durch die Steuerfreiheit des Sanierungsgewinnes und durch Kompensation des durch die Sanierung beseitigten Verlustes mit anderen steuerpflichtigen Einkünften einen doppelten Vorteil hat.³⁾

Einwendungen gegen diese Regelung ergeben sich nur unter der Voraussetzung, daß trotz des Schuldnachlasses später Zahlungen auf die erlassenen Schuldbeträge bzw. auf ausgegebene Besserungsscheine geleistet werden und diese Zahlungen steuerlich nicht unwirksam bleiben. Deckt der

-
- 1) Bedenken gegen diese Fiktion s. Auffermann, E., a.a.O., S. 103 ff. A. weist insbesondere auf die unterschiedliche Behandlung ein und desselben Vorganges beim Gläubiger (als betriebsbedingter Vorgang) und beim Schuldner (als betriebsfremder Vorgang) hin.
- 2) Beispiel dazu vgl. Karsten, J. F., a.a.O., S. 174
- 3) Insofern "ist es nur folgerichtig, auch einen in einem vorhergehenden Steuerabschnitt erzielten Verlust insoweit in dem Steuerabschnitt, in dem eine Sanierung stattfindet, nicht zum Ausgleich zuzulassen, als der an sich vortragfähige Verlust infolge der durch die Sanierung herbeigeführten Vermögensmehrung ausgeglichen wird. Es würde auch dem Ausgleichsgedanken, der zur Einführung des Verlustvortrages geführt hat, widersprechen, wenn man den Ausgleich eines Verlustes insoweit zuließe, als der Schuldner, dem er von seinen Gläubigern abgenommen wurde, den Verlust gar nicht mehr spürt." (RFH vom 21. 10. 1931, RStBl. 1932, S.160)

Steuerpflichtige die erlassenen Schulden ab, dann steht er "hinsichtlich der Schuldrückzahlung genau so, wie er gestanden hätte, wenn die Schulden nicht erlassen worden wären. Aber er hat doch seine Verlustberücksichtigung eingebüßt."¹⁾

Eine Einschränkung des Verlustabzuges kann ferner durch die Reihenfolge von Verlustausgleich und Verlustabzug eintreten. Die Reihenfolge ist durch den Gesetzeswortlaut festgelegt: Der Verlustabzug erfolgt (bei der Einkommensteuer im Rahmen der Sonderausgaben) nach dem Verlustausgleich. Der im Veranlagungsjahr entstandene Verlust wird damit vor den in den Vorjahren entstandenen und noch nicht berücksichtigten Verlusten ausgeglichen. Wegen der zeitlichen Begrenzung kann dadurch ein seit 5 Jahren abzugsfähiger, aber noch nicht verrechneter Verlust steuerlich unberücksichtigt bleiben.²⁾

Schluß: Ergebnis der Untersuchung

Alle Einzelrisiken, die zu Verlusten führen, finden automatisch spätestens ihren Niederschlag in der G.u.V.-Rechnung derjenigen Rechnungsperiode, in der der Verlust eintritt, so daß auf der Grundlage einer nominellen Rechnung eine vollständige Berücksichtigung aller Einzelrisiken bei der Ermittlung des Unternehmungsergebnisses gewährleistet ist.

Wie im I. Hauptteil nachgewiesen wurde, verlangen die Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung jedoch bereits die rechnerische Erfassung drohender Einzelrisiken, d.h.

1) s. Littmann, E., a.a.O., zu §§ 4, 5, Tz. 418

2) vgl. ebenda, zu § 10d, Tz 7

solcher Einzelrisiken, bei denen am Bilanzstichtag damit gerechnet werden muß, daß sie zu Verlusten führen.

Buchtechnisch erfaßt werden drohende Einzelrisiken in der Steuerbilanz durch die Absetzungen für Abnutzung, durch die Teilwertabschreibung und durch Bildung von Rückstellungen.

Die Absetzungen für Abnutzung (AfA) ermöglichen eine weitgehende Berücksichtigung nicht realisierter Einzelrisiken beim abnutzbaren Anlagevermögen. Soweit sich schon zu Beginn der Nutzungsdauer Risiken abzeichnen, die zu einer Verkürzung der auf Grund technischer Überlegungen ermittelten Lebensdauer eines Anlagegutes führen, können diese Risiken durch entsprechende Festlegung der Nutzungsdauer berücksichtigt werden. Abgesehen davon wird in der Steuerbilanz die Nutzungsdauer generell vorsichtig bemessen. Hinzu kommt bei der normalen AfA die Zulässigkeit der degressiven Abschreibungsmethode. Risiken, die sich erst im Laufe der Nutzungsdauer abzeichnen und eine Verkürzung der Nutzungsdauer bewirken, lassen sich durch die Absetzung für außerordentliche technische und wirtschaftliche Abnutzung rechnerisch erfassen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch die sog. "Abschreibungsfreiheiten" (§§ 7a ff. EStG) und die Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter (§ 6 Abs. 2 EStG).

Die Teilwertvorschrift bietet eine weitere Möglichkeit zur Berücksichtigung von Einzelrisiken sowohl bei den Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens (einschließlich des abnutzbaren Anlagevermögens) als auch bei den Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens. Während auf Grund der Definition des Teilwertbegriffes eine hinreichende Berücksichtigung aller drohenden Einzelrisiken gewährleistet erscheint, beschränkt die derzeitige Steuerrechtsprechung

die Vorwegnahme des Risikos als Folge sinkender Preistendenz beim Vorratsvermögen - m.E. in Widerspruch zu der gesetzlichen Definition des Teilwertbegriffs - auf den Betrag, der sich ergibt, wenn man den Preis am Bilanzstichtag zugrunde legt. Der Verlust durch den Preisabfall nach dem Bilanzstichtag darf nach der neuesten Rechtsprechung des BFH nicht vorweggenommen werden. Es bleibt zu hoffen, daß der BFH in diesem Punkte wieder zu seiner früheren Auffassung zurückkehrt, nach der bei sinkender Preistendenz bei der Bewertung von Vorräten der gesamte drohende Verlust, einschließlich des Verlustes durch die Preissenkung nach dem Bilanzstichtag, vorweggenommen werden konnte. Das ist insbesondere auch deshalb erforderlich, weil bei der Regelung nach der neueren Auffassung des BFH die Anwendung des Imparitätsprinzips nicht in vollem Umfang gewährleistet ist.

Risiken, die bei ihrer Realisierung nach dem Bilanzstichtag zu Ausgaben führen, werden in der Steuerbilanz durch Rückstellungen erfaßt. Abgesehen von der nicht immer leichten Nachweispflicht - insbesondere bei einmalig auftretenden Verlustgefahren - bestehen keine wesentlichen Einschränkungen für die Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste gegenüber den handelsrechtlichen Grundsätzen bzw. den Grundsätzen ordnungsgemäßer Bilanzierung.

Im II. Hauptteil wurde nachgewiesen, daß sich die Möglichkeiten der Risikoberücksichtigung bei der Ermittlung des Jahresergebnisses auf die Besteuerung direkt nur in soweit auswirken, als durch die rechnerische Erfassung der Risiken in der Steuerbilanz kein Jahresverlust entsteht. Bei einer Einkommensteuer/Körperschaftsteuer, die an die Jahresergebnisse anknüpft - wie es aus praktischen Gründen erforderlich ist - und jedes Jahr für sich besteuert, müssen Sonderbestimmungen getroffen werden, um eine (uneingeschränkte) Berücksichtigung von Jahres-

verlusten aus gewerblicher Tätigkeit, und damit eine volle Berücksichtigung der in der Steuerbilanz erfaßten Risiken bei der Festsetzung der Einkommen-/Körperschaftsteuerschuld zu ermöglichen.

Nach dem derzeitigen Einkommensteuer-/Körperschaftssteuerrecht besteht abgesehen von der Möglichkeit des Verlustausgleichs, die nur wirksam wird, wenn der betreffende Steuerpflichtige sonstige Einkünfte bezieht, nur die Möglichkeit des Verlustabzuges. Wie jedoch im einzelnen nachgewiesen wurde, wird damit nicht in allen Fällen die geforderte vollständige Berücksichtigung von Jahresverlusten erreicht. Die Einschränkungen bestehen vor allem in der zeitlichen Begrenzung auf fünf Jahre und in der Verrechnung vortragsfähiger Verluste mit steuerfreien Schachteldividenden.

Unter der Voraussetzung, daß die Summe der Jahresverluste die Summe der erzielten Jahresgewinne nicht übersteigt, könnte eine vollständige Auswirkung aller Jahresverluste und damit eine vollständige Berücksichtigung aller bei der Bilanzierung erfaßten Risiken auf die Einkommensteuer-/Körperschaftsteuerschuld dadurch erreicht werden, daß neben dem Verlustabzug ein Verlustrücktrag gestattet würde. Da jedoch der Verlustrücktrag beachtliche Verwaltungsmehrarbeit verursacht, wäre aus administrativen Gründen eine zeitliche Begrenzung der Verlustrücktragsmöglichkeit erforderlich.

Auf jeden Fall müßte daneben eine uneingeschränkte Möglichkeit des Verlustabzuges gewährleistet sein. Wie bereits dargelegt, ist die Begründung zur Verrechnung steuerfreier Schachtelerträge mit abzugsfähigen Verlusten nicht haltbar. Es bleibt zu hoffen, daß sich die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes zu dieser Frage möglichst bald ändert, nachdem in letzter Zeit der Bundes-

finanzhof entgegen seiner früheren Auffassung die Verrechnung abzugsfähiger Verluste mit sonstigen steuerfreien Einnahmen abgelehnt hat. Vor allem sollte der Steuergesetzgeber auf die zeitliche Beschränkung des Verlustabzuges verzichten, die ausschließlich aus fiskalischen Erwägungen eingeführt wurde.

Literaturverzeichnis

- Adler-Düring-Schmaltz Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1957
- Ahrens, H. Die Bedeutung der Betriebsgröße für Kosten und Ertrag, Diss. Münster 1960
- Angehrn, O. Unternehmer und betriebliche Marktforschung, Zürich und St.Gallen 1954
- Ascher, Th. Die Steuerbilanz, Essen 1958
- Aufermann, E. Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, Wiesbaden 1959
- Aufermann, E. Einkommensteuerbilanz und Verlustkompensation, Köln-Berlin 1959
- Auler, W. Rückstellungen, Hann.-Münden 1953
- Barth, K. Die Jahresbilanz der Unternehmung, Stuttgart 1950
- Barth, K. Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts, Bd. I u. II, Stuttgart 1955
- Bartholdy Schachteldividende und Verlustvortrag in: Steuer und Wirtschaft 1960, S. 409 ff.
- Becker, E. Handkommentar der Reichssteuergesetze, II, 2. Teil, Das Einkommensteuergesetz vom 10. 8. 1925, Stuttgart 1929
- Becker Rechtsprechungsgrundsätze des Reichsfinanzhofes und des Obersten Finanzgerichtshofes zum Einkommensteuergesetz, München
- Blankenburg, K. H. Bewertung und Bilanzierung von Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen, in: Zeitschrift der Buchhaltungsfachleute, 1957, S. 249

- Blümich-Falk Einkommensteuergesetz, 8. Aufl., Berlin-Frankfurt 1959
- Blumenstein, E. System des Steuerrechts, 2. Aufl., Zürich 1951
- Blumenstein, J. Zur zeitlichen Bemessung des Einkommens im neuen (bernischen) Steuergesetz, in: Monatsschrift für bernisches Verwaltungsrecht und Notariatswesen, Bd. 44, S. 209 ff.
- Börnstein-Gerard -Kolbeck-Teske Einkommensteuer-Kommentar, Herne-Berlin 1960
- Brönner, H. Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 5. Aufl., Stuttgart 1956
- Bühler-Scherpf Bilanz und Steuer, 6. Aufl., Berlin-Frankfurt a. M. 1957
- Bundesfinanzhof (Hrsg.) Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Bundesfinanzhofes, Bd. 55 - 70, Bonn
- Bundesfinanzhof (Hrsg.) Bundessteuerblatt, Teil III, Veröffentlichungen des Bundesfinanzhofes, 1951 - 1960, München
- Bußmann, K. F. Das betriebswirtschaftliche Risiko, Meisenhain am Glan 1955
- Denkschrift über die Besteuerung nach dem dreijährigen Durchschnitt und die Abzugsfähigkeit des Verlustvortrages bei der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer, Reichstagsdrucksache Nr. 940, IV. Wahlperiode 1928
- Deutsch, P. Der marktanalytische Erkenntniswert der Reichssteuerstatistik, in: Steuerwirtschaftliche Probleme der Gegenwart, Festgabe für Hermann Grossmann, herausgegeben von Deutsch, P., Berlin-Wien 1932, S. 196 ff., insbesondere S. 225 f.
- Diederich, H. Bewertung von Forderungen in der Steuerbilanz, in: Finanz-Rundschau 1955, S. 157 ff.

- Frehner, E.** Die Reserven der Unternehmung, Diss. Zürich 1946
- Fritsch, E.** Handelsbilanz und Steuerbilanz, Wien 1948
- Fürst, R.** Bilanzierungsgrundsätze in der Praxis, Essen 1956
- Gerhardt-Diederich (Hrsg.)** Schlagwortregister zur Rechtsprechung und Literatur des gesamten Steuerrechts 1948 - 1954, Bonn 1955
- Gerhardt-Diederich (Hrsg.)** Schlagwortregister, Steuerrecht 1955 - 1957, Bonn 1958
- Götze, H.** Grundzüge der Bilanzierung, Berlin 1952
- Greiffenhagen, H.** Vom Einfluß der Steuern auf die Unternehmungs-Finanzierung, Düsseldorf 1959
- Groener, J. L.** Grundzüge der steuerlichen Gewinnermittlung, Krefeld 1950
- Haas, D.** Bedeutung und Funktionen der Reserven der Unternehmung, Diss. Freiburg 1954
- Haas, G.** Zahlungsbedingte Forderungsbeurteilung in der Erfolgssteuerbilanz, in: Die Wirtschaftsprüfung 1955, S. 249
- Haas, R.** Recht und Rechnungswesen, Wien 1949
- Haas-Oechsner** Der Jahresabschluß nach Handels- und Steuerrecht, Wiesbaden 1958
- Halpern, R.** Der Verlust, Wien 1949
- Hartmann, B.** Artikel: Offene Rücklagen, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 4707
- Hax, K.** Die Betriebsunterbrechungsversicherung, Köln-Opladen 1949

- Heinen, E. Handelsbilanzen, Teil I u. II, Wiesbaden 1958
- Helpenstein, F. Wirtschaftliche und steuerliche Erfolgsbilanz, Berlin 1932
- Herbert, P.
(Hrsg.) Das Steuerrecht der Unternehmung - Materialsammlung, Hagen-Lüdenscheid
- Heyer, L. Die Abschreibungen auf Forderungen in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1955, S. 54 ff.
- Illetschko, L. L. Betriebswirtschaftliche Grundlagen, Wien 1953
- Institut der Wirtschaftsprüfer
(Hrsg.) Die Fachgutachten und Stellungnahmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1956
- Jüngling, H. Der Teilwert im Rahmen der steuerlichen Wertbegriffe, in: Steuer und Wirtschaft 1947, Sp. 657 ff.
- Karsten, J. F. Die steuerliche Behandlung gewerblicher Verluste, Berlin 1958
- Koch, H. Die Problematik des Niederstwertprinzips, in: Die Wirtschaftsprüfung 1957, S. 1 ff., S. 31 ff., S. 60 ff.
- Koch, H. Zur Problematik des Teilwertes, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 1960, S. 319 ff.
- Kosiol, E. Kalkulation und Kostengestaltung im Warenhandel, Stuttgart 1931
- Kosiol, E. Bilanzreform und Einheitsbilanz, 2. Aufl., Berlin-Stuttgart 1949
- Leitner, F. Die Unternehmungsrisiken, Berlin 1915
- Leitsätze für die Ermittlung der Selbstkosten und des kalkulatorischen Gewinnes in Fertigungsbetrieben vom 3. 9. 1946, herausgegeben vom Preisausschuss der Magistrate der Stadt Berlin

- Ley, R. H. Die Bewertungsgrundsätze des Bewertungs- und Einkommensteuergesetzes, Berlin 1956
- Littmann, E. Das Einkommensteuerrecht, 5. Aufl., Stuttgart 1956
- Littmann, E. Die Rückstellungen in der Einkommensteuer, in: Deutsche Steuerzeitung 1948, S. 50 ff.
- Loepelmann, H. U. (Hrsg.) Besprechungen zu Urteilen, Beschlüssen und Gutachten des Bundesfinanzhofes, Berlin o. J.
- Ludewig, R. Zur Frage der Teilwertabschreibung des Vorratsvermögens, Probleme der Gängigkeitsabschreibung, in: Der Betrieb, 1959, S. 549 ff.
- Maatz, R. Die kaufmännische Bilanz, Berlin 1907
- Mellerowicz, K. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 10. Aufl., Berlin 1959
- Mirre Der Teilwert (Ein Beitrag zum steuerlichen Wertproblem), in Deutsche Steuerzeitung 1927, Sp. 292 ff.
- Mölders, C. Die Verlustbegriffe im Einkommensteuerrecht: Verlustvortrag, Verlustabzug, Verlustausgleich, Verlustverrechnung, in: Der Wirtschaftsprüfer 1949, S. 201 f.
- Neumark, F. Grundsätze und Arten der Haushaltsführung und Finanzbedarfsdeckung, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, 2. Aufl., Tübingen 1952, II. Bd., S. 606 ff.
- Nowak, A. Handelsbilanz und Steuerbilanz, Zürich-Leipzig 1938
- Oberparleiter, K. Funktionen- und Risikenlehre des Warenhandels, Berlin 1930
- Oberparleiter, K. Risikopolitik, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1958, Sp. 4689

- Peters, F. H. Die Reihenfolge beim Verlustvortrag, in: Finanz-Rundschau 1949, S. 160
- Rechtsverlag Düsseldorf (Hrsg.) Betriebsprüfungskartei der Oberfinanzdirektionen Düsseldorf-Köln-Münster, Düsseldorf
- Reichsfinanzministerium (Hrsg.) Reichssteuerverordnungen, Jahrg. 1922 - 1945
- Reichsfinanzhof (Hrsg.) Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Reichsfinanzhofes, Bd. 1-54, München
- Rhein, W. Betriebswirtschaftliche Probleme bei der Reform der Gewinnbesteuerung, Diss. Mannheim 1953
- Rieger, W. Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 2. Aufl., Erlangen 1959
- Rose, G. Schachtelprivileg, Sanierungsgewinn und Verlustabzug bei der Körperschaftsteuer, in: Finanz-Rundschau 1959, S. 222
- Roser, U. Die Behandlung der Bergschäden in Handels- und Steuerbilanz, Düsseldorf 1951
- Saage, G. Das Wesen des Teilwertes, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 1959, S. 570 ff., S. 624 ff.
- Sandig Artikel "Risiko", in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Stuttgart 1939
- Seischab-Schwantag (Hrsg.) Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1958
- Severing, K. Die Einheitsbilanz, Leipzig 1925
- Schmalenbach, E. Dynamische Bilanz, 11. Aufl., Köln-Opladen 1953
- Schmalenbach, E. Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 1933, S. 219 ff.

- Schmidbauer-Juraschek, B. Risiko und Risikopolitik in Theorie und Praxis, in: Zeitschrift für Organisation 1959, S. 176 ff.
- Schmitt-Degenhardt/Gruss/Lindner Bewertungsgesetz, Stuttgart 1959
- Schnettler, A. Das Rechnungswesen industrieller Betriebe, 4. Aufl., Wolfenbüttel 1949
- Schnettler, A. Der Grundsatz der Bewertungseinheit im Steuerrecht, Bergisch-Gladbach 1927
- Schnettler, A. Öffentliche Betriebe, Essen 1956
- Schnettler, A. Der Betriebsvergleich, 2. Aufl., Stuttgart 1951
- Schnettler, A. Betriebsanalyse, 2. Aufl., Stuttgart 1960
- Schnutenhaus, O. R. Neue Grundlagen der "Feste"-Kostenrechnung, Berlin 1948
- Schönnenbeck, H. Risiko und Kostenplanung, in: Betriebswirtschaftliche Planung in industriellen Unternehmungen, Berlin 1949
- Schönnenbeck, H. Die Bedeutung der Risiken im Jahresabschluß und Geschäftsbericht, in: Der Betrieb 1961, S. 1 ff.
- Steuer-Rechtsprechung in Karteiform (STRK), 2. Aufl., 1951
- Stumpe Rendite und Teilwert eines Wirtschaftsgutes, in: Finanz-Rundschau 1960, S. 398
- Theis, J. Der Verlustabzug - eine Gewinnermittlungs- oder Einkommensermittlungsvorschrift? - Widerspruchsvolle und bedenkliche Rechtsprechung des BFH, in: Finanzrundschau 1951, S. 175 ff.
- Tomföhrde, K. Die dynamische Bilanzauffassung und das Bilanzsteuerrecht, Düsseldorf 1959

- Trumpler, H. Die Bilanz der Aktiengesellschaft, Basel 1950
- Varga, St. Der Unternehmungsgewinn, Berlin 1957
- Veiel, O. Herstellungskosten und Steuerbilanz, Berlin 1940
- Veiel, O. Der Teilwertbegriff bei Betriebsanlagegütern und die kaufmännische Erfolgsrechnung, in: Steuer und Wirtschaft 1944, Sp. 397 ff.
- Verlag Neue Wirtschaftsbriefe (Hrsg.) Einkommensteuerkartei der Oberfinanzdirektionen, Düsseldorf-Köln-Münster, Herne-Berlin
- Viel, J. Betriebsanalyse, Zürich 1959
- Vogt, F. J. Bilanztaktik, 5. Aufl., Heidelberg 1959
- Vollmar, F. Begriff und Wesen des Risikos in der Betriebswirtschaftslehre, Bern 1957
- Walb, E. Finanzwirtschaftliche Bilanz, Duisburg 1946/47
- Walker Der Verlustvortrag in der steuerlichen Erfolgsbilanz, Berlin 1933
- Wall, F. Grundsätzliche Erwägungen zur Handels- und Steuerbilanz, Stuttgart 1952
- Wennrich, H. Der Verlustabzug und Verlustausgleich bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise, in: Deutsche Steuerzeitung 1951, S. 357 ff.
- v. Wilmowski Das preussische Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891, 1896
Düsseldorf 1959
- Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1959
- Wittmann, W. Unternehmung und unvollkommene Information, Köln-Opladen 1959

- Zumdahl Der Streit um den Teilwert, in:
Betriebswirtschaftliche For-
schung und Praxis 1951, Heft 5
- Zitzlaff, F. Der Verlustabzug, in: Steuer und
Wirtschaft 1951, Sp. 547 ff.
- Zitzlaff, F. Zur Teilwertfrage besonders bei
den Anlagegütern, in: Steuer
und Wirtschaft, 1949, Sp. 33 ff
- Zitzlaff, F. Zum Urteil des BFH vom 16. 1.
1951, in: Steuer und Wirtschaft
1951, Sp. 515

L e b e n s l a u f

Am 8. Februar 1933 wurde ich in Dortmund geboren. Meine Eltern sind der Kaufmann Hermann Goos und seine Ehefrau Elisabeth Goos, geb. Höing. Ich besitze die deutsche Staatsangehörigkeit.

Ab Ostern 1939 besuchte ich vier Jahre lang die Überwasser-Volkschule in Münster/Westf. Nach 9-jährigem Besuch der Oberschule - mit einer Unterbrechung von zwei Jahren infolge der Invasionswirren - bestand ich im März 1954 am Städt. Ratsgymnasium in Münster die Reifeprüfung.

Im Sommersemester 1954 begann ich das Studium der Wirtschaftswissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster. Am 20. Mai 1958 legte ich dort die Diplom-Prüfung für Kaufleute ab.

Von Juni 1958 bis Juni 1961 war ich mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines wissenschaftlichen Assistenten am Institut für betriebliche Finanzen und Steuern der Universität Münster (Direktor: Prof. Dr. Schnettler) beauftragt. Seit Juli 1961 bin ich Referent bei der Industrie- und Handelskammer zu Bochum.

